

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Ich begrüße sie herzlich und eröffne die heutige Sitzung. Einen freundlichen Gruß auch an die Damen und Herren, die die Medien vertreten.

Ich stelle fest, daß diese Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Als Protokollprüfer sind mir Frau GR Maria Koppensteiner und Herr Mag. Gerhard Klausberger gemeldet. Die beiden Herrschaften nehmen die Funktion an. Entschuldigungen sind offiziell zumindest nicht eingelangt. D.h., wir müßten heute vollzählig sein.

Zur Behandlung von allfälligen Anfragen darf ich berichten, daß einige eingegangen sind.

Frau Gemeinderätin Mag. Michaela Frech von der Liberalen Gemeinderatsfraktion richtete mit Schreiben vom 9. September 1998 nachstehende Anfrage an mich:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Das Parkdeck beim Bahnhof soll noch vor Ende d. J. in Betrieb gehen. Eine der Funktionen des Parkdecks ist es, als Verkehrsdrehscheibe zu fungieren. In diesem Zusammenhang ergehen folgende Fragen an Sie. Sollte eine der Fragen nicht in Ihren unmittelbaren Kompetenzbereich fallen, so bitte ich Sie um Weiterleitung an den zuständigen politischen Referenten.

1. Der zentrale Umsteigeplatz für den innerstädtischen Verkehr soll in Hinkunft auf einem Areal stattfinden, das sich zum Zeitpunkt der Planung des Parkdecks im Besitz der ÖBB befand.

a) Gibt es einen Passus im Einrichtungsvertrag zwischen ÖBB, Land OÖ. und der Stadt Steyr, in dem sich die Stadt das Nutzungsrecht für dieses Areal gesichert hat? Wenn nein, warum nicht?

b) Wann wurden die Verhandlungen mit den ÖBB zwecks städtischer Nutzung dieses Areals aufgenommen?

- Unter welchen Bedingungen könnte die Stadt Steyr das Areal nutzen?

- Geht es dabei um einen Grundstückstausch oder muß die Stadt Barmittel aufwenden?

- Wenn es sich um Barmittel handelt:

Wie hoch sind die Preisvorstellungen der ÖBB?

2. Sinnvollerweise sollte die Verkehrsdrehscheibe - auch was den innerstädtischen Busverkehr anbelangt - mit oder kurz nach Inbetriebnahme des Parkdecks in vollem Umfang funktionieren. Die Planung dafür läuft allerdings noch sehr zögerlich, obwohl das Parkdeck bereits im November in Betrieb gehen soll.

a) Was sind die Gründe für diese Planungsverzögerungen?

b) In welcher Höhe sind Mittel für die nötigen Umbaumaßnahmen im Voranschlag 1998 budgetiert?

c) Wann ist mit einer Inbetriebnahme der Verkehrsdrehscheibe Bahnhof als Umsteigestelle für den innerstädtischen Busverkehr zu rechnen?

3. Um eine bestmögliche Anbindung des Parkdecks an den innerstädtischen Raum zu erreichen, wäre die Errichtung eines Fußgänger- und Radfahrsteiges über die Enns nötig. Dieser Steg wird sowohl im Verkehrskonzept von DI Stickler als auch im Stadtentwicklungskonzept von Prof. Breitling als sinnvoll erachtet. Zudem hat der Rechnungshof bereits 1996 in seinem Bericht zum Verwaltungsjahr 1995 darauf hingewiesen, daß eine Vielzahl der Stickler'schen Maßnahmen nicht umgesetzt worden ist. Eine dieser Maßnahmen, die vom Rechnungshof urgirt wird, ist der

Fußgängersteg über die Enns als kürzeste Verbindung zwischen Bahnhof und Stadtplatz.

a) Was sind die Gründe, daß nun - drei Jahre später - noch immer keine Konkretisierungsschritte erfolgt sind?

b) Wann ist definitiv mit dem Bau des Stegs zur Verbesserung der Verkehrssituation zu rechnen?

c) Werden dafür Mittel im mittelfristigen Finanzkonzept vorgesehen, wenn ja: in welcher Höhe?

Ich ersuche Sie höflichst, diese Anfrage bei der nächsten Gemeinderatssitzung vom 17. 9. zu beantworten bzw. vom zuständigen politischen Referenten beantworten zu lassen.“

Hiezu kann ich folgendes berichten:

Zu Punkt 1:

a) Das Übereinkommen zur Errichtung des Parkdeckes Bahnhof wurde lediglich zwischen den Österreichischen Bundesbahnen und der Stadt Steyr abgeschlossen. Das Land OÖ hat sich an diesem Vertrag nicht beteiligt, jedoch eine finanzielle Unterstützung für den Anteil der Stadt zugesichert.

In diesem Übereinkommen hat sich die Stadt ein Nutzungsrecht für diese Fläche nicht gesichert, da es als zweckmäßig angesehen wurde die gesamte Fläche in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes zu übertragen. Zudem geht das Übereinkommen zur Errichtung des Parkdeckes aus steuerlichen Gründen davon aus, daß das Bahnhofsparkdeck ausschließlich von den ÖBB errichtet wird und die Stadt lediglich als Subventionsgeber auftritt. Eine Gegenleistung, wie die Einbringung eines Grundstückes durch die ÖBB, wäre aus diesem Grunde kontraproduktiv gewesen.

b) Unverzüglich nach Abschluß des Übereinkommens zur Errichtung des Parkdeckes wurde bei den Sitzungen der beauftragten Arbeitsgruppe Verkehr, die Problematik des Bahnhofvorplatzes besprochen und die notwendigen Verhandlungen mit den ÖBB aufgenommen.

Während der Vorplanungszeit waren die damit befaßten Personen der Meinung, durch die derzeit bestehende vertragliche Regelung mit den ÖBB eine genügende Absicherung, auch der Errichtung des zukünftigen städtischen Busbahnhofes, in Händen zu haben. Erst durch die Sitzungen der Projektgruppe wurde erkannt, daß sich offenbar rechtliche Probleme bei der Änderung der Nutzung dieser Fläche ergeben könnten. Die Verhandlungen mit den ÖBB wurden daraufhin unverzüglich, zunächst schriftlich, seit Sommer 1997 auch in mündlichen Gesprächen, mit den zuständigen Vertretern aufgenommen, die jedoch aufgrund der Haltung der Vertreter der ÖBB kein greifbares Ergebnis brachten, da diese an einen Verkauf der Fläche interessiert waren, was seitens der Stadt strikt abgelehnt wurde. Diese Haltung ist neu. Meiner Meinung nach auch Ausfluß der Ausgliederung der Bundesbahnen aus den Bundesbudget. Natürlich haben die Herren andere Intentionen und wollen Liegenschaften, die anderweitig genutzt werden, auch in der Vergangenheit anderweitig genutzt wurden, zu Geld machen. Ein Ausfluß der Ausgliederung, oder wenn man so will, des Schrittes, in eine privatere Atmosphäre dieser Betriebe, hat auch solche Auswirkungen, mit denen wir uns da herumschlagen müssen. Ich habe sofort bei der Generaldirektion interveniert und darüber auch schon in den Gremien berichtet. Sie wollen uns die Fläche nicht unentgeltlich zur Verfügung stellen. Sie haben jedoch eine Zusicherung gegeben, bereit zu sein, mit uns eine einvernehmliche Lösung zu treffen.

Die letzten Gespräche mit der zuständigen Abteilung der ÖBB gingen nunmehr in die Richtung, daß die Stadt keine Barablöse für die Fläche entrichtet, sondern im beidseitigen Interesse der Stadt und der ÖBB gelegene Baumaßnahmen, wie eine behindertengerechte Zugangsrampe zum Bahnsteig, ein öffentliches WC am Bahnhof, Sichtschutz zwischen Bahnhof und Busparkplatz durch Anpflanzung von Bäumen, Fahrradabstellrichtungen, eine Zugsinformation im Businselbereich o.ä. zu tragen

hat. Die genauen Details dieser Regelung sind derzeit Gegenstand der Beratungen mit den Vertretern der ÖBB.

Zu Punkt 2:

a) Die Planungsarbeiten am Umbau des Busbahnhofes des Hessenplatzes wurden aufgrund der rechtlich ausstehenden Lösung vorerst hinten gehalten. Obwohl die rechtliche Lösung noch aussteht, wurden zum spätest möglichen Zeitpunkt, damit diese Maßnahmen noch rechtzeitig umgesetzt werden können, die Planungsarbeiten in Angriff genommen. Der Stadtsenat hat vor einiger Zeit einen diesbezüglichen Auftrag beschlossen. Nach Umsiedlung der Regionalbusse vom Bahnhof Hessenplatz auf die Verkehrsdrehscheibe können somit die Bauarbeiten am Busbahnhof, soweit es die Witterung im Spätherbst 1998 zuläßt, aus technischer Sicht ohne weiteres begonnen werden.

b) Im Jahre 1998 sind lediglich Planungsmaßnahmen budgetiert, da bekannt war, daß die Baumaßnahmen frühestens am 1. November 1998, nach Fertigstellung der Verkehrsdrehscheibe, begonnen werden können und somit 1998 noch nicht budgetwirksam werden. Für das Jahr 1999 sind vorerst Budgetmittel in Höhe von S 4 Mio. geplant.

c) Die Verkehrsdrehscheibe Bahnhof ist vom innerstädtischen Busbahnhof nicht abhängig. Umgekehrt muß jedoch die Fertigstellung der Verkehrsdrehscheibe Bahnhof erfolgen, bevor eine Umsiedlung der Regionalbusse auf diese erfolgen kann. Der innerstädtische Busverkehr kann in der Folge mit den vorhandenen Einrichtungen, mit oder ohne Umbau, provisorisch weiterbetrieben werden. Es war schon immer bekannt, daß wegen des seit Jahren feststehenden Fertigstellungstermines der Verkehrsdrehscheibe mit 31. Oktober 1998 lediglich eine sehr kurze Zeit im Herbst zur Verfügung steht, um den Tiefbauteil des Umbaues bewerkstelligen zu können. Die restlichen Arbeiten, wie Errichtung eines Schutzdaches und eines Kioskes, werden erst im anschließenden Jahr, mit Beginn der schöneren Jahreszeit, fertiggestellt werden können. Dies geschieht in Abstimmung mit den Anschaffungen der Verkehrsbetriebe, welche die Lieferung ihrer neuen Busse, etwa im März 1999, erwarten. Erst mit Anschaffung der neuen Midi-Busse können die neuen Busrouten befahren werden. Und erst ab diesem Zeitpunkt ist diese Nutzung des umgebauten städtischen Busbahnhofes voll gegeben.

Zu Punkt 3:

a) Gleichzeitig mit den konzeptionellen Überlegungen zur Verkehrsdrehscheibe wurden auch schon Überlegungen zur Errichtung eines Steges über die Enns getätigt. Nachdem die Stadt finanziell nicht immer alles gleichzeitig machen kann, vordringlich scheinen die Verkehrsberuhigungsmaßnahmen im Stadtteilgebiet Ennsdorf, sind bis jetzt noch keine weiteren Konkretisierungsschritte erfolgt. Überdies bestehen auch Befürchtungen einer Benachteiligung der kaufmännischen Interessen in der Bahnhofstraße und in der Enge. Ich sage dazu, daß es natürlich auch erforderlich sein wird, mit jenen Bürgern zu reden, die auf diesem Weg einmal gehen sollen. Das sind ungefähr 10.000 Ennsleitner. Mit denen wird man wohl auch das Gespräch führen müssen, in welcher Weise diese Verbesserung der Fußläufigkeit zwischen ihrem Stadtteil und dem Zentrum herzustellen ist. Da werden wir noch einiges an Gesprächen vor uns haben.

b) Nach einer Eingewöhnungszeit mit der neuen Verkehrsdrehscheibe Bahnhof Steyr und den zugehörigen Verkehrsregelungen, sowie den Verkehrsberuhigungsmaßnahmen Ennsdorf und des geänderten Busbetriebes, kann eine Planung für einen Steg über die Enns überlegt werden. In diesem Zusammenhang ist zu berichten, daß im letzten Bauausschuß auch Maßnahmen zur Gestaltung des Umfeldes, ausgelöst durch die Verkehrsmaßnahmen die notwendig und zweckmäßig erscheinen, zu überlegen sind, die natürlich auch einigermaßen kostenintensiv sein werden. Auch diese Überlegung ist hiebei zu berücksichtigen.

c) In der mittelfristigen Finanzplanung können im allgemeinen Ansatz zu Geh- und Radwegen, lt.

Stadtentwicklungskonzept, Planungsarbeiten für einen derartigen Steg finanziert werden.

Weil es gerade aktuell, interessant und gefragt ist, darf ich mitteilen, daß sich zur Zeit hier in Steyr, in unserer Stadt, ein internationales Architekturseminar abspielt. Es sind Universitätsprofessoren der Universitäten Ferrara, Neapel und Genua mit ihren Studenten in unserer Stadt. Es ist dies eine Veranstaltung die zum 3. Mal mit sehr großem Erfolg durchgeführt wird. Diese hervorragenden Fachleute und Studenten sind, unter anderem gegenwärtig zur Stunde, auch damit beschäftigt, über Aufstiegshilfe in der Stadt Überlegungen zu machen. Sie haben solche Überlegungen auch schon zu Papier gebracht. Recht interessant und ansprechend ist auch eine zusätzliche Fußgängerverbindung über die Enns. Also, wir werden auch zweidimensionales Material zur Verfügung haben um uns in den zukünftigen Stadtentwicklungs- und Bauausschüssen beschäftigen zu können.

Soweit meine Antwort, liebe Kollegin Frech. Übrigens vielen Dank für den süßen frechen Gruß, den sie uns da heute auf den Tisch gelegt haben.

Weitere Anfragen sind auch noch ergangen. So die Frau Kollegin Claudia Pramendorfer von der ÖVP-Gemeinderatsfraktion mit Schreiben vom 9. 9. 1998. Eine Anfrage, die allerdings die Frau Kollegin Vizebürgermeisterin Mach betrifft. Ich bitte sie nunmehr die Anfrage zu verlesen und eine Beantwortung vorzunehmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse. Die Anfrage von Kollegin Pramendorfer lautet:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Gem. § 12 Abs. 2 des Statutes für die Stadt Steyr richte ich folgende schriftliche Anfrage an Frau Vizebürgermeisterin Friederike Mach:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin!

Im Jahr 1997 gab es ausführliche Gespräche zwischen den Verantwortlichen der Stadt Steyr und einem Trägerverein bezüglich der Errichtung eines unabhängigen Kinderschutzzentrums nach dem Linzer Modell. Die Pläne dazu waren bereits sehr weit gediehen, es gab von seiten des Trägervereines bereits:

- ein ausgearbeitetes Konzept
- eine Budgetplanung und
- zentral gelegene Räumlichkeiten (in Aussicht)

Vonseiten der Stadt entschloß man sich dann allerdings, die Errichtung eines Kinderschutzzentrums in die eigenen Hände zu nehmen, und das Zentrum zwar abgekoppelt und weisungsungebunden, aber doch mit Magistratspersonal zu errichten.

Seit dem ist bald ein Jahr vergangen. Mir drängen sich in diesem Zusammenhang folgende Fragen auf:

1. Gibt es dieses Zentrum bereits?

Ein Kinderschutzzentrum besteht derzeit in Steyr noch nicht.

2. Wenn ja, wie schaut die Frequenz aus, wie wird es von der Bevölkerung angenommen?

Diese Antwort kann ich mir sparen, weil es dieses Zentrum noch nicht gibt.

3. Wenn nein, wieso gibt es das Kinderschutzzentrum noch nicht, wo liegen die Gründe dieser Entwicklung?

Ich möchte schon erwähnen, daß ich mir Gedanken gemacht und sehr viel daran gearbeitet habe. Nur möchte ich natürlich auch ein fachliches Personal dazu und die Finanzierung im Vorfeld sichergestellt haben. Im Gegensatz zum Verein, wo ich die Kosten auf den Tisch bekommen habe und eigentlich keiner gewußt hat, woher das Geld kommt. Das war bei mir nicht der Fall. Ich war 4 Mal beim Landesrat Ackerl in Linz und habe geschaut, daß die Finanzierung paßt. Ich gehe jetzt näher auf die Person ein und ich hoffe, daß es auch ihre Zustimmung findet.

Die Gründe, weshalb es in Steyr ein Kinderschutzzentrum bzw. einen integrierten Kinderschutz noch nicht gibt, sind folgende:

Der Kinderschutz soll in der bereits bestehenden „Sozialpädagogischen Familienbegleitung (SFB)“ integriert werden, um entsprechende Synergieeffekte zu erzielen. Im Sinne eines effektiven Kinderschutzes ist es maßgeblich, alle Stellen zu vernetzen, um deren Zusammenarbeit sicherzustellen.

D.h. es sind ja die Sonderkindergärtnerinnen, eine Logopädin und eine Sozialarbeiterin von der SFB dort unten.

Es wurde daher in der Zwischenzeit ein Konzept erarbeitet, das allen Anforderungen eines effektiven Kinderschutzes gerecht wird. Dieses Konzept ist auch von der Landesregierung zu genehmigen. Diese Genehmigung erfolgte mit Schreiben des Amtes der OÖ. Landesregierung vom 28. 8. 1998 (beim Magistrat Steyr eingelangt am 3. 9. 1998), nachdem es vorher zweimal zu überarbeiten war. Die letzte Fassung des Konzeptes stammt von Frau Dr. Emhofer-Licka, Ärztin und Psychotherapeutin in Steyr.

Ein Kinderschutz ist nur dann sinnvoll und wirksam, wenn mit diesem äußerst sensiblen Bereich eine entsprechend qualifizierte Fachkraft, von denen es nur sehr wenige gibt, betraut wird.

Inzwischen war es möglich, Frau Dr. Emhofer/Licka als Interessentin für diese Aufgabe zu gewinnen.

Frau Dr. Emhofer-Licka ist auf dem Gebiet des Kinderschutzes eine sehr kompetente Expertin. Sie ist Fachärztin für Kinder- und Jugendheilkunde und Psychotherapeutin. Darüber hinaus verfügt sie über das Zusatzfach (3-jährig) für Kinder- und Jugend-Neuropsychiatrie. Desweiteren absolvierte sie die Ausbildung für Arzt und Psychotherapeut sowie Arzt für Psychosomatik und besitzt das diesbezügliche Ärztekammerdiplom.

Frau Dr. Emhofer-Licka hat sich in ihrer Berufspraxis auf Kinderschutz spezialisiert und in diesem Bereich auch entsprechende Erfahrungen gesammelt:

Sie arbeitet seit 1983 als Ärztin und bereits mehr als 10 Jahre mit Kindern und problematischen Familien. Sie war über 5 Jahre lang Oberärztin in der Abteilung für Kinder- und Jugend-Neuropsychiatrie an der Kinderklinik für Kinderschutz und Kindesmißbrauch in Linz bei Primarius Dr. Gerstl.

Einer der Aufgabenschwerpunkte war bereits damals die Integration und Vernetzung der bei Gewalt und Mißbrauch befaßten Stellen.

Derzeit arbeitet Frau Dr. Emhofer/Licka in einer Praxisgemeinschaft mit dem Schwerpunkt Kinder- und Jugend-Neuropsychiatrie und Psychosomatik in Steyr.

Ich glaube, daß es ihre Zustimmung findet.

5. Wieviel Kinder müssen daher in das bereits stark überlastete Zentrum nach Linz geschickt werden?

Das Kinderschutzzentrum Linz hat derzeit seinen Bürobetrieb vorübergehend wegen Übersiedlung geschlossen. Wir haben ein paar Mal versucht, jemanden telefonisch zu erreichen und wir haben auch Antwort hinterlassen, daß uns jemand zurückruft. Es ist aber nicht geschehen. Ich glaube auch nicht, daß uns diesbezüglich eine entsprechende Auskunft gegeben wird, weil sich das Kinderschutzzentrum erwartungsgemäß an die Verschwiegenheit halten wird.

Ich kann das aber auch nicht genau sagen, weil die Kinder werden ja direkt von den Vereinen und Schulen an das Kinderschutzzentrum überwiesen, darum kann ich keine genaue Zahl sagen. Vonseiten des Jugendamtes haben wir 2 bis 3 Fälle. Vonseiten der Vereine, Frauenhäuser und allen anderen Einrichtungen, die vorhanden sind, werden wahrscheinlich mehr überwiesen werden.

6. Was gedenken Sie zu tun, um diese Entwicklung voranzutreiben?

Nachdem nunmehr Anfang September vom Amt der OÖ. Landesregierung das Konzept genehmigt worden ist und ich bereits mit Frau Dr. Emhofer/Licka beim LR Ackerl war, und sie ihre Vorstellungen dazu geäußert hat und ihr vehementer Wunsch eine Vernetzung ist, daß man nicht wieder bei der Stunde Null anfangen muß und nicht nur mit Beratung sondern gleich zur Therapie übergeht, habe ich vom LR Ackerl eine mündliche Zusage bekommen, daß ich für heuer noch Geld bekomme. Ich warte natürlich, zur Sicherstellung, auf die schriftliche Zusage. Dann wird die Frau Dr. Emhofer/Licka, im heurigen Jahr noch, auf Honorarbasis beginnen und wird sich alles so richten, wie sie es für den Kinderschutz braucht. Ab dem nächsten Jahr geht es natürlich auch um die Finanzen. Da habe ich auch bereits eine mündliche Zusage. Ich will aber den Betrag noch nicht nennen, weil ich auf die schriftliche Zusage von der Landesregierung warte. Natürlich muß auch bei uns ein Budgetansatz rein und dann wird sie als Leiterin in der SFB das Kinderschutzzentrum übernehmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke für die Beantwortung dieser Anfrage. Ich darf nun unter Punkt 3., Mitteilungen des Bürgermeisters, fortfahren.

Einige Schreiben, aufgrund unserer Beschlüsse von Resolutionen, Einreichungen und Petitionen, sind zurückgekommen. Zu dem Punkt, Bewilligung von Sendeanlagen, darf ich mitteilen, daß zu unserer Resolution, die wir an die Parlamentsfraktionen, unter anderem, abgeschickt haben, vom Klubobmann der Sozialdemokratischen Fraktion ein Schreiben zurückgekommen ist.

Dr. Peter Kostelka hat geschrieben:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Für die Übermittlung der Petition des Gemeinderates betreffend die Einführung einer Bewilligungspflicht für Sendeanlagen möchte ich mich herzlich bedanken.

Auch die SPÖ sieht das Problem eines mangelhaften Anlageverfahrens im Rahmen der GSM-Sendeanlagen. Insbesondere sollte eine bessere Koordinierung des Sendeanlagenbaues erfolgen, wobei Unternehmen dazu verpflichtet werden sollen, bestehende Sendeanlagen anderen Unternehmungen gegen entsprechende Gebühren zur Verfügung zu stellen. Ebenso sollte ein besserer Nachbarschaftsschutz im Anlageverfahren für die Bürger und eine verstärkte Berücksichtigung des Landschafts- und Ortsbildschutzes in Zukunft gewährleistet sein. Des weiteren wird eine Parteilstellung der Gemeinden und Nachbarn in Genehmigungsverfahren im Zusammenhang mit den Bauordnungen der Länder zu diskutieren sein.

Beiliegend übermittle ich Ihnen die vor wenigen Tagen zur Begutachtung versandte Novelle zum Telekommunikationsgesetz, welche im Herbst der parlamentarischen Beratung zugeführt werden soll.

Meiner Ansicht nach wird damit einem berechtigten Bürgeranliegen weitgehend entsprochen.“

In der selben Angelegenheit erhielt ich von Herrn Bundesminister Dr. Caspar Einem mit Schreiben vom 12. Juni 1998 folgende Nachricht:

„Herzlichen Dank für Dein Schreiben vom 15. 5. 1998, mit welchem Du mir die Resolution des Gemeinderates der Stadt Steyr übermittelt hast. Bevor ich auf den Inhalt dieser Resolution näher eingehe, möchte ich klarstellen, daß ich nicht nur an den Vorteilen der modernen Telekommunikation, sondern vor allem auch am Schutz der Bevölkerung vor möglichen Gefahren interessiert bin. Im Zusammenhang mit der Errichtung eines Mobilfunknetzes ergeben sich vielfältige Aspekte, die ich im Rahmen der mir zustehenden Möglichkeiten entsprechend beachte und bei meinen Entscheidungen berücksichtige. So ist es selbstverständlich, daß die derzeit geltenden nationalen und internationalen Gesundheitsstandards und Grenzwerte, die es für die GSM-Technologie gibt, einzuhalten sind. Hier gibt es eine enge Zusammenarbeit und auch gemeinsame Aktivitäten mit Frau Bundesministerin Mag. Prammer.

Es sei mir jedoch der Hinweis gestattet, daß es sich bei der GSM-Technik um einen international genormten Standard handelt, dem die Sendeanlagen ebenso wie die Telefone (Handys) entsprechen. Derzeit sind 227 solcher Netze in weltweit 110 Ländern in Betrieb.

Aus diesem Grund erübrigt sich ein individuelles Genehmigungsverfahren jeder einzelnen Anlage, da die Technik vorgegeben ist.

Die Netzplanung obliegt dem jeweiligen Betreiber, welcher sie nach den für seinen Anwendungszweck optimalen Bedingungen erstellt.

Um die Errichtung von Sendemasten zu verringern, habe ich eine entsprechende Gesetzesinitiative angekündigt. Durch eine Novelle zum Telekommunikationsgesetz soll die gemeinsame Nutzung vorhandener Anlagen durch mehrere Anwender zwingend vorgeschrieben werden. Ich werde demnächst einen entsprechenden Entwurf zur Begutachtung versenden. Im Zuge des Begutachtungsverfahrens wird Gelegenheit sein, alle Vor- und Nachteile einer solchen Maßnahme zu diskutieren. Auch die in der Resolution des Gemeinderates der Stadt Steyr angesprochenen Bedenken werden in die Beratungen eingebracht werden.

Wir haben eine Resolution zur Steuerreformkommission beschlossen und an die Bundesregierung, betreffend Erhöhung der Einheitswerte und der Grundsteuer A und B, abgerichtet.

Zur Resolution des Gemeinderates über die Erhöhung der Einheitswerte teilte mir Herr Dr. Klaus Wiesmüller vom Bundeskanzleramt mit Schreiben vom 9. 7. 1998 folgendes mit:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Das Bundeskanzleramt, Abteilung Ministerratsdienst, bestätigt das Einlangen Ihres Schreibens vom 29. 5. 1998, mit dem Sie die von der Steuerreformkommission vorgeschlagene Erhöhung der Einheitswerte und der Grundsteuer A und B ablehnen.

Der Herr Bundeskanzler hat die Mitglieder der Bundesregierung in der Sitzung des Ministerrates am 9. 7. 1998 von dieser Eingabe in Kenntnis gesetzt.

Zum Inhalt Ihrer Resolution möchte ich folgendes festhalten:

Der Bundesminister für Finanzen hat die Steuerreformkommission beauftragt, Vorschläge für die

nächste Etappe der Steuerreform, die für das Jahr 2000 geplant ist, zu erarbeiten.

Neben anderen Themen werden in der Steuerreformkommission auch Änderungen in der Struktur der Gemeindefinanzen nach verschiedenen Gesichtspunkten diskutiert. In diese Beratungen sind auch der Österr. Städtebund und der Österr. Gemeindebund eingebunden, sodaß davon ausgegangen werden kann, daß die Interessen der Gemeinden gut vertreten werden. Die Steuerreformkommission hat bislang ihre Beratungen noch nicht abgeschlossen. Es gibt daher noch keine Vorschläge, die politisch beurteilt und kommentiert werden könnten.“

Jetzt wird es ein bißchen leichter. Werbung mit dem neuen Steyrer Stadtkalender. Hiezu darf ich mitteilen, daß hier diese erfolgsversprechende Werbeidee soweit umgesetzt wurde, daß dieser neue Kalender allen interessierten Steyrer Unternehmen, Vereinen und Organisationen aus dem Wettbewerb "Mein Bild von Steyr" kostengünstig als Werbemittel angeboten wird.

Der wunderschöne Kunstdruckkalender vermittelt in 12 Bildern die Schönheiten Steyrs aus unterschiedlichen Gesichtspunkten und in verschiedenen Ausdrucksformen. Bereits ab einer Bestellmenge von 50 Stück ist der Eindruck des Firmen-Logos möglich, wodurch sich der Stadtkalender hervorragend als attraktives Geschenk für Kunden und Freunde des jeweiligen Unternehmens eignet.

Erfreulich kann festgestellt werden, daß sich ein neues Tourismus-Rekordjahr abzeichnet. Nach dem Erfolgjahr 1997 mit Höchstwerten bei sämtlichen relevanten Kennzahlen zeichnet sich heuer ein neuer Rekord ab. So wies die Halbjahresbilanz 1998 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres wiederum deutliche Steigerungsraten auf, wobei die Nächtigungszahlen um 8,8 % und die Ankünfte sogar um 10,3 % nach oben kletterten. In Summe wurden in den ersten sechs Monaten 34.668 Nächtigungen sowie 19.616 Ankünfte registriert.

Von den Steigerungsraten haben besonders die 4-Stern-Betriebe profitiert. Sie haben 13 % Zuwachs von diesem Kuchen abgeschnitten. Am Stärksten sind hier die Jugendherbergen und Campingplätze mit einem Plus von 20,9 % ausgestiegen. Reduktionen hat es auch gegeben. Bei den 2- und 1-Stern-Unterkünften, die offenbar von unseren Besuchern nicht so gefragt sind. Hier mußte ein Minus von 8 % verzeichnet werden.

Wir profitieren heuer sicherlich auch von der Landesausstellung mit den drei hervorragenden Projekten, die in Steyr zu sehen sind. Die fast 3000 Nächtigungen mehr, die wir im 1. Halbjahr registrieren konnten, sind aber ein klares Indiz dafür, daß die Attraktivität Steyr's nicht nur auf die Landesausstellungsprojekte beschränkt ist, sondern, daß die intensiven Vermarktungsbemühungen auch Wirkung zeigen.

Ein weiterer Hinweis zur Attraktivitätssteigerung: Die Eröffnung der Weihnachtserlebniswelt findet am Samstag, 19. 9. 1998, um 14.00 Uhr statt. Es sind alle recht herzlich eingeladen.

Ein anderes Großereignis, das uns in Steyr ein erhebliches mediales Echo verschaffen wird, ist natürlich die Veranstaltung „Innovatives Oberösterreich 1998“. Immerhin eine Veranstaltung, die bisher im Designcenter, unter großer öffentlicher Beachtung, durchgeführt wurde. Zusätzlich zu dieser Woche der Innovationen in Steyr, wo Gott und die Welt eingeladen ist und erwartungsgemäß auch kommen wird, ist natürlich auch noch die Inbetriebnahme, festliche Eröffnung und Abschluß des Gesamtausbaus FAZAT vorgesehen, Fachhochschulgebäudeeröffnung und Eröffnung des Fernstudienzentrums.

Es ist hier, wenn sie die Einladung gelesen haben, ein Reigen von sehr hochrangigen Fachveranstaltungen mit hochrangigen Referenten und Vortragenden auf der einen Seite, aber auch eine sehr publikumswirksame Veranstaltung auf der anderen Seite, sodaß, glaube ich, wir den

Abschluß dieser enormen Anstrengung, dieses alte Industriegemäuer wieder städtebaulich, bedeutungsvoll und sorgfältig in Szene zu setzen, wirklich mit Freude feiern können. Das Entscheidende ist natürlich, daß mit diesem Schritt die Bemühungen nicht zu Ende gehen, sondern, daß in diesen neuen Räumlichkeiten auch die weitere Entwicklung positiv ist und von dort aus die Impulse kommen. Auch für die Wirtschaft, für die kulturelle Belebung, für den Tourismus und im Konferenzbereich ist dort einiges möglich. Wir wollen, daß das auch in Zukunft so eintrifft. D.h., wir werden noch weitere Anstrengungen und Bemühungen machen müssen.

Zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage ist zu berichten, daß die Arbeitslosenquote im August 1998 5,9 % betragen hat. Im Vergleich zum Vormonat um 0,4 Prozentpunkte höher. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr verringerte sie sich um 0,6 Prozentpunkte.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im August 1998 2.412. Diese erhöhte sich gegenüber dem Vormonat um 6,4 % (d.s. 145 Personen) und gegenüber dem Vorjahr verringerte sie sich um 9,4 % (d.s. 249 Personen).

Im August 1998 sind 379 offene Stellen gemeldet, das sind um 40 Stellen mehr als im Vormonat sowie gegenüber dem Vorjahr um 91 Stellen mehr.

Unter Punkt 4) ersuche ich sie um Kenntnisnahme der Beschlüsse des Stadtsenates, die mit der Gemeinderatsversendung, Gemeinderatstagesordnung und -einladung übermittelt wurden.

Unter Punkt 5) möchte ich den Vorsitz jetzt der Kollegin Mach übergeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE: BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Präsidium, meine Damen und Herren. Mein erster Antrag beschäftigt sich mit dem Verkauf von Aktien der Steyr Daimler Puch AG, die wir bisher gehalten haben. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

1) Fin-163/98 Steyr-Daimler-Puch AG (SDP) Aktien; Verkauf

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 14. Juli 1998, wird dem Verkauf der 1.006 Stück Steyr Daimler Puch AG (SDP) - Aktien mit Nominale 100 um S 380,-- pro Nominale 100 an die Magna International Inc., Aurora, Ontario, Kanada, zugestimmt.

Dies entspricht einem Verkaufserlös von S 382.280,--. Die Verrechnung der Einnahmen erfolgt bei der VASSt. 2/914000/080000 (Verkauf von Beteiligungen).

Wegen Dringlichkeit wird gem. § 47 Abs. 5 leg. cit. der Magistrat der Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug ermächtigt.

Ich bitte heute den Gemeinderat, den Beschluß des Stadtsenates auch zu gutieren.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Kollege Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Man kann sagen, daß mit diesem Amtsbericht heute auch ein Stück Industriegeschichte in Steyr zu Ende geht. Wir werden diesem Antrag zustimmen, weil er unter dem Strich für die Stadt, wenn man die Aktien der SDP in

den letzten Jahren verfolgt hat, sicherlich ein Geschäft ist. Es wäre allerdings von Interesse, aus welcher Zeit dieser Aktienkauf stammt. Ich glaube, die Zeiten haben sich geändert. Es wäre, meiner Meinung nach, heute unvorstellbar, einen Antrag dem Gemeinderat vorzulegen, wo man wiederum Aktien kauft, weil ich glaube, mit Steuergeldern zu spekulieren ist wahrscheinlich nicht gerade die Aufgabe einer Kommune. Manchen Körperschaften, die Gelder öffentlicher Hand oder von Bürgern verwalten, wie z.B. Betriebsratskörperschaften, ist es überhaupt verboten mit Aktien zu spekulieren, zu handeln oder zu kaufen. Das Geld darf nur auf Sparbüchern angelegt werden. Na, Herr Kollege Bremm. Wenn man den heutigen Wirtschaftsteil einer Tageszeitung genauer liest, ist es sowieso fraglich, ob es für diesen Konzern, zumindest in Steyr, in Zukunft noch Aktien geben wird. Es ist leider, wenn das so eintreten wird, daß die Steyr-Antriebstechnik wiederum verkauft wird, dann tatsächlich ein Schlußstrich unter die Steyr-Daimler-Puch, die Geschichte und der Bestand der Steyr-Daimler-Puch in Steyr, Standort Steyr, zumindest gesetzt. Ich möchte heute schon ein bißchen darauf hinweisen, oder jene in diesem Gremium herinnen, die damals so euphorisch dem Herrn Stronach zugejubelt haben und was dann eigentlich letzten Endes eingetreten ist. Es waren ja vor allem, interessanterweise, einige Betriebsräte und heute anwesende Betriebsräte der Steyr-Daimler-Puch AG, die es damals kaum erwarten konnten, daß dieser Herr seine Aktivitäten auch nach Steyr verlagert. Wenn man sich z.B. nur den Kaufpreis ansieht, dann sieht man schon, wie das dann in der Praxis endgültig ausgesehen hat. Alleine die Immobilien waren das schon wert, was dieser Herr dann für den Betrieb auf den Tisch gelegt hat und stößt nun jene Bereiche, wo er vielleicht Geld investieren müßte, das macht er nämlich interessanter Weise auch nicht in Steyr sondern leider für uns nur in Graz. In Steyr habe ich derartige Absichten von ihm oder einem seiner Vertreter leider noch nicht gehört. Die Verunsicherung im Werk ist natürlich dementsprechend groß. Man hat jahrelang gehofft, daß mit dem Verkauf dieser Zustand endlich einmal ein Ende finden wird. Man muß leider feststellen, daß das nicht eingetreten ist. Ich bedaure das sehr. Um das geht es jetzt nicht zu sehr sondern um den Verkauf von Aktien. Aber es sei mir gestattet, das einmal in Erinnerung zu rufen. Nach einer gewissen Zeit betrachtet man diese Dinge vielleicht auch etwas anders. Also, große Euphorie ist vielleicht in Graz und in der Umgebung angesagt. In Steyr ist das, aus der heutigen Sicht sehend, nicht angebracht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Dr. Wetzl. Bitte sehr.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Presse. Auch wenn der heutigen Abstimmung praktisch keine Bedeutung mehr zukommt, da ja ohnehin wegen vermeintlicher Dringlichkeit der Magistrat zum sofortigen Vollzug ermächtigt wurde, sind doch einige Versäumnisse aufzuzeigen.

Der vorliegende Amtsbericht, der Ausgangspunkt meiner Überlegungen, ist zum einem in einem wesentlichen Punkt unrichtig und zum anderen ist er unvollständig. Unrichtig ist er insofern, als drinnen steht, daß das Kaufansuchen mit 21. Juli 1998 befristet ist. Wie wir jetzt wissen, stimmt das nicht mehr. Unvollständig ist er deshalb, weil nichts von einer Hauptversammlung drinnen steht, die letzte Woche stattgefunden hat. Konkret am Montag. In dieser Hauptversammlung ist es ziemlich zugegangen. Ich verweise auf einen Bericht der Salzburger Nachrichten, Wirtschaftsteil vom 8. 09., wo groß drinnen steht: „Steyr Streubesitz wehrt sich!“. Um was ist es in dieser Verhandlung gegangen? Ich darf nur einen Satz vorlesen: „An der Hinausdrängung aus ihrem Unternehmen im Allgemeinen und den Konditionen im Besonderen übten die Kleinaktionäre auf der Hauptversammlung heftige Kritik.“ Konkret: Sie waren mit der Barabfindung von S 380,--, so wie wir angenommen haben, nicht zufrieden. Gut. Juristisch bedeutet das, sie haben in der Hauptversammlung einen Widerspruch erhoben. Das hat jetzt folgendes Verfahren zur Folge. In einem gerichtlichen Verfahren, im sogenannten Außerstreitverfahren, besteht keine Anwaltpflicht. Nun wird dieses Abfindungsangebot von 380,-- Schilling überprüft. Durch einen gerichtlich beeideten Sachverständigen, konkret durch einen großen Wirtschaftstreuhandler, der vom Gericht bestellt wird, sagen wir einmal ein Neutraler. Der überprüft dann dieses Abfindungsangebot. Sollte dabei mehr herauskommen, dann erhalten alle diejenigen, die Widerspruch erheben, mehr. Wenn weniger

herauskommt, dann bleibt es bei dem Abfindungsanbot von 380,-- Schilling. Wir haben an dieser Hauptversammlung nicht teilgenommen, weil wir ja schon vorher zugestimmt haben und keinen Vertreter entsandt. Das bedeutet: Wenn im gerichtlichen Verfahren mehr herauskommen sollte, dann schauen wir durch die Finger, weil wir, meine ich, voreilig gehandelt haben. Ich finde das insofern bedenklich, weil, wenn sich die Stadt schon als Aktionär beteiligt, für mich ist das nicht so schlecht, dann muß einem immer eines klar sein, nämlich, daß diese Aktien in Wirklichkeit bloß, auch wenn Eigentümer formal die Stadt ist, treuhändig gehalten werden, für die Bürgerinnen und Bürger. Auch wenn das so klingt, aber es ist nicht anders. Da meine ich, hat man schon die Pflicht, daß man alle Möglichkeiten ausschöpft, um ein möglichst gutes Ergebnis herauszuholen und die Aktien möglichst gut dann, so wie in diesem Fall, wenn Magna, der Haupteigentümer, die Kleinaktionäre nicht mehr will, weil sie lästig sind, so vermeinen die das zumindest, wenn die versucht werden hinauszudrängen, muß man wenigstens versuchen, alle Rechte, die ohnehin wenig sind, die man hat als Minderheitsaktionär, wahrzunehmen. Das hätte im konkreten Fall bedeutet, noch zuzuwarten und insbesondere in der Hauptversammlung dort einen Widerspruch zu erheben. Das kostet überhaupt nichts. Ich sage es noch einmal, Anwaltsvertretung ist nicht erforderlich. Man braucht das nur schriftlich anzumelden. Dann wird das überprüft. Diese Möglichkeit haben wir uns genommen, indem dem Antrag die Dringlichkeit auf Zustimmung erteilt worden ist. D.h., der heutige Antrag von uns, der zur Abstimmung ansteht, ist mehr oder weniger umsonst, weil ja die ganze Sache schon entschieden ist.

Ich möchte noch eines sagen. Ich stehe dieser Übernahme durch den Magna Konzern nicht negativ entgegen, aber ich meine doch, wenn man schon Aktien inne hat, dann sollte doch versucht werden, das beste Ergebnis zu erzielen. Das beste Ergebnis wäre, meines Erachtens, sicherlich gewesen, einen Widerspruch in dieser Hauptversammlung zu erheben. Kommt mehr heraus, bekommt die Stadt mehr. Kommt weniger heraus, unter dieses Anbot von 380,-- Schilling kann es nicht gehen. Ich werde daher dem vorliegenden Antrag die Zustimmung zwar nicht versagen, aber ich werde mich persönlich der Stimme enthalten. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist Vizebürgermeister Tatzreiter.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, werte Presse. Es ist schon ein bißchen eigentümlich, wenn ich jetzt davon höre, daß es eigentlich Leid ist bzw. dem Schicksal entgegen gegangen ist, daß Steyr-Daimler-Puch an Private verkauft wurde. Gerade als Betriebsräte, als Betroffene, und eine ganze Belegschaft, die schwierige Jahre mit dem Unternehmen bzw. das Unternehmen in Gesamtheit hinter ihr hat, haben wir auch einigermaßen verdutz drein geschaut. Wir haben uns nicht vor dem gedrückt oder von dem gedrückt. Wir haben es gesagt. Wir haben es öffentlichkeitswirksam gesagt, was mir nicht unwesentliche Probleme eingebracht hat. Insofern auch beim bisherigen Eigentümer. Kollege Spanring kann das bezeugen, daß die Diskussionen zum Teil ziemlich heftig waren, wie wir das angestellt haben, daß der Preis so billig war. Das hat sich erst hinterher herausgestellt, daß wir Recht hatten. Leider. Nur es war schon verkauft. Es war dann nur mehr das Nachjustieren, ob es nicht doch möglich ist, sozusagen an einen Anderen zu verkaufen oder zumindest die Magna zu überzeugen, daß sie noch einmal nachsetzen müssen. Das ist passiert, aber es hat daran nichts mehr geändert, daß wir verkauft sind. Ich kann mich noch daran erinnern, wie in einer Zeitschrift stand, wo die F besonders darauf hingewiesen hat, daß das gut ist, daß ein Privater wie Stronach, ein Österreicher sozusagen, das als Privater übernimmt. Das wird gut sein für das Unternehmen, nur nicht für den Standort Steyr, das haben wir gewußt. Vielleicht noch für ein paar andere Standorte. Ein paar sind schon darauf gekommen, daß es nicht mehr so weiter geht. D.h. die wissen alle noch nicht, so wie wir selbst, wie es unter Umständen in einigen Monaten wirklich aussehen wird. Die Diskussionen, weil gerade heute wieder in den Zeitungen bzw. in den Nachrichten stand, daß natürlich die Belegschaft verunsichert ist und der Zorn nicht unwesentlich ist, weil es ist nicht angenehm, wenn im Jänner ganz unverhofft, es hat keiner etwas gewußt, selbst der Vorstand hat erklärt, daß sie davon nichts wußten, die Belegschaft davon überrascht wird und, daß möglicher Weise, aus der heutigen Sicht, noch nicht erkennbar ist, wer es letztendlich wirklich sein

wird. Vielleicht behält es sich der Stronach. Ich glaube es nicht. D.h., die Belegschaft ist auch in einer gewissen Zerreißprobe und, daß in diesem Zusammenhang auch die Beschäftigung noch etwas hinuntergesunken ist, ist nämlich genau dem zu widersprechen, was versprochen wurde. Es ist nicht passiert, daß die Arbeit mehr wird. Vielleicht kommt es noch. Ich würde mich freuen. Vor allem die Belegschaft in der Gesamtheit. Es ist nämlich nicht so eingetreten. Was tatsächlich eingetreten ist, daß die Investitionen, die wir in Steyr geglaubt haben zu realisieren, leider in Graz sind. In einem größeren Ausmaß als es vorher geplant war. Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang bin ich nicht sehr von einer Privatisierung begeistert. Ich sage es einmal, weil man bei solchen Dingen, bei Entscheidungen, möglicherweise zu leichtfertig umgeht. Nur um eine Last wegzuschieben oder loszubringen und möglicherweise gar nicht das Schicksal, welches dahintersteht, ins Auge gefaßt hat. In diesem Zusammenhang möchte ich nur darauf hinweisen, daß bei der letzten Generalversammlung auch eine sehr bescheidene Anmerkung als Betriebsrat und Mitverantwortlicher für die Belegschaft vor Ort, in diesem Zusammenhang die Dinge zu erkennen. Kollege Spanring und ich waren bei dieser Generalversammlung anwesend und, natürlich mit Recht, ich sage das immer wieder, aber natürlich konträr zu dem was die Belegschaft im Betrieb betrifft, daß man mehr verlangt als was da herauszunehmen sei, nämlich an Möglichkeiten mehr abverlangt, mit 500,-- Schilling, oder 490,-- Schilling waren es konkret, Kollege Spanring könnte das noch ergänzen. Das war die Forderung der Klein- und Mittelaktionäre und, daß wir natürlich wissen, wenn wir das über uns ergehen lassen müssen, uns zusätzlich in die Verlustzone weiter hineintreibt als es schon ist. Noch dazu möchte ich sagen, daß wir es nicht für zielführend erachtet haben, daß bei einem Kurs, der halt derzeit existent ist, wie das Unternehmen verkauft bzw. jetzt wieder angeboten wurde, in diesem Zusammenhang außertourlich erhöht werden sollte. Ein gutes Recht von jedem Aktionär. Aber als Beschäftigter in diesem Unternehmen und dem eigentlichen Zustand, haben wir andere Sorgen. In diesem Zusammenhang möchte ich das nur auch in diesem Kreis gesagt haben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlußwort bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich möchte mit Herrn Dr. Wetzl beginnen. Ich meine, er hat natürlich Recht. Man hätte die eine oder andere Vorgangsweise wählen können. Wir haben uns über diese Materie im Stadtsenat unterhalten. In Anbetracht dessen, was zu erwarten war, daß sich eigentlich die Mehrheit der Aktionäre von diesen Aktien, unter diesen neuen Umständen, trennen werden, haben wir auch diese Entscheidung getroffen. Da können schon ein paar Schilling mehr oder weniger drinnen sein. Aber, wir sind eigentlich keine Spekulanten, wie es vom Kollegen Payrleithner gesagt wurde. Wir nicht und auch nicht unsere Vorgänger, die seinerzeit einmal 1000 Stück Aktien gezeichnet haben, als das Unternehmen zur Finanzierung größerer Investitionen an die Börse gegangen ist und neue Aktien aufgelegt hat, nehme ich an, daß man die Nähe zu diesem Unternehmen und die Verbundenheit mit der Zeichnung dieser verhältnismäßig kleinen Anzahl von Aktien unterstreichen wollte. Das war eigentlich eine Unterstützungsaktion, die man normalerweise unter Wirtschaftsförderung einreihen würde, was wir natürlich ununterbrochen machen, in allen möglichen Bereichen und mit viel höheren Summen. Bitte sehr, das möchte ich doch ein bißchen zurecht rücken. Eines ist natürlich auch ein bißchen interessant, wenn man sich so eigentlich in kurzen Zeitabständen die Meldungen, die aus unserem Kreis ertönen, anhört. Diese Übernahme durch Stronach ist ja interessanter Weise im Vergleich zu einer Übernahmen, die auch bei Steyr-Daimler Puch vor 10 Jahren oder nicht einmal 10 Jahren stattgefunden hat, völlig anders gelaufen. Damals haben alle geglaubt die Welt stürzt ein. Die Betroffenheit war riesig. Die Resignation war enorm. Die Zukunft hat niemand gesehen. Einige sind auserwählt worden, die Last dieser Veränderung auf ihren Schultern zu tragen. Ich war nämlich einer davon und deshalb erinnere ich mich noch, weil es war eine sehr schmerzhaft Angelegenheit. Nicht einmal 10 Jahre später passiert der selbe Vorgang mit dem Rest von Steyr-Daimler Puch, wenn man einmal die Waffenfertigung davon ausnimmt, die Herr Stronach ja nicht übernommen hat, und siehe da, es erheben sich eher positive Stimmungen. Freudige Erwartungen werden geäußert. Werndl 2 ist da. Ihr seid gerettet. Endlich ist das Ding privatisiert. Es gehen wieder einmal einige Monate ins Land und es rührt sich

nicht viel. Herr Stronach vermeidet es vor Ort in Steyr hier seine Verkündungen abzugeben, obwohl ich ihn im Februar schon sehr freundlich zu einem Gespräch eingeladen habe, um über die Zukunft dieses Traditionsunternehmens zu sprechen. Es geht dabei natürlich um die Beschäftigung von fast 1000 Menschen, 1000 Existenzen und deren Familien. Wir nehmen das natürlich außerordentlich ernst. Aber es geht eigentlich für die Stadt Steyr noch um mehr. Für die Stadt Steyr geht es nämlich auch noch darum, daß dem Herrn Stronach in Wirklichkeit der zweitgrößte Grundbesitz in unserer Stadt gehört. Es geht auch darum, daß sich 2300 Wohnungen in Besitz der Steyr-Daimler-Puch AG befinden. Zum Teil im Zuge ihrer GWG und zum Teil in direktem Besitz der AG. Und es ist überhaupt nicht gleichgültig, welche Entwicklungen dort Platz greifen. Es gibt ein Positivszenario und ein Negativszenario dazu. Ich habe mich sehrwohl bedeckt gehalten, auch als mich die Journalisten sehr dringlich fragten, weil man nämlich, wenn man den Herrn Stronach nicht persönlich dazu hört oder seine autorisierten Vertreter, wie sie sich denn die Entwicklung in dieser Stadt mit diesem Unternehmen und mit diesen Ressourcen, die so bedeutsam sind, vorstellen, dann kann man wahrscheinlich nicht leichtfertig „Halleluja“ oder „es ist furchtbar, die Welt stürzt ein“ sagen, sondern man muß sich wahrscheinlich vorher ein Bild machen. Das möchte ich tun. Wenn nämlich ein Negativszenario vorbereitet wird, weil vielleicht die Produkte, die Fähigkeiten und die Betriebsanlagen, die hier vor Ort in Steyr sind, nicht in das Gefüge des Magna Konzerns passen, dann wird die Übernahmen vielleicht für Graz recht positiv sein können. Dort befinden sich die automotiven Aktivitäten, die in das Kerngeschäft und in die -kompetenzen des Magna Konzerns, so wie ich mich in der Zwischenzeit informieren konnte, besser hineinpassen. Dann ist aber die Zukunft in Steyr noch nicht gesichert. Es ist die Frage, in welche Richtung kann die Entwicklung weitergehen. Zwei Szenarien sind wieder möglich. Magna könnte sich entschließen, in diesem Bereich, der in der Nähe liegt, aber mit dem sie sich intensiv noch nicht so beschäftigen, nämlich im Bereich der Nutzfahrzeugproduktionen und -fertigungen, weltweit, ein neues Geschäftsfeld aufzumachen und sich dort zu betätigen. Ich bin überzeugt, daß dann einiges zustande gebracht werden könnte, was positiv sein könnte. Es kann aber auch sein, daß sie diesen Schritt nicht tun und eher überlegen, das jemandem zuzuordnen, der Interessen an solchen Fertigungen, Kenntnissen und Produktionen hat, von Menschen, die dort tätig sind. Das ist noch nicht heraußen und ich befürchte und glaube, daß auch bei Magna diese Entscheidung noch nicht gefallen ist und, daß sich deswegen der Herr Stronach bzw. seine Vertreter in Europa bedeckt halten. Erst wenn sie das unternehmensintern ausgeknobelt haben, wird man hören, wie die Dinge weitergehen können. Ich habe jedenfalls geeignete Schritte eingeleitet, um hier mit den unmittelbar verantwortlichen Menschen und vor allen Dingen auch mit Herrn Stronach ins Gespräch zu kommen. Ich glaube, das bringt uns den Dingen näher. Also, es geht meiner Meinung nach um sehr viel. Neben der Entwicklung, die bedeutsam für die Beschäftigten dort ist und auch um Grundstücke. Wenn ich mir nur die Wohnungsnutzer und -mieter von 2.300 Wohnungen und die Schrebergärtner vor Augen führe, wo ja ein Erbhofbauer leichter zu übersiedeln ist als ein Schrebergärtner. Wenn das alles akut wird und vielleicht auch noch gleichzeitig, dann, meine Damen und Herren, können wir uns nur dazu gratulieren, daß wir unsere Hausaufgaben gut gemacht haben, daß es ein beschlossenes Stadtentwicklungskonzept gibt, daß Flächenwidmungspläne erarbeitet sind und dem Gemeinderat demnächst zur Beschlußfassung vorliegen. Weil, wenn hier, im großen Stil, um große Grundstücksflächen Spekulation betrieben werden würde, dann würde das dieser Stadt und ihrer weiteren positiven Entwicklung sicher nicht gut tun. Es zeigt sich also, daß hier private Übernehmer von Konzernen, von Betrieben, von Unternehmungen mit ihren Belegschaften nicht automatisch das Heil bedeuten und, daß Einflußnahmen, jedenfalls von der Politik her, wahrscheinlich viel, viel schwieriger bis unmöglich sind, gegenüber Zeiten, wie sie früher waren. Obwohl auch diese Zeiten immer wieder kritisiert wurden und natürlich lange nicht alles Gold war, was gegläntzt hat. In Wirklichkeit ist es nicht so sehr wichtig, glaube ich, ob dort die Fahne der CA, von MAN, von SKF, von Kanada oder vielleicht den USA hängt. Die Frage wird in Wirklichkeit sein, ob dort unternehmenspolitische Entscheidungen getroffen werden, im Sinne dieser Ressourcen, dieser Menschen, dieser Möglichkeiten, der Fähigkeiten, im Sinne einer weiteren positiven Entwicklung. Vielleicht in einem anderen Gefüge, das selbst sehr viel mit einbringt, weil weltweite Kontakte und Marketingmöglichkeiten bestehen. Natürlich könnte auf diesem Grundstücksareal, in diesen Hallen, bei diesen Maschinen und bei diesen Anlagen ein mehrfaches der gegenwärtigen Beschäftigtenanzahl Platz finden. Ich bin überzeugt davon, daß Unternehmungen, die sich

entschließen dort zu investieren und neue Strategien mit den Leuten zu erarbeiten, auch sehr erfolgreich sein könnten. Darauf sollten wir unsere Ziele ausrichten. Ich werde mich jedenfalls bemühen, soweit ich dazu in der Lage bin, die Möglichkeiten sind verhältnismäßig reduziert, in diese Richtung zu arbeiten und werde bemüht sein, Einfluß zu nehmen, daß die Dinge in diese Richtung gehen und werde natürlich dann auch laufend, wenn sich solche Gespräche ergeben, an sie, meine Damen und Herren, berichten.

Nunmehr bitte ich aber, diesem Antrag, Verkauf von 1006 Aktien der Steyr-Daimler-Puch AG, die Zustimmung zu erteilen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Niemand. Wer übt Stimmenthaltung? (1 GAL - GR Apfelthaler; 4 FPÖ - Vzbgm. Dr. Pfeil, GR Dr. Wetzl, GR Stieglitz, GR Reznar).

Danke. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit der Erarbeitung eines zusätzlichen Fachhochschulstudienganges in Steyr, mit der Erstellung der Lehrpläne und der notwendigen Vorbereitungen, die kurzfristig, spätestens bis Februar 1999, beim OÖ. Trägerverein für das Fachhochschulwesen eingereicht sein müssen, um dem österreichischen Fachhochschulrat übermittelt zu werden, damit wir bei weiteren Genehmigungen, die natürlich in begrenzter Anzahl erfolgen werden, auch mit unserem neuen Studiengang „Business and Trade“ eine, wie hier unternehmensorientierte Fachleute meinen, erfolversprechenden Studienganges, der gebraucht wird oder die Abgänge eines solchen Studienganges, gesucht werden. Einen solchen Studiengang wollen wir entwickeln, schauen, daß wir dabei sind und einen zweiten Studiengang zustande bringen und uns dann langsam dem vollen Fachhochschulstandort annähern, weil hier eigentlich die Philosophie, auf Wiener Boden, die ist, daß man von rund 1000 Studenten reden können muß, wenn man von einem eigenen Fachhochschulstandort spricht. Zu dieser Entwicklung dieses Studienganges soll die Stadt einen Betrag von S 600.000,--, die wir für externe Leistungen dazu benötigen werden, als Zuschuß gewähren. Ich bitte sie, im Zusammenhang mit der dringlichen Notwendigkeit, der glaube ich, richtigen Richtung die wir hiebei einschlagen, um ihre Zustimmung.

2) Präs-711/91 Neuer Fachhochschulstudiengang in Steyr (Business and Trade)

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 06. Juli 1998 wird dem Verein zur Förderung und des Betriebes von Studiengängen der Fachhochschule OÖ in Steyr, Wehrgrabengasse 3-5, 4400 Steyr, für die Erarbeitung eines Antrages zur Genehmigung eines weiteren Studienganges mit dem Arbeitstitel „Business and Trade“ inklusive Bedarfs- und Akzeptanzanalyse eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von S 600.000,-- gewährt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung bei VSt. 1/289000/757200 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Stimmenthaltung? Ist jemand dagegen? Einstimmige Annahme. Danke. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bildung wird groß geschrieben. Der nächste Antrag beschäftigt sich mit der Einrichtung des Fernstudienzentrums, das ja im Prinzip schon geschehen ist, aber auch mit den Mittelaufwendungen, die hierfür notwendig sind. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

3) Schu-28/97 Einrichtung eines Fernstudienzentrums in Steyr

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 09. Juli 1998 werden zur Einrichtung eines Fernstudienzentrums in Steyr entsprechend dem angeführten Finanzierungsplan die Kosten für die Ausstattung der Räumlichkeiten sowie den laufenden Betrieb übernommen.

Zum genannten Zweck wird ein Subventionsbetrag in Höhe von S 1.000.000,-- bei VA-St. 1/2890/757100 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 des Statutes der Stadt Steyr 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte sie hier, gerade im Hinblick auf diesen richtungsweisenden Schritt, und im Bildungsbereich ist das, glaube ich, ein finaler Schritt gewesen, um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Magistrat Steyr soll eine neue Telefonanlage erhalten. Eine modifizierte. Es soll heute also die Anmietung beschlossen werden. In dem Zusammenhang ergeht ebenfalls der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

4) GHJ1-7/98 Anmietung einer neuen Telefonanlage für den Magistrat der Stadt Steyr

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden gemeinsamen Amtsberichtes der Fachabteilungen für Zentralverwaltung und Privatrechtsangelegenheiten wird dem Abschluß eines Mietvertrages zur Anmietung einer Telefonanlage für den Bereich des Magistrates Steyr, Amtsgebäude Stadtplatz 27 und 31, Promenade 9 sowie Redtenbachergasse 3, entsprechend dem im Anhang beigeschlossenen Vertragsentwurf zugestimmt.

Zur Bezahlung der anfallenden Montagekosten in Höhe von S 185.000,-- (in Worten: Schilling einhundertfünf-undachtzigtausend) zuzüglich Ust. und der zu erwartenden Vertragsgebühr wird eine Kreditübertragung von S 20.000,-- (in Worten: Schilling zwanzigtausend) von der VA-Stelle 1/012000/456000 zur VA-Stelle 1/012000/042000 bewilligt und bei dieser sodann ein Betrag von S 240.000,-- (in Worten: Schilling zweihundertvierzigtausend) freigegeben. (Beilage)

Ich bitte sie hier, aus Gründen der Zweckmäßigkeit, auch diesem Antrag zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag betrifft die FAZAT GmbH und eine Änderung des Gesellschafts- und des Syndikatsvertrages, den wir abgeschlossen und im Gemeinderat beschlossen haben. Die Begründung

dafür liegt darin, daß zusätzliche Partner, die uns strategische Vorteile und Möglichkeiten einräumen, eintreten. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

5) Bau2-6446/86 FAZAT Steyr GmbH; Änderung des Gesellschafts- und des Syndikatsvertrages

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 01. September 1998 wird der Änderung des am 27. Juli 1992 geschlossenen Gesellschaftsvertrages der „Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik - FAZAT Steyr GmbH“ sowie der Neufassung eines Syndikatsvertrages entsprechend den Ausführungen des obzitierten Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten zugestimmt.

Gleichzeitig wird die Aufhebung des mit Gemeinderatsbeschluß vom 5. Juni 1997 beschlossenen bestehenden Syndikatsvertrages genehmigt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau Gemeinderätin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Presse. Ich habe in diesem Zusammenhang nur zwei Fragen an den zuständigen Berichterstatter. Und zwar, es wird ja auch in diesem Amtsbericht darauf hingewiesen, daß es bis heute keinen Aufsichtsrat gibt. Die erste Frage ist deshalb: Ist es ein Anliegen der Stadt diesen Aufsichtsrat einrichten zu lassen? Die zweite Frage ist: In diesem Vertrag verpflichten wir uns, daß wir für das Jahr 1999 höchstens einen Zuschuß von 2 Millionen leisten und für die Jahre 2000 und 2001 jeweils 1 Million Schilling, daß sich aber hiebei diese Beträge vermindern, wenn die Stadt Aufträge an das FAZAT erteilt. Meine Frage in diesem Zusammenhang ist: Gibt es bereits Planungen für diese Aufträge bis zum Jahr 2001? Gibt es da schon Konkretisierungen? Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlußwort bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Frau Kollegin Frech, zu ihrer Frage den Aufsichtsrat betreffend, kann ich nur sagen, daß der Aufsichtsrat natürlich gebildet ist und auch termingemäß die Sitzungen abgewickelt hat. Die Änderung dieses Vertrages ergibt sich lediglich daraus, daß hier sowohl die Technologie- und Marketinggesellschaft OÖ eintritt und auch noch die WEG Wirtschaftspark-Entwicklungsgesellschaft mbH mit Sitz in Wien, eine Einrichtung, die dem Bundeskanzleramt untersteht, hier in die Gesellschaft einzubringen. Daher die Änderung des Syndikatsvertrages, weil die Gesellschafter sich ändern. Für uns ist das aber eine sehr bedeutsame Sache, daß das Land OÖ, das ja wiederum hinter der TMG steht, und natürlich auch der Bund, eingebunden sind und die Ressourcen, die dort vorhanden sind, in unsere Projekte mit einfließen. Zur dritten Frage sei bemerkt, daß wir uns entschlossen haben, mit der Zeit vom Subventionsprinzip wegzugehen und auf das Auftragsprinzip überzugehen. D.h., FAZAT soll sich in Wirklichkeit unsere finanziellen Zuwendungen verdienen. Ein Auftrag ist z.B. der gewesen, daß hier beim FAZAT und durch FAZAT die Vorbereitungsarbeiten für den Technologiepark im Norden der Stadt erarbeitet werden. Hiezu gibt es intensive Arbeiten, die uns demnächst auch vorliegen werden. Es ist auch so, daß wir übereingekommen sind, z.B. Betriebsansiedlungsaktivitäten bei gewissen Schnittstellen des Magistrates, enden zu lassen und von einer eigenen Einrichtung durchführen zu lassen, was den riesigen Vorteil hat, der überall eigentlich zu Recht verlangt wird, daß es möglichst wenig Ansprechpartner dafür aber sehr kompetente Ansprechpartner für Betriebsansiedlungswillige geben soll, weil ja manches heute unter schwierigen Umständen abläuft. Manche kommen über Banken, wegen Grundstücke, andere kommen direkt zum Magistratsdirektor, zum Finanzdirektor oder zum Bürgermeister wegen Förderungen. All dieses wollen wir in eine noch besser organisatorische Form

bringen und das ist eine Aufgabenstellung, die wir beim FAZAT ansiedeln wollen. Das ist im Vorstand FAZAT x-mal diskutiert worden. Auch im Kreis der Fraktionsvorsitzenden, im Stadtsenat usw. wurde darüber diskutiert. Die Realisierungsschritte dazu sind also im Gange und ich glaube, daß das auch die richtige Entwicklung ist, daß nämlich hier solche Einrichtungen nicht ständig von der öffentlichen Hand subventioniert werden müssen sondern, daß klare Aufgabenstellungen zugeordnet werden und die auch zu konkurrenzfähigen Preisen geleistet werden, sodaß ich glaube, daß wir damit am richtigen Weg sind.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nun kommen wir zur Abstimmung. Wenn sie dem Antrag ihre Zustimmung erteilen, bitte ich sie um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich wieder mit einem Verkauf. Die Städte Linz, Wels und auch wir, beabsichtigen, nach einer Reihe von Beratungsgesprächen, unseren Minderheitsanteil an der LIWEST - Kabel-TV-Studien- und Forschungsgesellschaft mbH, im folgenden LIWEST I genannt, zunächst in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln und 2. dem Verkauf der (umgewandelten) LIWEST I zuzustimmen und zwar an die Linzer Elektrizitäts-, Fernwärme- und Verkehrsbetriebe AG, zu einem Verkaufspreis von 28.240.000,--. Der Anteil der Stadt, der hier wieder 25 % der Beteiligung, die diese drei Städte halten, ausmacht, wird hier 7.060.000,-- Schilling betragen.

6) Fin-141/98 LIWEST-Kabel-TV-Studien- und Forschungsgesellschaft mbH; Verkauf an die ESG.

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Der Umwandlung der LIWEST-Kabel-TV-Studien und Forschungsgesellschaft mbH (im folgenden LIWEST I genannt) in eine Aktiengesellschaft wird zugestimmt.
2. Dem Verkauf der (umgewandelten) LIWEST I an die Linzer Elektrizitäts- Fernwärme- und Verkehrsbetriebe Aktiengesellschaft zu einem Verkaufspreis von S 28.240.000,-- wird zugestimmt, wobei der auf die Stadt Steyr entfallende 25-prozentige Anteil somit S 7.060.000,-- beträgt.
3. Die Verrechnung der Einnahmen erfolgt auf der VSt. 2/914000/080000 (Verkauf von Beteiligungen).

Ich bitte sie um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es liegt der Jahresbericht 1997 der Kontrolle und Revision vor. Dieser ist gemäß § 39 Abs. 3 des Stadtstatutes dem Gemeinderat vorzutragen. Es ergeht der Antrag des Prüfungsausschusses.

7) Rp-2/97 Jahresbericht 1997 der Fachabteilung für Kontrolle und Revision gem. § 39 Abs. 3 StS.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der von der Kontrolle und Revision der Stadt Steyr vorgelegte Jahresbericht für 1997 wird gem. § 39 Abs. 3 StS zur Kenntnis genommen. (Beilage)

Ich bitte sie hier um allfällige Debatte bzw. um Beschlußfassung und Kenntnisnahme diese Berichtes und möchte die Gelegenheit auch wahrnehmen, den Damen und Herren, die hier im Prüfungsausschuß tätig waren, natürlich auch unseren Beamten und Vertragsbediensteten im

Kontrollamt und dessen Leiter, einmal öffentlich den Dank für ihre Tätigkeit abzustatten. „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.“

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet ist Kollege Payrleithner. Ich erteile es ihm

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Frau Vizebürgermeisterin, geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Keine Angst Herr Bürgermeister, ich werde jetzt nicht eine Stunde lang über undichte Toilettendichtungen des Freibades berichten sondern auf ein Thema des Kontrollausschusses, das uns immer beschäftigt hat, nachdem es auch ein Antrag von uns gewesen ist, eingehen. Und zwar, das leidige Thema des Schloßparkpavillons. Ich werde mir gestatten, das heute noch einmal zu erwähnen. Nachdem ja der Herr Vizebürgermeister gerade nicht anwesend ist, aber Herr Stadtrat Mayrhofer, den die Geschichte ja auch tangiert. Was mir schon noch etwas abgeht, ist eine klare Stellungnahme, vor allem auch seitens der Bauabteilung, wie das jetzt wirklich in Zukunft weitergehen soll. Das Gebäude ist jetzt geräumt. Unsere jahrelange Kritik ist im Grunde genommen durch das Kontrollamt bestätigt worden. Ja, ganz im Gegenteil, es hat sich herausgestellt, daß unsere Befürchtungen noch bei weitem übertroffen wurden. Es sind ja auch dann im Kellerbereich Wasser und Fäkalien eingedrungen. Also wirklich, unvorstellbare Dinge. Ich hoffe doch oder ich würde den Herrn Vizebürgermeister und vor allem den Baustadtrat Mayrhofer auffordern, hier auch aktiv zu werden, welche Vorstellungen hier vorliegen, was eine zukünftige Nutzung dieses Gebäude anbelangt. Ich glaube nicht, daß es damit abgetan ist, einfach zu sagen, jetzt suchen wir uns einen neuen Pächter und der soll das alles sanieren und herrichten. So wird es nämlich wahrscheinlich nicht laufen. Ich glaube, in Zeiten wie diesen, wo es an sich schon in Steyr schwierig ist im Gastronomiebedarf gute Pächter zu finden, das sehen wir ja auch in anderen Bereichen, ich möchte jetzt gar nicht auf das Taborrestaurant näher eingehen, wo wir ja auch ähnliche Probleme haben, einen Pächter zu finden, um es der Stadt zu erhalten, wird das wahrscheinlich nicht so gehen Herr Stadtrat und Herr Vizebürgermeister. Ich glaube, daß wir alle aufgefordert sind, aber auch vor allem die zuständigen Abteilungen, ein Konzept zu erstellen, wie es überhaupt mit diesem Gebäude weitergehen soll. Bis jetzt liegt uns noch nichts vor. Ich könnte mir vorstellen, daß wir da vielleicht heute, zumindest ansatzweise, in dieser Angelegenheit Aufklärung erhalten. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächste zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Frech. Bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Presse. Keine Angst, ich werde ihnen jetzt nicht die gesamten Prüfungsberichte der 4 Quartale 1997 zur Kenntnis bringe, aber ich hätte ein paar Anmerkungen dazu. Wenn ich mir das jetzt so ansehe, ich war ja nur einen Teil dieses Berichtes dabei, wir beschließen ja den Jahresbericht 1997, ich selbst bin erst seit Oktober im Gemeinderat, ich kenne viele dieser Vorgänge nur aus dem Prüfberichtunterlagen, die ich inzwischen erhalten habe. Für mich taucht eine Frage auf, die sich auf einen kurzen Satz, auf eine kurze Frage bringen läßt. Sag mir, wo die Konsequenzen sind, wo sind sie geblieben? Einen Punkt hat ja Kollege Payrleithner schon angesprochen, nämlich den Schloßparkpavillon, den ich da auch herausgegriffen habe. Ich werde ihnen jetzt ersparen da im Detail einzugehen, aber auch mir ist aufgefallen, daß der Schloßparkpavillon eine Art „unendliche Geschichte“ war, der sehrwohl sehr oft von der Beamenschaft kritisiert worden ist. Nur, die Konsequenzen sind nicht gezogen worden oder eben jetzt erst, zu spät. Man hätte sie sicherlich auch ein halbes Jahr früher setzen können. Ich würde mir von der Politik da einfach auch wünschen, daß diese Konsequenzen gezogen werden.

Ein anderes Beispiel, außerhalb von diesem Schloßparkpavillon, ist für mich Vorwärts. Es ist auch eine sehr unendliche Geschichte. Wenn sie sich ansehen, wir haben uns auch in einer der letzten Gemeinderatssitzung wieder damit auseinandergesetzt, daß bereits im 2. Quartal 1997 seitens der Beamenschaft kritisiert worden ist, daß die Aufsichtsrechte der Stadt Steyr betreffend SK Vorwärts

nicht wahrgenommen werden. Das findet sich bereits im 2. Quartal. Es findet sich auch dann wieder im 3. Quartal, daß ein, seitens der Magistratsdirektion, Schreiben an den Bürgermeister ergeht, betreffend wiederum der Wahrnehmung der Aufsichtsrechte der Stadt, wo ihm mitgeteilt wird, daß die bereits seit 1.7.1997 fällige Rate seitens der Vorwärts von 305.000,-- Schilling offen ist. Es wird dann auch seitens der Magistratsdirektion der Vorschlag gemacht, sich mit dem Präsidenten von SK Vorwärts ins Einvernehmen zu setzen, über die zukünftige Art und Vorgangsweise in dieser bekannt aktuellen Problematik. Es findet sich dann auch wieder im 4. Quartal, wo sich die Raika Sierning meldet und mitteilt, daß das Konto von SK Vorwärts mit mehr als 8 Millionen Schilling aushaftet und der Ratenrückstand mehr als 807.000,-- Schilling beträgt.

Bereits im Jahr 1996, also sogar noch ein bißchen früher, und das hat mich schon erstaunt, hat man seitens der Beamenschaft vorgeschlagen, daß externe Wirtschaftsprüfer mit der Buchhaltung bzw. mit der Bilanzausstellung von SK Vorwärts betraut werden sollen, mit ausdrücklichem Hinweis darauf, damit kein Einfluß von Präsident Dittrich mehr vorhanden ist. Also, die Beamten sind da auch schon sehr genau geworden. Inzwischen sind sogar Jahre ins Land gezogen. Bei Vorwärts hat sich dann nichts getan. Ich hoffe, daß sich in Zukunft etwas tun wird, daß zumindest über diese Haftung, die wir ja jetzt noch einmal um 6 Millionen Schilling aufgestockt haben, eine ordentliche Gebarung erfolgt, weil ich habe hier schon den Eindruck, die Beamenschaft arbeitet sehr stark, kommt ihrer Kontrollaufgabe nach, auch der Prüfungsausschuß, daß aber die verantwortliche Politik dann selten die Konsequenzen zieht.

In diesem Anschluß gibt es, meines Erachtens, zwei oder drei Forderungen. Das eine ist wirklich der Wunsch, daß diese Prüfberichte in Zukunft zu Konsequenzen der politischen Verantwortlichen führen. Und zwar: Zu Konsequenzen, die beizeiten erfolgen, weil man kann bei vielen Dingen nicht sagen, wir haben ja nichts gewußt. Wenn ich mir die Prüfberichte, die heiklen Fälle der Stadt, ansehe, dann weiß man oft schon sehr lange vorher Bescheid, nur die Konsequenz wird nicht gemacht. Wenn ich Kontrolle alleine ohne Konsequenzen betreibe, dann wird halt die Kontrolle nur zum Selbstzweck und das wünsche ich mir nicht.

Das 2. ist, sich auch einmal zu überlegen, ob man nicht manche Prüfungsaktivitäten an externe Experten auslagert, an Wirtschaftstreuhänder, Notare, Zivilingenieure, wie auch immer, wenn es die Situation erfordert.

Ein weiterer Punkt ist, daß es sicherlich eine unbefriedigende Situation ist, daß einzig und alleine der Leiter des Kontrollamtes weisungsfrei ist. Seine Beamten sind es nicht. Das ist auch sicherlich kein Zustand, den man sich bei effizienter Kontrolle wünschen kann.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Stadtrat Mayrhofer. Bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Lieber Kollege Payrleithner, sie waren letzte Woche auch im Bauausschuß. Im Bauausschuß ist sehr ausführlich darüber berichtet worden. Wir haben aufgrund einer Anfrage den Zustand des Objektes ermittelt. Der Zustand ist generalsanierungsbedürftig. Die Kosten werden pro m² mit ungefähr 12.800,-- Schilling geschätzt. Es muß praktisch vom Keller bis zur Dachfläche, einschließlich aller Leitungen des Objektes, zur Gänze saniert werden. Die letzten Investitionen sind vor 25 Jahren getätigt worden. Herr DI Lutz, als Leiter der FA Hochbau, hat es geschätzt und begutachtet und hat die Empfehlung ausgesprochen, der auch ich mich anschließe, daß uns diese Sanierungskosten nicht abschrecken sollten, daß wir evt. das Objekt abstoßen. Auch ich bin der Meinung, daß das Objekt in Stadtbesitz bleiben sollte. Nur sinnvoller Weise soll man, bevor man eine Sanierung einleitet, mit einem Nachnutzer, mit einem Pächter Kontakt aufnehmen und sich sein Konzept ansehen, was möchte er mit der Liegenschaft machen, um nicht zweigleisig zu fahren. Um nicht jetzt bauliche Änderungen vorzunehmen ...

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Das hat mit einer Kanalsanierung nichts zu tun.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Es geht auch hier nicht um eine Kanalsanierung sondern, leider Gottes, um eine Gesamtsanierung des Gesamtobjektes. Das ist sehr deutlich gesagt worden und es ist auch im Protokoll des Bauausschusses ganz klar drinnen.

D.h., der nächste Schritt muß von der Liegenschaftsverwaltung erfolgen. Hier muß das Objekt ausgeschrieben werden. Es ist nicht gesagt worden, daß der Nachmieter sämtliche Sanierungen bezahlen muß sondern, es soll eine Absprache mit ihm erfolgen. Es ist nämlich ein Unterschied, ob ich jetzt einen reinen Restaurationsbetrieb, der auf eine Küche aufgebaut ist, dort mache oder ein Weinlokal, ein Cafe oder etwas installiere. In diese Richtung muß auch bei der Sanierung aufgepaßt werden. D. h. vonseiten der Bauabteilung erwarten wir einen Auftrag, was gemacht werden muß. Das was jetzt gefragt war, nämlich eine Zustandserhebung, ist erfolgt. Das weitere ist A) politischer Wille, B) kommt es von der Liegenschaftsverwaltung. Ich hoffe, es war ausreichend beantwortet.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Dr. Wetzl.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Presse. Nur eine kurze Anmerkung anknüpfend an die Wortmeldung des Kollegen Payrleithner. Insbesondere richte ich die an sie, Herr Dr. Alphasamer, als quasi den juristischen Leiter dieses Hauses. In dem Mietzins, das habe ich im Prüfungsausschuß gesagt, in dem Pachtvertrag mit der Walicord GesmbH., betreffend den Schloßparkpavillon, ist eine Klausel enthalten, die besagt, daß sich der Mietzins nach dem Umsatz des Pächters richtet. Dagegen ist nichts einzuwenden. Nur was fehlt, und das ist vorzuwerfen, ist eine weitere Klausel, die besagen muß oder den Fall regeln muß, für den Fall, daß der Pächter die Umsatzbeläge nicht vorlegt, so wie er es machen hätte müssen, daß ein fiktiver Mietzins angenommen wird. Das fehlt. Was hat das zur Folge? Das hat zur Folge, daß eine Mietzins- oder eine Räumungsklage nicht eingebracht werden kann, weil der rückständige Mietzins nicht bestimmt werden kann, was Voraussetzung wäre. D.h. er könnte das über Jahre hinausziehen, was er auch gemacht hat. Er hat keine Beläge vorgelegt und zieht das über Jahre hinaus und man bekommt den nicht einmal aus dem Objekt heraus. Wenn man hingegen eine entsprechende Klausel im Vertrag drinnen hätte, daß ein fiktiver Mietzins oder fiktiver Pachtzins angenommen wird, das ist ganz gleich, für den Fall, daß er die Beläge nicht vorlegt, dann bekommt man den Pächter innerhalb kürzester Zeit heraus. Man bringt einfach eine Räumungsklage ein und der ist innerhalb von zwei Monaten draußen. Dieses Instrument, von dem man ja nicht unbedingt Gebrauch machen muß, ist doch immerhin ein Druckmittel, damit er den rückständigen Mietzins bezahlt. Im Prüfungsausschuß war es ja Thema. Also, der Mietzins, der zu bezahlen wäre, geht in die Hunderttausend. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeisterin, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates. So ein Rechnungshofbericht gibt natürlich den freudigen Anlaß, daß man über alles und jedes im Rechnungshofbericht im vergangenen Jahr diskutieren kann. Frau Mag. Frech hat mir auch noch dazu das „Hölzl“ geworfen. Ein Verein, SK Vorwärts, der uns die letzten Jahre schon mehrmals hier im Gemeinderat beschäftigt hat, beschäftigt uns wieder und hat auch im Bericht des Kontrollamtes seinen Niederschlag gefunden. Ich möchte vorweg schicken, ich stehe natürlich dem SK Vorwärts äußerst positiv gegenüber, aber wir haben hier die Interessen der steuerzahlenden Bürger primär zu vertreten. Nachdem es im Frühsommer bekannt wurde, daß SK Vorwärts Gefahr läuft die Lizenz zu verlieren, hat auf meine Initiative hin, an diesem Freitag nach dem Städtetag, eine Besprechung stattgefunden. Wir waren uns damals in den Nachbesprechungen alle einig, daß ein neuer Boden gelegt werden muß, personell, innerhalb des SK Vorwärts, und, daß ein neuer

Finanzplan festgelegt werden soll. Ich habe damals auch vorgeschlagen, daß das schon ein Externer machen soll, weil ich habe es nicht für gut gehalten, daß ein interner Beamter sich um die Finanzen eines Fußballklubs kümmern sollte. Was dann passierte, wissen wir alle. Der zuständige Beamte hat dann das Handtuch geworfen. Aber, was das Problem ist, daß dann ein Antrag gekommen ist. Ein Antrag, für einen Fall, den man vorher abgelehnt hat, daß man extern SK Vorwärts für uns, als weitere Einsichtnahme, prüfen läßt. Es ging der Auftrag dann verspätet an das Büro Schwarz u. Kallinger in Steyr. Wir haben das ja mit Bürgermeisterverfügung vom 23. Juni 1998 auch hier im Gemeinderat diskutiert. Wenn nun jemand meint, daß dieser Bericht, der ja Ausgangspunkt für die spätere Generalversammlung des SK Vorwärts war, dem Vorstand der Firma Steyr, dem Stadtsenat, rechtzeitig vorgelegt werden würde, hat sich getäuscht. Einige Tage vor dieser Generalversammlung konnte ich in einem persönlichen Gespräch das wahre Ausmaß des Schuldenstandes von SK Vorwärts erfahren. Bei der, ein paar Tage später stattgefundenen Generalversammlung, wurde der Schuldenstand von dem dortigen Rechnungsmann sukzessive hinaufgezitiert. Quasi auf Zuruf seitens des Publikums und der Vorwärtsmitglieder. Na ja, die Forderung von der Stadt mit 8,2 Millionen müssen auch noch hinein usw., hat man sich eben auf 16, 17 Millionen Schilling hinaufgezitiert. In Wahrheit wird der Schuldenstand wahrscheinlich höher liegen. Ich habe mich in der Finanzabteilung im Hause erkundigt, da hat es geheißen, dieser Bericht gehört dem Bürgermeister, ich hätte kein Einsichtsrecht. Daraufhin bin ich zum Bürgermeister gegangen und er sagte: Na klar können sie ihn sehen. Wiederum hin, hat es geheißen, daß der Bericht noch nicht fertig sei. Daraufhin ist mir versprochen worden, daß er Mitte August fertig sei. Ich bin ja geduldig. Mitte August hat es geheißen, Schwarz-Kallinger, der zuständige Mann, ist auf Urlaub, ich soll mich etwas gedulden. Jetzt im September, nach meiner weiteren Urgenz, hieß es, es fehlen noch weitere Abstimmen zwischen Schwarz-Kallinger und Herrn Mag. Lemmerer, ich soll mich noch etwas gedulden. Ich frage hier im Raum: „Wer hat Einsicht in diesen Finanzbericht?“ Ich glaube, der Gemeinderat der Stadt Steyr hat ein legitimes Recht darauf, über die wahren Hintergründe der jetzigen finanziellen Situation des SK Vorwärts Bescheid zu wissen. Wir haben eine Kreditaushaftungsversicherung abgegeben bzw. haben wir uns für weitere 3 Millionen Schilling für das Budgetjahr, für das Spieljahr 1998/1999 verpflichtet. Aber, wenn dazu die nötigen Voraussetzungen von der Stadt, vom Klub nicht beikommen, dann mag das allen hier zu denken geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Herr Vizebürgermeister Tatzreiter.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wertes Präsidium. Zur Sache Schloßpavillon. Ich glaube auch, daß es notwendig ist, eine Generalsanierung durchzuführen. Insofern, ich bin ja kein Baufachmann, wenn unsere Erhebungen bzw. die Erhebungen damals ergeben haben, daß es nicht so schwierig ist. Erst dann, wie Feuchtigkeit an diesem Mauerwerk ausgetreten ist. Das sind halt eingestürzte Bereiche im Kanal. Das sieht man von außen vorher nicht. Der Pächter, ich glaube, über den Pachtvertrag, weil man in diesem Zusammenhang natürlich auch nichts getan hat, daß wir erst nach einer gewissen Zeit, Herr Dr. Wetzl hat es ja sehr deutlich gesagt, über diese Umsatzpacht eigentlich keine Kündigung zustande bringen. Das ist das größte Problem. Da werden wir uns in Zukunft ein bißchen hüten müssen, mit solchen Verträgen. Wir haben das aber nicht irgendwem machen lassen sondern wir haben eh geglaubt, daß das die besten Leute durchgesehen haben bzw. auch die Verträge erstellt haben. Ich habe den Walicord vorher überhaupt nicht gekannt, daß muß ich dazu sagen. Der Walicord war uns so offeriert, daß er wahrscheinlich der sein wird, der dort oben das Beste daraus machen kann. Leider hat es sich anders dargestellt. Das Bedauerlichste dabei ist, daß das Gebäude eigentlich so lange ungenützt bzw. das Notwendigste nicht saniert wurde, sodaß es sich auch noch rapide verschlechtert hat. In diesem Zusammenhang ist aber nicht nur das oben zu sanieren sondern, eher leider, und das ist tragisch daran, der Kanal, der vorher nicht gesehen wurde, daß er so schlecht und eingestürzt ist, daß der jetzt grundsätzlich zu sanieren ist. Ich möchte es wirklich von dem her sagen, weil ich es mir auch zeigen habe lassen bzw. angesehen habe, daß man das wirklich jetzt erst erkannt hat, welche Dimensionen dadurch auch auf das Gebäude ausgelöst wurden und, daß das natürlich viel Geld kostet, trifft uns leider als Gemeinde hart. Ich gebe aber jedem Recht, eine Grundsatzsanierung ist 1. wichtig bzw. müßte aber gleichzeitig auch ein

Nachmieter, der das wirklich auch nützt, kommen. Ich hoffe, daß wir es wieder zu einer ordentlichen Nutzung bringen können. Es hat ja die beste Lage. In diesem Zusammenhang kostet es auch viel Geld, aber wenn es hinterher wieder ordentlich genützt wird und dementsprechend wieder zugänglich für die Bevölkerung wird, dann hat es schon einen Sinn. Ich liege dem nicht nahe, daß wir es verkaufen sollten. Da gebe ich den Vorrednern, die meinen, dieses Stück zu verkaufen wäre fast schade, Recht. Die Nutzung und die Sanierung sind aber ein wichtiges Segment und kostet leider zuviel Geld, wie auch andere Objekte, die wir halt in den topographischen, auch in den flußläufigen Bereichen, natürlich oft nicht erkennen können, was darunter eigentlich schon entstanden ist. Ich darf das wirklich sagen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Herr Stadtrat Eichhübl bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Nur ganz kurz Herr Bürgermeister, keine Sorge. Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren. Ich möchte die Vorlage des Jahresberichtes 1997 vonseiten der Kontrolle und Revision ebenfalls zum Anlaß nehmen um einige kurze Anmerkungen zu machen. Ich habe die Debatte jetzt so verfolgt und habe mich gedanklich einige Jahrzehnte zurückbewegt. In jene Zeit, als ich Vertreter einer 1-Mann-Fraktion, hier in diesem Gemeinderat, war und damals beanstandet habe, daß diese Vorlage des Jahresberichtes eigentlich nur aus Überschriften besteht. Als Gemeinderat, habe ich damals ausgeführt, hat man nicht die Möglichkeit klar und deutlich zu erkennen, worum es eigentlich bei den einzelnen Prüfpunkten gegangen ist. Ich darf festhalten, viel hat sich nicht geändert, obwohl ich jetzt seit sieben Jahren Stadtsenatsmitglied bin. Da darf ich gleich eine Bitte an den Vorsitzenden des Kontrollausschusses richten: „Ist es nicht möglich, daß man zumindest jene Unterlagen bekommt, die einem als Stadtsenat untergeordnet sind?“ Daher komme ich jetzt zu dieser Bitte, Herr Kollege Apfelthaler, ich glaube, es wäre wichtig. Ich weiß schon, daß die Fraktionsobmänner diese Unterlagen bekommen, daß die Stadtsenatsmitglieder in Zukunft zumindest jene Unterlagen erhalten, wo ihre Bereiche überprüft werden. Sie werden ja festgestellt haben, daß es in diesem Fall eine Reihe von Überprüfungspunkten gibt, welche die Stadtwerke und deren Teilbetriebe betrifft. Das wollte ich in diese Diskussion noch miteinbringen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Kollege Hauser.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich möchte nur ganz kurz etwas zu Herrn Dr. Pfeil sagen, weil ich schön langsam diese Form der Doppelmoral nicht mehr so gut vertrage. Nämlich am Vorwärtsplatz der Retter dieses Klubs zu sein und dann da herinnen zu sagen was alles nicht paßt und nicht funktioniert. Ich bin auch nicht sehr glücklich, daß die Namen des Vorstandes sehr ident mit denen sind, die es vorher gegeben hat. Aber ich hätte einen Vorschlag. Es wäre ein super Job für sie gewesen, Präsident dieses Klubs zu werden, dann wüßten sie alles über diesen Verein und sie könnten ihn auch noch sanieren. Mich stört es ganz einfach, daß sie da her gehen und sich großartig aufspielen, auf der einen Seite in der Öffentlichkeit, dort wo es sozusagen sehr öffentlichkeitswirksam und medienwirksam ist, als sogenannter Retter dieses Klub's und da herinnen versuchen sie dann allen anderen zu erklären, wie schlimm es doch ist, daß wir über diese Situation nicht Bescheid wissen. Außerdem denke ich mir, daß dieses Thema letztendlich schon einmal heftigst abgehandelt wurde, daß z. B. Herr Lemmerer, um den es ja geht, der hinaufgeschickt wurde um die Finanzen zu überprüfen, nicht das Handtuch geworfen hat sondern von vorn herein nur als interimistische Lösung und um einen Überblick zu bekommen für diese Stadt, um was es eigentlich geht, hinaufgeschickt wurde und grundsätzlich sowieso vorgesehen war, das extern, auch weiterhin, überprüfen zu lassen. Also, ich denke mir ganz einfach, wir sollten manchmal auch die Kirche im Dorf lassen und ich würde mir wünschen, daß man nicht immer nur so dasteht und fordert sondern letztendlich auch einmal die Schaufel in die Hand nimmt und umzuackern beginnt. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wer wünscht noch das Wort? Kollege Stieglitz bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Oh, oh, Vorwärtsdebatte. Super. Die verstehen auch alle etwas davon wie ich sehe.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Lauter Sportler unter uns!

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:
Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. Ich kann es mir nicht verkneifen, ich muß dazu etwas sagen. Also, Retter hin oder her. Eines kann man Herrn Dr. Pfeil nicht vom Tisch runter nehmen, nämlich, daß er sich für den Klub eingesetzt hat. Ich bin froh, daß der Klub noch existiert. Das ist an und für sich, die Medien haben es auch berichtet, ein Verdienst von unserem Herrn Dr. Pfeil.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Oh! Allein!

Gelächter

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:
Ich möchte ihm auch als Bürger dieser Stadt dafür danken. Das was jetzt eintritt ist auch das, wovor wir gewarnt haben, nämlich, daß die Stadt Steyr in den Klub Geld hineininvestiert und wiederum einmal null Mitspracherecht hat bzw. nicht einmal Bericht erstattet bekommt, was mit dem Geld unserer Bürger eigentlich dort oben los ist und was damit gemacht wird. Ich kann nur die Forderung stellen, daß dem nachgekommen wird und, daß der Forderung von Dr. Pfeil nachgekommen wird, daß man uns Bericht erstattet, was mit dem Geld unserer Bürger dort oben gemacht wird. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Herr Hauser, niemand hat sich als Retter von Vorwärts feiern lassen.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Wir haben sehr viel getan dafür, aber, fragen sie die Leute die wirklich etwas getan haben dort oben, wer das Schiff, das damals am versinken war, im Juni, herausgeholt hat. Die wissen schon, wer da dahinter gestanden ist. Wenn man die Generalversammlung ansieht, da hat man schon eher den Eindruck gehabt, man ist auf einer sozialistischen Parteiveranstaltung. Also, da wurde Weihrauch in Richtung SPÖ gegeben. Frau Vizebürgermeister, Herr Bürgermeister, Herr Obrist und hin und her, wo zuerst eine Diskussion war. Sogar den Herrn Obrist haben sie umarmt und eingeschlossen. Es ist ja völlig belanglos. Ich möchte nicht immer Recht haben, aber die Geschichte ...

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wenn es belanglos ist, brauche ich es nicht erwähnen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Geh, kann ich Aufmerksamkeit haben, bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Bitte paßt auf! Ruhe!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es ist halt so, daß wir schon immer Recht bekommen. Das was wir vorhergesagt haben, ist eingetreten, was wir verlangt haben, ist dann später gekommen, aber schlecht. Dann haben sie mit Herrn Mag. Lemmerer im August nicht darüber diskutiert. Der hat sehrwohl das Handtuch geworfen. Er hat sogar selbst zu mir gesagt: „Das nach der Constantini-Geschichte!“ Da ist uns der Herr Baumeister, ich möchte seinen Namen gar nicht nennen, uns allen wohl bekannt, man sollte ihn vielleicht wieder einmal einladen, vielleicht im Fasching zu einer netten Diskussion, aber, da hat es sich abgespielt im Rathaus. Der Herr Mag. Lemmerer hat damals gesagt, mit mir nicht mehr, aus, Ende, vorbei. Da erst haben wir gesagt, Freund, so wie das Dirndl vom Tanzboden gehen, geht auch nicht. Jetzt muß man das durchziehen, ob man will oder nicht. Er hat es dann, Gott sei Dank, auch bis zur Versammlung dann gemacht. Nur, es ist völlig müßig darüber zu diskutieren, wer dort einen Verdienst hat. Es ist aber schon interessant. Wenn ein anderer irgendwo belobigt wird, dann fallen sie alle her darauf, das darf nicht sein, das kann doch nicht sein, da müssen die unsrigen hin und her und das kann nicht sein, daß ein anderer irgendetwas Positives für die Stadt gemacht hat. Das ist das interessante an dieser Stadt. Solange die SPÖ das nicht versteht, wird sie weiterhin im Abwind sein ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

In Minderheit bleiben.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

... und weiterhin abnehmen. Die Entwicklungen, die ja gerade auf Bundesebene auch in Richtung SPÖ laufen, deuten ja auch in die Richtung hin.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Wertes Präsidium, lieber Gemeinderat. Ich möchte noch einmal auf den ursprünglichen Tagesordnungspunkt zurückkommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, das ist klug!

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Die Anregungen des Herrn StR Eichhübl in Ehren. Ich denke primär, daß einmal in der Fraktion selbst so ein umfangreiches Kompendium vorhanden ist. Also, da würde zumindest die Möglichkeit bestehen. Aber es bestehen ja zwischen den einzelnen Geschäftsbereichen und den Geschäftsbereichsleitern, zumindest den politischen, vielleicht in ihrer Abteilung doch nicht so gute Kontakte, weil diese umfangreiche Post, die zwischen Kontrolle und Geschäftsbereichen besteht, denke ich mir, die Geschäftsbereiche korrespondieren ja ständig mit der Kontrolle und vielleicht kann man das unter Umständen so klären, daß die leitenden Beamten dann mit ihnen eben diese Termine oder Geschäfte abwickeln, weil alles andere, glaube ich, eine Erweiterung und abholzen von Wäldern nach sich zieht, wenn man dann noch mehr Papier produziert. Aber wenn sie darauf bestehen, können wir die Geschichte ohne weiteres einmal beantragen. Ich glaube aber, mit der Hauptamtlichkeit, daß ihnen trotzdem dann mehr Zeit bleibt, die Akten genauer zu studieren. Danke.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Wenn ich sie habe, dann schon.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ja, aber in ihrer Abteilung liegen sie.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Mag. Klausberger Gerhard. Bitte.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren. Manche aus dem Hause des Gemeinderates treffe ich bei Spielen am Vorwärtsplatz und ich treffe aber auch sehr viele Menschen, die sich mit mir gemeinsam am Stehplatz ein sportliches Ereignis zu Gemüte führen. Die das Miteinander genießen, die sich ärgern, wenn es eine Niederlage gibt, die sich freuen, wenn die Mannschaft, so wie letztes Mal gegen Tirol, ein wunderbares Spiel liefert und auch einen Sieg einfährt. Punkte werden für Vorwärts Steyr in der nächsten Zeit wichtig sein. Punkte im sportlichen Bereich. Wenn ich mit den Damen und Herren, mit meinen Freunden am Stehplatz das Gespräch führe, was wichtig ist, dann ist es schon öfters so, daß ich höre, wir als Gemeindemandatäre sollen mithelfen, daß unsere Steyrer Erstdivisions- oder Bundesligamannschaft, wie es jetzt heißt, auch weiterhin dabei bleibt. Das können alle Fans verstehen, wenn in der Gemeindestube dann zusammengehalten wird. Was sie aber nicht verstehen ist, daß man sich ein parteipolitisches „Federl“ am Hut steckt und sagt, ich habe den gesamten Verdienst, ich habe alles gemacht und die anderen haben gar nichts getan.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das hast du falsch verstanden. Du bist Deutschlehrer, du verstehst das anders.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Ich habe gehört, daß du der Retter bist, lieber Poldi. Der Retter der Vorwärts. Da haben sehr viele Menschen zusammen geholfen. Sie haben sich nicht immer in das breite Licht der Öffentlichkeit gestellt und man soll auch sein Licht ein bißchen besser unter dem Scheffel stellen. Es tut dem Sport gut. Ich bin überhaupt der Meinung, meine Damen und Herren, in manchen Bereichen sollten wir die Parteipolitik vergessen. Die Menschen wollen das nicht. Die Menschen wollen, daß für einen guten Zweck zusammengearbeitet wird. Ich bitte das auch, seitens des Herrn Vizebürgermeisters, zur Kenntnis zu nehmen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Gemeinderat Gabath Walter.

GEMEINDERAT GABATH WALTER:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Obwohl ich gemerkt habe, daß sehr viele erwarten, daß ich auch nicht zum Tagesordnungspunkt spreche, gehe ich zum Tagesordnungspunkt zurück. Wir sind beim Jahresbericht der Fachabteilung Kontrolle und Revision. Ich möchte als Mitglied des Prüfungsausschusses darauf hinweisen, daß uns Mitgliedern dieses Ausschusses, durch die Kompetenz dieser Fachabteilung, die Arbeit relativ oder sehr erleichtert wird und ich möchte hier den Dank meiner Fraktion an diese Abteilung, unter der Führung des Dr. Gottlieb-Zimmermann, abstaten. Ich ersuche den Bürgermeister dies auszurichten. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren, wünscht noch jemand das Wort? Jetzt sind wir nämlich bei diesem Bericht und weg von der Vorwärts. Es tut mir leid Herr Vizebürgermeister, daß nicht du hervorgehoben worden bist sondern ich. Sie haben sich nur bedankt. Die Stunden, die ich für die

Vorwärts gearbeitet habe, waren enorm. Ich habe mich nicht oben hinaufgestellt als Retter der Vorwärts. Ich habe es herinnen, am Abend und in Wien gemacht. Nur brauche ich halt nicht soviel Schmeicheleinheiten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir wisse eh, wer was gemacht hat.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Daß du den Finanzbericht nicht gewußt hast, stimmt nicht, weil wir waren zusammen beim Steuerberater Schwarz.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Mündlich!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Da sind die Summen durchgenommen worden und man hat auch die Schätzsummen zum Teil in der Presse nachlesen können. Alles andere werden wir jetzt dann erfahren, weil jetzt der Endbericht gekommen ist.

Ich ersuche den Bürgermeister um sein Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zunächst, meine Damen und Herren, möchte ich zur Debatte über den Prüfbericht feststellen, daß eigentlich, wenn man sich überlegt, daß Vorgänge, die in einem Magistrat stattfinden, wo 1000 Mitarbeiter, Beamte und Vertragsbedienstete arbeiten und annähernd 1,8 Milliarden Schilling über den Tisch des Hauses hin und her wandern, ein Prüfbericht, in dem festgestellt wird, daß ein altes Haus repariert werden soll und, daß es bei der Vorwärts Probleme gibt, daß das eigentlich ein gutes Zeugnis für die Arbeit beim Magistrat Steyr ist. Ich hätte ein bißchen Angst und ein unangenehmes Gefühl, würden hier im Prüfbericht Unregelmäßigkeiten, Veruntreuungen, Manipulationen oder Fehlverhalten der Bediensteten festgestellt. Das täte mir leid. Das ist aber eigentlich nicht eingetreten und auch aus ihrer Debatte nicht hervorgegangen. In Wirklichkeit muß ich sagen, daß diese zwei Themen besonders angesprochen wurden. Ich möchte sogar sagen, es gibt noch einen neuen Bericht. 1. Bericht des Rechnungshofes: Einschau in unsere Finanzdisposition im Hinblick auf die Maastrichtkriterien. Eine Einschau, die hier zwischendurch vorgenommen wurde. Nicht nur in unserer Stadt sondern in ausgewählten Städten in Österreich. Ich muß feststellen, daß auch dort keine Kritik geübt wird sondern, daß eigentlich unsere Gestionen dort ohne Kritik, vielleicht mit einigen Empfehlungen, beurteilt wurden. So schlecht sind wir also nicht unterwegs, meine Damen und Herren. Schauen sie, wir werden uns überlegen müssen, was wir in diesen Punkten tun. Leicht ist es ja nicht gerade. Ich habe mich auch noch nie irgendwo hingestellt und gesagt, ich bin der Retter der Vorwärts. Das kann ich gar nicht sein. Überhaupt, wenn wir uns überlegen, daß wir Millionen Schilling möglicherweise in die Hand nehmen, weil wir Bürgerschaftsverträge abgeschlossen haben, dann kann ich eh nur allen Dankeschön sagen, die sich mit Bauchweh und sonstigen Zähneknirschen bereiterklärt haben, diesen Weg mitzugehen. Alleine kann das kein Bürgermeister und kein anderer. Ich halte es für außerordentlich unproduktiv, kontraproduktiv, hier eine Debatte abzuführen, als würde das eine parteipolitische Veranstaltung sein. Fußball ist rund. Einmal ist er oben, einmal ist er unten. Mehrere tausend Menschen sind begeisterte Fans von diesem Sport. Er kostet mehr Geld als die in der Lage sind aufzubringen. Ein Ding, das nicht nur die Vorwärts betrifft sondern, wie wir wissen, auch die anderen Vereine. Vorwärts ist Teil unserer Stadt. Auch unsere Werbeexperten, und die machen ihre Sache sehr gut, ich glaube, da gibt es einen ziemlich breiten Konsens darüber, im Zuge Imagekampagne usw., vermeinen, daß die Vorwärts in dem Gesamtgefüge der Werbeaktivitäten und des Versuches, das Image der Stadt zu verbessern, eine bedeutsame Rolle spielen kann und auch soll und bemüht sich auch die Vorwärts zu beraten. Um Gottes Lohn, weil Geld haben sie ja keines, und sagen, wie können wir die denn besser einbinden. Ich meine, der Name Steyr kommt natürlich sooft in die Medien, wie sonst mit keinem Projekt. Das muß uns klar sein. Alleine dieser Umstand wird von Werbeexperten als äußerst positiv beurteilt. Natürlich sollte daran

nicht irgendein schlechter Aspekt sein wie z.B. ständige Probleme mit der Finanzierung. Ich meine auch, daß war ja eine lange Sequenz ihrer Ausführungen, Herr Dr. Pfeil, daß wir uns diesen Statutsbericht ansehen müssen. Er ist diese Woche bei mir im Haus gelandet. Ich konnte ihn auch noch nicht lesen. Ich habe beauftragt ihn fünf Mal zu kopieren. Die Fraktionsvorsitzenden werden ihn selbstverständlich in die Hände bekommen. Eines möchte ich aber schon noch dazu sagen. Es ist wieder einmal kontraproduktiv zu glauben, man muß das unbedingt in den elektronischen Medien und in den Printmedien ganz genau erläutern, was in einem Positionspapier zur Finanzsituation der Vorwärts da drinnen steht. Natürlich warten die anderen Vereine, die in einem Konkurrenzverhältnis sind und auch um die Sponsoren raufen, das muß man doch sehen, nur darauf, Munition gegen die Vorwärts in die Hände zu bekommen. Wer ein Anhänger der Vorwärts ist oder wer zumindest, auch wenn er kein Fußballfanatiker ist, vermeint, es tut der Stadt ganz gut, wenn wir eine Mannschaft in der 1. Liga laufen haben, und das sollte weiter so sein und hoffentlich kommen sie aus den besonderen Turbulenzen heraus, wer wirklich ein Mensch ist, der es gut mit der Vorwärts meint, der spricht besser nicht allzu laut über alle möglichen finanziellen Unzukömmlichkeiten und Probleme, die es dort gibt. Es bringt nämlich genau den gegenteiligen Effekt, den man sich vielleicht vorstellt. D. h., in Wahrheit geht es darum, mit den handelnden Personen, da gilt wieder einmal das Sprichwort - „Ärgere dich nicht über deine Mitmenschen, es gibt keine anderen“ - und wenn es geht noch mit zusätzlichen oder besseren Personen, auch in dem Vorwärtsvorstand, der natürlich autonom ist, und eine Generalversammlungsentscheidung, wo wir uns wirklich nicht eingemischt haben, höchstens insofern, daß es notwendig war in dieser Situation ein Präsidium zu haben. Sonst wären nämlich unsere ganzen Haftungserklärungen und unsere sonstigen Bemühungen auch gegenstandslos geworden, weil wenn man einen Verein hat, 14 Tage vor Meisterschaftsbeginn, der keinen Kopf hat, dann hätten wir nicht in dieser Klasse spielen können. Daher nehmen wir zur Kenntnis wie der Verein dort personell zusammengesetzt ist. Es könnte bessere Zusammensetzungen geben. Es wäre auch wünschenswert hier andere Leute an die Spitze zu bringen. Ich sage das ganz offen. Ich habe es neben dem amtierenden Präsidenten und auch im Kreise des Vorstandes der Bundesliga gesagt. Aber eines steht fest. Je ruhiger sich die Dinge entwickeln, und wenn sie manchmal ein positives Ergebnis im sportlichen Bereich erzielen, und wenn sich die Stadt doch hinter diesen Verein hält, aus den vielen Gründen, die man dafür haben kann, dann wird es auch für die Vorwärts leichter sein zusätzliche finanzielle Unterstützung von Sponsoren zu erhalten. Darauf kommt es letzten Endes an, meine Damen und Herren, weil die anderen Vereine können sich auch mit dem Spielen alleine nicht die Finanzierung ihres Spielbetriebes erarbeiten. Es wird hier eine Unterstützung notwendig sein. Die Wirtschaft hat hier in Steyr eine besonders schwierige Situation, hinter sich die großen Konzerne. Es ist auch möglicherweise derzeit in, im kulturellen oder im sozialen Bereich Mäzenatentum an den Tag zu legen. Fußball ist momentan etwas schwieriger unterzubringen. Dennoch geschieht es bei anderen Vereinen. Wir müßten es zusammen bringen, daß es dort auch vielleicht wieder funktioniert, dann könnte es uns schon gut tun. Dann hätten wir gemeinsam den Erfolg, weil mir liegt es wirklich fern, den Erfolg alleine oder als Person oder als weiß ich was, aus parteipolitischen Gründen zu beanspruchen. Bei der Vorwärtsversammlung sind nun einmal die Rot-Weißen, Herr Dr. Pfeil. Lassen sie sich deshalb keine grauen Haare wachsen. Sie sind mitmarschiert und ohne sie wäre es nicht gegangen. Es wäre nicht möglich gewesen. Einen knappen Mehrheitsbeschluß hätte ich niemals herbeigeführt. Einen knappen Mehrheitsbeschluß in so einer Sache durchzuführen und zu transportieren. Daher ist es ein Verdienst aller. Ich bedanke mich auch dafür und wir sollten schauen, daß das auch in Zukunft so weitergeht.

Was das alte Haus anbelangt, Schloßpavillon, ein wunderschönes Bauwerk in einer herrlichen Lage. Es gibt ein vergleichbares an einer noch schöneren Lage. Das hat auch einmal der Stadt gehört. Der Abend ist immer klüger als der Morgen. Es zeigt sich natürlich, daß das veräußern dieses anderen schönen Hauses in der exponierten Lage aus der damaligen Sicht schon verständlich ist, weil mehrere Pächter, welche die Erwartungen der Bevölkerung und Gäste nicht erfüllt haben, dazu geführt haben, daß ständig Kritik an den Stadtverantwortlichen geübt wurde. Manche erinnern sich noch daran. Ich auch. Man hat halt dann eine Familie gehabt, die sich dafür interessiert hat. Die aus der Tradition heraus im Gastfamilienbereich tätig ist und man hat geglaubt, es wird eine neue Tradition und Dynastie dort oben sein. Ich bin überzeugt, daß es so, oder sehr ähnlich gelaufen ist. Es zeigt sich aber, daß sich die Zeiten ändern und die Kinder lange oft nicht das tun, was sich die

Eltern wünschen. Plötzlich steht so ein Haus zur Disposition. Dann ist natürlich unter Umständen der Wert dieses Hauses ein solcher, daß Wirte, oder solche die dieses Haus als Restaurant führen möchten oder wollen, daß dieser Wert die Möglichkeiten derer, die das tun würden, übersteigt. Da spielt dann auch noch vieles hinein, was menschlich ist. Ein gutes Geschäft zu machen vielleicht oder ich weiß nicht was noch. Es ist natürlich auch die Situation vorhanden, daß es Leute gibt, die es sich leisten können und wollen, an einem bestimmten Punkt zu wohnen und nicht dort ein Wirtshaus zu haben. Es ist schon schön, dort herunterzusehen und sich einzubilden ich bin ein Fürst oder weiß ich was. Die bieten natürlich möglicherweise Beträge, die Wirte nicht bieten können, die sich dort nur Arbeit kaufen. So ehrlich muß man schon sein. Siehe da, nach 10 Jahren kehrt das Ding zu uns zurück, wie ein Bumerang, und wir müssen uns dann plötzlich damit beschäftigen, daß dort ein Wirtshaus bleibt. Aber meiner Meinung nach, und das ist unsere Meinung, wir haben darüber auch Meinung gebildet, wie wir es ja eh fast überall tun, das wird ja nur oft so in Einzelfällen in der Zeitung anders transportiert, aber über die wichtigen Dinge reden wir ja eh alle eingehend, das wird nach außen oft ein bißchen anders dargestellt, muß ich sagen, sind wir uns einig, daß dieses andere Haus, von dem wir im Prüfbericht noch gar nicht gesprochen haben, es wird vielleicht wieder einmal hereinkommen, auch öffentlich zugänglich bleiben soll. In dieser exponierten Lage und, daß wir alles tun sollten, damit es auch so bleibt. Aber es wird nicht ohne Engagement der Stadt gehen. Einfach ist das nicht.

Jetzt zu dem alten Haus. Das alte Haus ist verpachtet gewesen und die wirtschaftliche, geschäftliche Entwicklung, die Instandhaltung und alles das, hat keinen sehr befriedigenden Verlauf genommen. Ich spreche von einer Zeitspanne, die vor dem Pächter war, der jetzt den Vertrag mit uns aufgelöst hat. Wir hätten gerne aufgelöst. Ich habe auch unmittelbar nach meiner Bestellung zum Bürgermeister den entsprechenden Schritt gesetzt, daß diese Auflösung auch geschieht, weil Vertragsbestandteile nicht eingehalten wurden. Es hat ein Gerichtsverfahren stattgefunden, bei dem wir leider verloren haben. Die alte Pächterschaft wäre uns nach dem Gerichtsbeschuß noch einige Zeit treu geblieben. Es war dann aus unserer Sicht lieber gesehen, daß neue Pächter kommen, die sich intern über Ablösen und sonstige Dinge geeinigt haben. Ein neuer Pächter mit guten Referenzen an und für sich, der das woanders auch schon gemacht hat. Auch mit Vorstellungen, die er gehabt hat, die allerdings dann nicht eingetroffen sind. Jetzt steht das Haus wieder zur Disposition. Natürlich ist mir klar, daß das nicht ganz einfach ist. Aber, wir sprechen von Beträgen, die Herr Mayrhofer schon genannt hat. Erstens einmal meine Grundsatzposition, Vorredner, Nachredner, Hinterredner, ich glaube, ich habe euch ausreichend erklärt, was uns mit dem einen Haus passiert ist. Ich bin ein Anhänger der These, daß man es als außerordentlich unintelligent betrachten muß, wenn man immer wieder die gleichen Fehler macht. Ich bin schon der Meinung, daß intelligente Leute eher neue Fehler machen und nicht die gleichen Fehler. D.h., wir werden nicht die Absicht haben, noch einmal so ein Haus zu verkaufen, weil wir uns das nicht leisten können, weil der mögliche Besitzer, der vorgibt dort ein Restaurant zu führen, vielleicht nach zwei Jahren die wirtschaftliche Unmöglichkeit dies zu tun oder weiter zu tun erkennen läßt, aber die Wohnmöglichkeit dort intensiv nutzt. Das kann ich mir an dem Platz schlecht vorstellen. Daher werden wir schauen müssen, wie denn dieses herrliche Haus in der öffentlichen Lage zugänglich wird. Natürlich werden wir uns bemühen, daß wir das mit vertretbaren Kosten darstellen können. Wir müssen es uns ja auch noch leisten können. Das ist die Schwierigkeit. Es hängt natürlich auch davon ab, ob wir es generalisieren und dann vermieten. Aber selbst dort gibt es Grenzen, weil Wirte können in der Regel nur eine bestimmte Miete bezahlen. Der Wirt, der dort zuerst einpachtet und dann renoviert, wäre mir sowieso am Liebsten, aber das wird wahrscheinlich nicht ganz so laufen. Also, wir werden einen Mieter suchen. Uns schwebt vor, daß das wieder ein Gastronomiebetrieb sein sollte. Es gäbe auch noch ein Wunder, aber Wunder geschehen so selten. Ich glaube nicht daran, aber ich habe eh Anrufung gemacht. Vielleicht bekomme ich noch Bescheid. Es läuft leider nicht so leicht. Wahrscheinlich wird es ein Gastronomiebetrieb bleiben. Wir werden uns weiter bemühen, daß wir geeignete Leute bekommen. Es wird notwendig sein, mit denen abzustimmen, in welcher Weise hier Renovierungen und Umbauarbeiten, nachdem das ja sehr ineinander greift, in Abstimmung festgelegt werden und was sie aus dem Engagement der Stadt nachher für ein Rückfluß an Pachtschilling oder Mieten ergeben kann. Im Prinzip gehe ich davon aus, daß der hohe Gemeinderat der Meinung ist, daß es ein paar Plätze gibt, wo wir Häuser haben, die wir nicht weggeben sollten.

Im übrigen haben wir uns eh von manchen Liegenschaften getrennt, die andere besser oder günstiger renovieren können.

Ja, meine Damen und Herren, das wollte ich im Wesentlichen bemerkt haben. Es waren eigentlich keine Punkte, die den Gemeinderat besonders beunruhigen müssen. Die Arbeit die geprüft wurde, um das geht es ja im Wesentlichen, wurde gut gemacht. Nicht nur von den Prüfbeamten und Mitarbeitern im Kontrollamt sondern auch von denen, die geprüft wurden. Ich wünsche mir nur sehr, daß auch die Prüfungsergebnisse im nächsten Jahr so ähnlich aussehen und Bitte um Kenntnisnahme des Berichtes.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nun kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltung? (1 - LIF, Mag. Michaela Frech). Ist jemand dagegen? Danke. Der Antrag wurde mit einer Stimmenthaltung angenommen.

Ich würde dem hohen Gemeinderat vorschlagen, daß wir 20 Minuten Pause machen. Findet das ihre Zustimmung? Danke.

PAUSE von 16.30 bis 17.00 Uhr

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren wir setzen unsere Sitzung fort. Nächste Berichterstatteerin ist Frau Vizebürgermeisterin Mach. Sie wird ersucht an das Pult zu treten.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. In meinem ersten Antrag geht es um den Schlußbericht des Kindergartens Promenade, die Übersiedlung in das Volkshochschulgebäude. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

8) BauH-159/96 Transfer des Kindergartens Promenade in das Volkshochschulgebäude; Schlußbericht.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Hochbau vom 6. 7. 1998 wird der vorgelegte Schlußbericht „Transfer des Kindergartens Promenade in das Volkshochschulgebäude“ zur Kenntnis genommen.

Unter Zugrundelegung der Summe der Einzelbeschlüsse in Höhe von netto S 2.703.220,36 ergibt sich nach Abzug des tatsächlichen Aufwandes von netto S 2.700.196,19 eine Einsparung von S 3.024,17.

Der Schlußbericht sowie die Auftragsunter- bzw. -überschreitungen werden genehmigt. (Beilage)

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sehr geschätzte Frau Vizebürgermeisterin Mach. Zwei Jahre hat es gedauert, bis der Schlußbericht für diesen relativ einfachen Vorgang nun im Gemeinderat liegt. Zwei Tage hat es gedauert, daß die Kulturabteilung sich von diesen Räumlichkeiten, die ja der Volkshochschule gehören, verabschieden hat dürfen. Es war im Jahre 1996, Ende der Schulzeit, Ende Juni, da kam ein lapidarer Bericht bzw. eine Aufforderung an die Volkshochschule, sie sollen sich um neue Räumlichkeiten für den Herbst

umsehen. Die Volkshochschule, die damals schon knapp an 30 Stationen disloziert ist. Ohne, daß hier eine Überlegung stattgefunden hat, hat man hier die Verantwortlichen vor gegebene Tatsachen gestellt. Voraussetzung dafür war, daß es Integrationsklassen im Wehrgraben gab, welche die 4. Schulstufe der Volksschule erreicht haben und, daß man sich erst Gedanken gemacht hat, als die 4. Klasse zu Ende war, ja was machen wir denn nächstes Jahr, die Volksschule ist aus. So ist man dann auf die Idee gekommen diese Integrationsklasse weiterzuführen und in der Promenadeschule zu situieren. Der leichteste Weg war natürlich, daß man den bestehenden Kindergarten aus dem Promenadegebäudebereich in die Volkshochschule verlegt, daß man dort den Kindergarten zu Schulklassen und Unterrichtsklassen zum Kindergarten umbaut. Die Behörden des Landes haben die Situation in der Volkshochschule, in der Stelzhamerstraße angesehen und sind zum Ergebnis gelangt, daß ca. 3 Millionen Schilling für den Umbau dieser drei Klassen vorzusehen sind. Hier im Gemeinderat ist das weit übertrieben dargestellt worden. Nachzulesen im Protokoll. Es wurden Zahlen von 1 bis 1,5 Millionen Schilling genannt und alles andere sei nicht notwendig. Ich möchte jetzt nicht hinterfragen, ob eine Integrationsklasse oder ein Kindergarten notwendig ist. Beides ist notwendig. Nur, die Vorgangsweise, die ist nicht notwendig. Jetzt, zwei Jahre später bekommen wir einen Abschlußbericht, daß die ganze Geschichte 2,7 Millionen Schilling gekostet hat. Wenn man nun die Eigenleistungen dazu zählt, die glaube ich auch mit 300.000,-- Schilling, wenn ich mich recht erinnere, beziffert werden, dann hat man genau exakt die 3 Millionen Schilling, die von dem Landesbeamten vorhergesagt worden sind, erreicht. Es gibt eine Schulbehörde in der Stadt Steyr, es gibt verantwortliche politische Vertreter dazu, aber das sehe ich nicht als vorausschauende Planung ein und ich bin nicht stolz, daß ich auch hier Recht bekommen habe.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Weitere Wortmeldungen? Ja, Kollege Bremm. Bitte sehr.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Eine Kleinigkeit muß man natürlich schon dazu sagen. Natürlicherweise ist es für keinen von uns da herinnen erfreulich, wenn solche Entwicklungen so kurzfristig an uns herangetragen werden und, daß wir dann danach trachten müssen, um dementsprechend die Einrichtungen zu haben. Beide Bereiche, die sie gesagt haben, Herr Dr. Pfeil. Es ist hier nicht die Frage zu bewerten, was wichtiger ist sondern beide Dinge sind gleich wichtig. Wenn man aber weiß, wie sich in der Frage der Integration das entwickelt, dann ist es sicherlich auch für die Verantwortlichen, die ja nicht im Bereich des Gemeinderates zu suchen sind, nicht ganz einfach, das zeitlich so abzustimmen. Gerade in den letzten 5, 6 Jahren hat sich in der Frage der Entwicklung, der Integration eine rasante Entwicklung ergeben und es war nicht absehbar, daß aus der Integration der Volksschule auch die Integration in die Hauptschule nahtlos übergeht. Das war nicht so erkennbar. Es hat sich so ergeben, indem Integrationsklassen im Wehrgraben geführt wurden. Da ergibt sich automatisch, daß jene Kinder, die im Wehrgraben in die Hauptschule gehen in die Promenade gehen. Ich muß auch sagen, daß es gerade für die Schule auf der Promenade sowieso, aufgrund von Platzmangel, notwendig ist, damit hier Freiräume geschaffen werden. Es ist hier der Raumbedarf auch noch nicht optimal. Aber, wie gesagt, dies hat sich halt ergeben und es war von der Stadt her kurzfristig Handlungsbedarf angesagt. Es hat sich in dieser kurzen Zeit nicht die Möglichkeit ergeben, daß wir einen Kindergarten irgendwo bauen, sondern es hat sich diese Alternative angeboten. Ich glaube, aus dem Grund ist es auch sicherlich gerechtfertigt gewesen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Kollegin Großalber bitte.

GEMEINDERÄTIN GROSSALBER ROSWITHA:

Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich möchte nur anmerken, daß aus pädagogischer Sicht die Umverlegung des Kindergartens Promenade hinaus in die Stelzhamerstraße schon einmal von wesentlichem Vorteil gewesen ist. In der Promenade gibt es z.B. keinen angeschlossenen Garten, was für einen Kindergarten ja wirklich notwendig wäre. Vom Einzugsgebiet her ist die Lage fast besser als in der Promenade. Von pädagogischer Sicht und von unserer Seite her, ist es nur zu begrüßen, auch von den Räumlichkeiten her. Es ist sicherer als auf der

Promenade, wo rund herum die Straße ist. Die Leute haben sich da sicher etwas dabei gedacht, als sie diesen Kindergarten umverlegt haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Kollegin Koppensteiner.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Die Frau Kollegin hat mit einem Teil vorweg genommen, nämlich den Kindergartenanteil. Ich möchte aber schon ein paar Sätze zum Thema Integrationsklassen verlieren. Jeder weiß, daß nach der 4. Volksschule die 1. Hauptschule oder das 1. Gymnasium kommt. Nicht abschätzbar ist aber, wohin kommt der Standort vorweg einmal, denn es beruht nach wie vor auf folgenden Prinzipien. Zum 1: Das Zustandekommen einer Integrationsklasse ist nicht nur abhängig von behinderten Kindern sondern auch vom Willen der Eltern nichtbehinderter Kinder.

Zum 2.: Der Standort kann sich nur dort etablieren, wo es das Vernünftigste ist, sei es verkehrstechnisch oder einrichtungsmäßig. Wir haben grundsätzlich in Steyr keine idealen Standorte, das wissen wir. Daher war damals das kleinere Übel, die erste Klasse auf die Promenade zu geben. Wir wußten genau, daß wir im Jahr darauf keine 2. Klasse installieren konnten. Nicht weil die Räumlichkeit nicht da war sondern, weil Eltern nichtbehinderter Kinder nicht bereit waren, zur Errichtung einer Integrationsklasse. Es liegt also weder an den Lehrern noch an der Schulbehörde. Da sind die Eltern gefragt.

Das 3. ist: Ich glaube, gerade in diesem Bereich muß man einfach flexibel und schnell handeln. Wir wissen, wenn Schulbeginn ist müssen die Kinder in die Klassen. Da war es wirklich ein Gebot der Stunde, dort diese Integrationsklasse zu errichten. Es war dann bei den nächsten, also im 3. Jahr darauf, weil heuer beginnt ja schon das 4. Jahr, daß wir es im Regelschulsystem haben, am Tabor oben. Grundsätzlich muß man aber schon sagen, daß die Situation auf der Promenade nicht in allen Belangen zufriedenstellend ist. Sie wissen es, wir haben dort größte Raumprobleme, es werden nach wie vor hinter Landkarten Stunden gehalten. Ich kenne die Situation wirklich sehr gut. Ich glaube aber nicht, daß es gerade auf dem Bereich ein Nachteil ist, wenn der Kindergarten dort raus kommt und die Integrationsklasse dort installiert wurde.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Noch ein Wortmeldung sehe ich nicht. Ich bitte die Frau Referentin um ihr Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, für mich war es auch zuerst überraschend, aber man muß sagen, daß es notwendig war, daß wir diese Übersiedlung vorgenommen haben. Was man auch ganz vergessen hat ist, daß uns die Franziskaner den Spielplatz gekündigt haben. Aus pädagogischer Sicht gehört es natürlich dazu, daß die Kinder gerade im Kindergarten einen Freilauf haben.

Zu den Kursen möchte ich mich zuerst einmal bei den Direktoren der Schulen bedanken. Es werden jetzt mehr Kurse als vorher angeboten. Man braucht ja nur das Amtsblatt sehen, welches reichhaltiges Kursangebot angeboten wird. Es geht überraschender Weise. Die Kurse werden abgehalten, ohne daß man Negativitäten hört. Ich glaube, es geht nur darum: Will man es oder will man nur Kritik üben. Gerade beim Kindergartenbereich bekommt man Zuschüsse vom Land. Man bekommt vom Land einen Zuschuß, wenn man etwas unternimmt, erneuert oder etwas macht. Wir wissen alle, daß wir im Jahr über 4 Millionen an Zuschuß seitens des Landes bekommen. Man muß aber auch vorweisen, daß im Kindergartenbereich etwas passiert ist. Ansonsten gibt es keinen Zuschuß. Es wäre erfreulich, wenn wir das in allen Bereichen hätten. Dann täten wir uns auch mit den Finanzen leichter, wenn es in vielen Bereichen so wäre. Gerade im Kindergartenbereich ist es Gott sei Dank so. Ich kann nur sagen, daß ich froh bin, daß das jetzt abgeschlossen ist. Eines habe ich noch vergessen. Es ist auch etwas beim Gebäude passiert. Es ist eine Wärmedämmung vorgenommen worden. Deshalb sind auch die Kosten gestiegen. Es ist auch bei der Fassade etwas

gemacht worden. Das gesamte Gebäude wurde ja aufgewertet. Das hat gar nichts mit dem Kindergarten zu tun. Das Gebäude der VHS ist, in diesem Zusammenhang mit dem Umbau, für den Kindergartenbereich aufgewertet worden, weil es wurden Instandhaltungen vorgenommen, die nichts mit dem Kindergarten zu tun haben. Herr Vizebürgermeister, wenn du im Bericht nachschlägst, dann sieht man genau, was für die Instandhaltung gemacht wurde. Da geht es nicht nur um den Kindergarten. Das Haus wurde dadurch wieder aufgewertet.

Nun, meine Damen und Herren, ersuche ich um Zustimmung für diesen Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer dem Bericht in der vorliegenden Form zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Gegenprobe. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Beschluß war einstimmig.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

In meinem zweiten Antrag geht es um die Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr. Verleihung an Mitglieder des Roten Kreuzes für 1998. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

9) K-85/98 Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitglieder des Roten Kreuzes 1998.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 16. 6. 1998 wird der Vergabe der Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr an die nachstehenden Personen aufgrund ihrer langjährigen Tätigkeit im Rettungsdienst zugestimmt.

Rettungsverdienstmedaille in Bronze: Helmut Hundegger

Rettungsverdienstmedaille in Silber: Adolf Haselsteiner, Rudolf Hochrieser

Rettungsverdienstmedaille in Gold: Dr. Rainer Hainböck, Hehenberger Ronald

Ich ersuche sie auch diesem Antrag zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es hierzu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Dieses ist einstimmig. Nächster Antrag bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

In meinem nächsten Antrag geht es um Zahlungen für die Unterbringung von Steyrer Bürgern in auswärtigen Altenheimen. Es ist eine Kreditüberschreitung. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

10) SH-510/98 Zahlungen für Unterbringungen von Steyrer Bürgern in auswärtigen Altenheimen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 25.08.1998 wird bei der Vst. 1/411000/728020 eine Kreditüberschreitung in Höhe von S 1,600.000,-- (Schilling: einmillionsechshunderttausend) bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich ersuche auch hier um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung wird auch nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

In meinem nächsten Antrag geht es um die Nachbeschaffung von Menü-Mobil-Geschirr. Es ist eine Kreditübertragung für die Aktion „Essen auf Rädern“. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

11) F-395/73 Aktion „Essen auf Rädern“; Nacheschaffung von Menü-Mobil-Geschirr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 20.08.1998 wird für den Ankauf von Menü-Mobil-Geschirr für die Aktion „Essen auf Rädern“ ein Betrag von S 30.000,-- (Schilling dreißigtausend) genehmigt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung im Ausmaß von S 30.000,-- (Schilling dreißigtausend) von der VSt. 1/423000/617000 auf die VSt. 1/423000/400000 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditübertragung hat bei der VSt. 1/423000/617000 zu erfolgen.

Dazu möchte ich noch kurz sagen, daß es so ist, daß wir nächstes Jahr keinen Zuschuß vonseiten des Landes mehr bekommen. Heuer besteht noch die Möglichkeit für die Nachbeschaffung. Die Rechnungen müssen bis 15.11. beim Land eingelangt sein. Daher bekommen wir heuer noch vonseiten des Landes 50 % Zuschuß.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es eine Wortmeldung? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Presse. Ich möchte diesen einen Antrag zur Aktion „Essen auf Rädern“ nutzen, um ein bißchen ins Allgemeine zu führen. Ich glaube, wir können nicht einfach so über diese lapidare Mitteilung des Landes hinweggehen, daß es in Zukunft für die Aktion „Essen auf Rädern“ keinen Zuschuß mehr geben wird. LR Ackerl beabsichtigt ja, ab Beginn des nächsten Jahres, seine Förderungen im Hinblick auf „Essen auf Rädern“ einzustellen, sowohl was die Verlustabdeckung anbelangt, die bisher 50 % pro Portion und max. S 5,-- betragen hat, sondern, was noch viel stärker wirkt ist, daß er sich auch weigert zu den Investitionskosten eine Zuschuß zu leisten. Investitionskosten, wie hier bei diesen beiden Anträgen, der eine Antrag zu dem Geschirrnachkauf und der andere Antrag zu den Fahrzeugen. Ich glaube, daß hier die Gemeinden in Oberösterreich aufgerufen sind, auch die Statutarstädte, hier einen gewissen Widerstand zu leisten, weil ich kann nicht ganz verstehen, daß man auf der einen Seite immer sagt, die mobile Betreuung älterer Menschen sollte forciert werden und dann zieht man sich aus der Verantwortung seitens des Landes zurück und läßt sie auf die Gemeinden ab. Ich glaube, daß wir es als Stadt Steyr zwar ganz gut über die Runden bringen werden, vielleicht nicht mehr diesen Kostenzuschuß bei den Portionen zu bekommen, vor allem, weil wir ja leider in der letzten Sitzung beschlossen haben, ihn ohnedies an die Kunden weiterzuerrechnen, nämlich an die älteren Bürgerinnen und Bürger, sondern daß es uns vor allem bei den Investitionen langfristig treffen wird. Wenn ich mir ansehe, daß ein Fahrzeug 225.000,-- Schilling kostet, so macht das einen Unterschied ob ich davon 50 % vom Land refundiert bekomme oder nicht. Ich will mir erst gar nicht ausmalen,

wie es in den kleineren Gemeinden auf dem Land ist. Für die bedeutet es mehr oder weniger langfristig sowieso das „Aus“. Ich glaube, daß auch hier die Statutarstädte eine gewisse Verantwortung aufgrund ihrer Größe haben, hier einen gewissen Widerstand ins Rollen zu bringen. Ich würde mir wünschen, daß dieser Widerstand auch von der Stadt Steyr kommt, in Zusammenarbeit mit den anderen Städten, weil ich glaube, daß man hier einen falschen Weg geht, indem man die mobile Betreuung wieder zurücknimmt, seitens des Landes, und völlig auf die Gemeinden zurückverlagert. Ganz anders ist es ja bei den Heimen. Da gibt es laut Sozialhilfegesetz einen Rechtsanspruch und von daher wird sich das Land nicht so schnell zurückziehen. Aber überall dort, wo es diesen Rechtsanspruch nicht gibt, und das ist die mobile Betreuung, wird das halt, fürchte ich, über kurz oder lang passieren. Für mich ist das hier jetzt der erste Schritt bei der Aktion „Essen auf Rädern“. Ich wage mir nicht auszumalen was in ein paar Jahren bei der Hauskrankenpflege passiert. Derzeit zahlt das Land OÖ 100 % der Kosten. Das ist aber eine freiwillige Leistung. In ein paar Jahren wird das wahrscheinlich schon wieder ganz anders aussehen und es werden 50 % sein, wenn wir nicht sogar den gesamten Betrag zu leisten haben. Ich glaube schon, daß wir hier versuchen sollten, und das ist auch meine Bitte an die zuständige Referentin, mit dem Land in Kontakt zu treten und auch mein Ersuchen an den Sozialausschuß bzw. den gesamten Gemeinderat, hier einen gewissen Widerstand zu leisten. Gerade im Hinblick darauf, daß man nicht vergessen darf, daß die Stadt Steyr bzw. die Region von der demographischen Situation her einen sehr hohen Anteil an älteren und pflegebedürftigen Menschen hat. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlußwort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, ich kann dazu nur sagen, daß ich genauso überrascht war, als wir das Schreiben des Landes erhalten haben. Wir haben natürlich auch mit den anderen Städten Verbindung aufgenommen. Wenn aber das Land sagt, sie bezahlen dazu nichts mehr, dann können wir momentan gar nichts machen. Ich bin mir sicher, daß wir wieder mit Linz und Wels Verbindung aufnehmen und schauen, daß wir trotzdem einen Beitrag bekommen. Die Begründung dafür war, daß ja zur Gänze die DKS, die Hauskrankenpflege vonseiten des Landes übernommen wurde und, daß der Arbeitsaufwand für die Abrechnungen, was eben eine ganze Personaleinheit kostet, zu groß ist, weil es gibt die kleinen Gemeinden, wo nur ein paar Portionen am Tag hinausgehen und die müssen genauso bearbeitet werden. Da hat er dann gesagt, daß sich das nicht rechnet, dafür gibt er auf der anderen Seite den Gemeinden den Zuschuß in irgendeiner Form. Das war seine Begründung. Wir haben natürlich Verbindung. Wir haben das nicht einfach so hingenommen und haben gesagt, juhu, jetzt übernehmen wir das zur Gänze. Wir haben natürlich gekämpft und mit ihm Gespräche geführt. Dann ist das Schreiben gekommen, daß er gesagt hat, wir bekommen auf eine andere Art und Weise eine gewisse Subvention zugesagt. Das können wir ja dann dazu verwenden. Wenn es vonseiten des Landes beschlossen ist, dann wird er es nicht mehr ändern. Ich weiß, daß es im sozialen Bereich eine zusätzliche Belastung ist. Aber wir brauchen diese Aktion und ich glaube, daß es in unserer Stadt nicht mehr wegzudenken ist. Darum kann ich ihnen da keine bessere Auskunft geben. Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß er jetzt eine andere Meinung hat, daß er sagt, er gibt den Städten den Zuschuß. Es ist ja hauptsächlich um die kleinen Gemeinden gegangen, weil das so ein Arbeitsaufwand war, bis man alle abgerechnet hat, pro Portion 5,- Schilling. Das war eigentlich sein Argument dazu. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Wir werden selbstverständlich noch einmal Verbindung aufnehmen. Ich habe auch mit Wels und Linz gesprochen und wir haben da einige Sachen, wo wir nicht ganz einverstanden sind. Wir werden sehen, was herauskommt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Heute geht es ja eigentlich um ein anderes Thema. Dieses Mal bekommen wir ja den Zuschuß noch und daher ist es vom Timing her notwendig gewesen, das jetzt noch zu tun, wo diese Zuschußsituation aufrecht ist. Richtig ist es natürlich schon, was sie sagen, Frau Kollegin Frech, in manchen Bereichen hier die Zuschüsse zurückzunehmen, besonders bei den Investitionen trifft es uns sicher hart. Gleichzeitig gibt es natürlich Neuintentionen, die auch wieder von den Gemeinden, in starker Weise, finanziert werden müssen, wenngleich auch das Land etwas dazu bezahlt. Der

Löwenanteil bleibt aber immer wieder bei uns. Man muß da schon sehr genau hinsehen, im Hinblick auf die Budgetierungen. Wir werden uns nicht ersparen können, uns das gegenseitig einmal aufzurechnen, was bekommen wir und was kostet es. Da wirft uns ja gerade das Sozialbudget für das nächste Jahr einige Probleme auf.

So, der Antrag steht zur Abstimmung und ich glaube, heuer müssen wir uns die 50 % noch holen. Wer dafür ist, den möge ich bitten, ein Zeichen zu geben. Danke. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

In meinem letzten Antrag geht es um die Zustellfahrzeuge, Ersatzbeschaffung. Es ist auch eine Kreditübertragung. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

12) F-395/73 Aktion „Essen auf Rädern“; Ankauf von Zustellfahrzeugen (Ersatzbeschaffung).

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 28.08.1998 wird, im Zusammenhang mit der Durchführung der Aktion „Essen auf Rädern“,

a) der Auftragsvergabe zur Lieferung von vier Zustellfahrzeugen der Type Toyota Hiace-Kastenwagen an die Firma Bramberger, 4441 Behamberg, Penz 110 zum Anbotspreis (abzügl. Rückerstattung für vier Toyota Lite Ace-Busse) von insgesamt S 794.000,-- incl. 20 % MWSt. (Schilling siebenhundertvierundneunzigtausend)

b) den Ausgaben, die mit der Adaptierung dieser Zustellfahrzeuge verbunden sind (Umbau der Befestigungsvorrichtungen, Beschriftungen usw.) im Ausmaß von je ca. S 5.000,-- incl. 20 % MWSt. - insgesamt also S 20.000,-- incl. 20 % MWSt. (Schilling zwanzigtausend)

zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung in Höhe von insgesamt

S 814.000,-- incl. 20 % MWSt. (Schilling achthundertvierzehntausend) von der VSt. 1/424000/757100 auf die VSt. 1/423000/040000 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditübertragung hat bei der VSt. 1/424000/757100 zu erfolgen.

Ich ersuche auch hier um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wird das Wort gewünscht? Der gleiche Vorgang wie vorher. Wer dafür ist, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Einstimmige Annahme. Ich danke der Kollegin Mach für ihre Antragstellungen und bitte den Vizebürgermeister Dr. Pfeil als Berichterstatter ans Pult.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Hoher Gemeinderat. Das Radverkehrskonzept der Stadt Steyr ist zeitgerecht fertig geworden und wir haben heute die Schlußrechnung zu bereden, zu diskutieren. Anders als bei anderen Vorgängen haben wir hier die Schlußrechnung schon vorher, bevor wir das Radverkehrskonzept in den Gremien diskutiert und beschlossen haben. Der Verkehrsausschuß hat im Juni 1997 ...

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Hört ein bißchen zu, der Herr Bürgermeister kann sich nicht verständlich machen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

... nach Anhörung von drei Bewerbern, für die Erstellung eines Radfahrkonzeptes für die Stadt Steyr, den Auftrag an das Büro Girkingner/Kubisch in Steyr gegeben.

Ich möchte mir heute erlauben, außer sie wünschen es, nicht inhaltlich auf das Radfahrkonzept einzugehen, weil wir werden nächste Woche im Verkehrsausschuß, dann im Stadtsenat und im Gemeinderat dieses noch ausführlich diskutieren. Zur Rechnungslegung und zur Summe möchte ich etwas sagen. Ich bin sehr positiv über die Termin- und Auftragstreue, über den Inhalt, angetan. Es steckt sehr, sehr viel Arbeit in diesen Bänden drinnen und natürlich kommt jetzt, nachdem die Kritikpunkte oder die Einwände der einzelnen Fraktionen gesammelt und ausgesendet worden sind, immer wieder durch, daß bei den einzelnen Knackpunkten eine Machbarkeitsstudie und nicht wirklich ein Vorschlag präsentiert wird. Hier wird immer eine Machbarkeitsstudie in Aussicht gestellt. Hier wo es brenzlich ist, empfiehlt der Autor eine Machbarkeitsstudie. Ich muß aber sagen, daß ich fast Verständnis dafür habe. Für diese Auftragssumme ist eine Detailstudie, die mindestens, wahrscheinlich sogar das Mehrfache von der Gesamtauftragssumme kosten würde, wenn man nur eine Kreuzung hernimmt, Radfahrüberlegung Taborkreuzung oder Forumkreuzung oder im Bereich des Bahnhofes, würde wahrscheinlich den Auftrag bei weitem sprengen und würde wahrscheinlich auch termingerecht nicht fertig werden.

So darf ich ihnen den Amtsbericht zur Kenntnis bringen.

Mit Beschluß des Stadtsenates vom 21.08.1997 wurde der Auftrag zur Erstellung eines Radverkehrskonzeptes für die Stadt Steyr an Dipl. Ing. Klaus Girkingner, Steyr, zum Preis von S 193.000,-- erteilt. Eine erste Teilhonorarnote in Höhe von S 144.000,-- wurde noch im Rechnungsjahr 1997 bezahlt. Nach der nunmehr vorliegenden Schlußhonorarnote ergibt sich eine noch offene Gesamtsumme für das Radverkehrskonzept und die ursprünglich nicht erfaßbaren Nebenkosten, das haben wir auch besprochen, wie Besprechungen, Adaptierungen und Vervielfältigungen von S 112.864,80 inkl. MWSt. Abzüglich der aus dem Vorjahr übertragenen Mittel in Höhe von S 40.000,-- ergibt sich daher eine noch nicht freigegebene Restsumme von S 72.864,80 inkl. MWSt.

Es wird daher der Antrag gegeben, daß die Freigabe von 72.900,-- mittels einer Kreditübertragung genehmigt wird.

Die Vorgangsweise über die weitere Behandlung des Radfahrkonzeptes setze ich als bekannt voraus. Wenn es gewünscht ist, kann ich selbstverständlich hier auch gerne Auskunft erteilen und Mitteilung machen, ansonsten ersuche ich um Diskussion bzw. Abstimmung.

13) VerR-585/97 Radverkehrskonzept der Stadt Steyr; Schlußrechnung; Antrag auf zusätzliche Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA f. Stadtentwicklung und -planung vom 16.06.1998 wird die Freigabe von S 72.900,-- mittels Kreditübertragung von VSt. 5/612000/728000 auf VSt. 5/612100/728000 für die Bezahlung der Nebenkosten zum Radverkehrskonzept der Stadt Steyr zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgabe ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 72.900,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wer wünscht zu diesem Antrag das Wort? Kollege Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Ich will natürlich auch nicht inhaltlich auf das Radverkehrskonzept eingehen, das haben wir eindringlichst in den Fraktionen gemacht und haben auch eine Stellungnahme, wie erbeten, abgegeben bzw. werden uns auch in den nächsten Wochen noch inhaltlich mit dem Konzept auseinandersetzen. Weil der finanzielle Aspekt von Herrn Stadtrat Pfeil angesprochen wurde, möchte ich einen Blick nach vor werfen, da es natürlich mit diesem Konzept und mit dieser Konzepterstellung nicht getan ist. DI Kubisch ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ingenieur!

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

... Ing. Kubisch hat in seinem Konzept die Sorge vorangestellt, daß das Konzept natürlich nur dann leben wird, wenn es auch umgesetzt und nicht schubladisiert wird. Damit es nicht schubladisiert und tatsächlich umgesetzt wird, werden wir höchstwahrscheinlich auch einige finanzielle Mittel für die nächsten Jahre brauchen. Das ist auch der Inhalt meiner Wortmeldung. In Anbetracht der auf uns zukommenden, immer weniger werdenden Finanzmittel für die nächsten Jahre, ist mir zwar sehr bewußt, daß wir nicht sehr viele Geldmittel für die Umsetzung haben werden. Ich hoffe aber doch und schaue da auf die Budgetverhandlungen in den nächsten Monaten voraus, daß wir doch einige Geldmittel für die gewünschten Detailplanungen, die notwendig sein werden, und auch für Umsetzungen, insbesondere bei den Attraktivitätssteigerungen, wo wir z.B. bei den Abstellanlagen in Steyr, das greife ich jetzt heraus, ein besonders großes Manko haben. Ich denke mir, wir werden hier einige Geldmittel für die nächsten Jahre benötigen und auch wenn wir die großen Schritte nicht auf einmal nehmen können, so denke ich mir, daß wir aufbauend auf einen Maßnahmenplan, der sich über einige Jahre erstrecken wird, doch jährlich einige Maßnahmen für die Radfahrer umsetzen sollten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Stadtrat Bremm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Ich möchte mich nur ganz kurz halten. Ich kann mich dem anschließen oder ich glaube, daß diese Vorgangsweise gut ist, die hier Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil vorgeschlagen hat, daß wir im Verkehrsausschuß und dann in den zuständigen Gremien das dementsprechend diskutieren und dann die Beschlüsse fassen. Das sollte nicht heute sein und morgen in der Zeitung stehen: „Grüne fordern neben Kinderspielplatzmillion Radverkehrsmillion“.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Das können wir schon machen!

STADTRAT GERHARD BREMM:

Ich glaube, wir sollten uns da schon ein bißchen an die Spielregeln halten. Wir entfachen heute nicht eine inhaltliche Diskussion über das Radverkehrskonzept sondern wir haben hier, auch in den Fraktionen, unsere Stellungnahmen abgegeben und werden natürlich auch dann gemeinsam in den zuständigen Gremien versuchen das umzusetzen. Also, ich glaube, daß es heute um die Schlußrechnung geht und möchte nur inhaltlich dazu sagen, daß das Ausmaß, das hier unterbreitet wird, der Schlußrechnung und der gesamten Rechnung auch dementsprechend Rechnung trägt und, daß man hier nicht mehr hineininterpretieren kann und mehr erwarten hat können, wie es von den Firmen hier ausgearbeitet wurde.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch Wortmeldungen? Frau Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Presse. Also, geschätzter Kollege Bremm, sie werden die Forderung nicht nur von den Grünen hören sondern auch noch vom Liberalen Forum, weil ich kann den Kollegen Kupfer nur unterstützen. Es ist völlig selbstverständlich, ich kann nicht zuerst ...

STADTRAT GERHARD BREMM:

Zuerst zur Zeitung und dann in die Gremien.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

... ein Fahrradkonzept in Auftrag geben und dann beschließen sondern, ich muß natürlich auch mittelfristig bereits vorsehen um dieses Konzept auch umsetzen zu können. Also, da kann ich den Kollegen Kupfer nur unterstützen. Auch ich sehe das so. Ein zweiter Punkt, der mir schon auch ein bißchen kritisierenswert erscheint ist leider die Tatsache, daß, meines Erachtens, bei diesem Fahrradkonzept die Bürgerbeteiligung nicht in dem Maße stattgefunden hat wie ich es mir vielleicht wünschen würde. Es ist zwar derzeit im Kommunalzentrum ausgestellt, aber ich glaube, daß man manchmal auch zu den Bürgern hinaus gehen muß und nicht nur warten, daß die Bürger ins Kommunalzentrum kommen und dort dann ihre Meinung dazu abgeben. Ich hätte mir gewünscht, daß man die Schulen viel stärker einbindet und direkt in die Schulen damit hineingeht. Ich hätte mir, wenn man da Führungen anbietet die ohne bürokratischem Aufwand, jetzt muß man also das vorher anmelden, wenn man da eine erklärende Führung haben will, und nur zu bestimmten Amtsstunden, in Richtung Bürgerbeteiligung schon mehr erwartet. Ich hoffe aber, daß es vielleicht noch kommt.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Nur ein Zwischenruf: Wir haben von Vzbgm. Dr. Pfeil am Schulschluß ein Schreiben bekomme, alle Schulen sind eingeladen worden, sich das anzusehen und wir haben auch die Möglichkeit zu diskutieren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Trotzdem kann man Kritik üben, wie man sieht. Da fällt mir wieder das Stadtentwicklungskonzept ein, wie ihr euch beschwert habt. Vier Runden haben wir mit Bürgerbeteiligung gespielt. Da sind auch wirklich 100 gekommen, davon haben 48 kommen müssen, ...

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

... weil sie auf unserer Lohnliste stehen. So sieht das aus. Das muß man bei dieser Gelegenheit auch sehen.

Gibt es noch eine Wortmeldung? Nicht. Schlußwort Herr Referent. Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, es ist noch gar nicht Weihnachten und so einen positiven Bericht habe ich noch gar nicht kommentiert bekommen. Nur zur Frau Mag. Frech. Ich verstehe sie in manchen Dingen wirklich nicht. Wie Herr Dir. Lengauer schon sagte, die Schulen sind einbezogen worden, sie wurden angeschrieben. Es gibt auch schon Reaktionen. Wir haben das nicht bürokratisch gemacht, sondern es genügt ein einfacher Telefonanruf, weil es hat keinen Sinn, wenn wir alle drei dort stehen, der Herr Grassnigg, der Mobilitätsberater Rumpelsberger, der Verkehrsreferent oder der Herr Ing. Kubisch. Ich meine, die haben ja andere Sachen auch zu tun. Es hat wenig Sinn, wenn die drei Wochen oben stehen und sich die Füße vertreten. Ein telefonischer Anruf, das geht formlos und ohne Stempelmarke, und dann sind die da und jeder kann diskutieren. Wenn eine Schulklasse am Samstag um 14.00 Uhr kommen möchte, dann sind wir auch da. Wenn sie den wollen oder den wollen, dann geht das völlig unbürokratisch. Das verspreche ich ihnen. Wenn sie uns einen besseren Vorschlag zur Bürgerbeteiligung machen, dann verschweigen sie sich

nicht sondern sagen sie es in den Gremien, im Verkehrsausschuß. Sie sind ja auch dabei. Dort habe ich aber nichts gehört, wie man das besser drüberbekommt. Ich bin schon sehr für Einbeziehung aller Bürger...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAEL FRECH:

Da haben wir nur diskutiert.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es wäre ihnen ja unbenommen geblieben, daß sie dort auch diskutieren. Nur ist leider dort die Öffentlichkeit und die Presse nicht dabei, habe ich fast den Eindruck. Das ist mein persönlicher Eindruck, das muß nicht stimmen. Gut. Ich bitte um Zustimmung. Ansonsten unterstütze ich natürlich sehr die Vorschläge von Freund Kupfer, ...

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

daß auch hier, na ja, er hat mich zuerst degradiert, es steht ja schon in der Bibel, wenn man erniedrigt wird, muß man die anderen erhöhen. Er hat mich erniedrigt als Stadtrat darum erhöhe ich ihn jetzt.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das tut mir sehr leid, das war wirklich nicht Absicht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Daß natürlich das ganze Radfahrkonzept ja nur Sinn macht, wenn man es mit einem Marketingkonzept begleitet und die Umsetzung in Schritten natürlich auch budgetär vorsieht. Aber dazu werden wir im nächsten Verkehrsausschuß am Donnerstag ausreichend Gelegenheit haben, zu diskutieren. Ich freue mich schon darauf.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich freue mich auch schon. Ich möchte nur haben, daß ihr euch überlegt, wo wir unsere Eier zuerst hinlegen. Also, Prioritäten wären gewünscht, da kann man nämlich dann leichter budgetieren. Ich hoffe, daß nicht alles wieder gleich wichtig ist, sodaß dann gar nichts geschieht, weil wir nur debattieren.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, da kann ich sie beruhigen, weil genau das haben wir vor. Ein Prioritätenkatalog. Ich habe auch vorgeschlagen, daß wir die Routen abfahren. Wer will, Samstag 14.00 Uhr oder Sonntag, ist mir egal oder auch zu Verkehrsausschußzeiten, daß wir Route für Route abfahren und, daß wir dann einen Prioritätenkatalog erstellen. So stelle ich mir das vor.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut. Also wir sind uns zunächst einmal einig. Wir stimmen nun über den Antrag Nr. 13) - Schlußrechnung - ab. Wer für den Antrag ist, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Einstimmig. Wunderbar.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich bedanke mich. Der nächste Antrag ist ein einfacher bzw. ein sehr, sehr wichtiger und ich hoffe, daß er die Grundlage für einen Katastrophe bietet, die in Steyr nicht eintreten wird, daß wir diesen Gemeinderatsantrag nie brauchen werden müssen. Die oberösterreichischen Gemeinden sowie auch die Statutarstädte sind nach dem Katastrophenhilfsdienstgesetz verpflichtet, einen Katastrophenhilfsplan, einen Organisationsplan zu erstellen. Der erste grundlegende Organisationsplan für Katastrophen ist 1993 unter Federführung von Dr. Viol im Gemeinderat beschlossen worden. Hier liegt eine Änderung dieses Organisationsplanes vor und es geht hauptsächlich um organisatorische Detailänderungen und um keine inhaltlichen Änderungen. Ich ersuche auch hier um Diskussion bzw.

Zustimmung.

14) Fp-464/97 Erstellung eines neuen Organisationsplanes für den Katastrophenhilfsdienst der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Bezirksverwaltungsangelegenheiten vom 26. August 1998 wird der in Anlage beigeschlossene Organisationsplan für den Katastrophenhilfsdienst der Stadt Steyr in der vorliegenden Fassung genehmigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Herr Hack bitte. In Vorbereitung Frau Frech.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es gibt einen wunderbaren Katastrophenschutzplan der Stadt Steyr. Vor kurzem habe ich StR Eichhübl einmal gefragt, ob es jetzt konkret Unterlagen oder Vorgangsweisen gibt. Was ist, wir sind in einer Einflugschneise, Linz Flughafen und es stürzt ein Flieger im Bereich Brunnenschutzgebiet oder sonst wo ab. Wir haben zwar ca. fünf Quellen, wo wir das Wasser bekommen, aber wo bekommt die Stadt Steyr dann effektiv das Trinkwasser her, wenn da irgendeine Katastrophe passiert, was ja, wenn man die Zeitungen und das Radio verfolgt, leider nicht so unwahrscheinlich sein könnte. Da hat mir dann Herr Stadtrat Eichhübl gesagt, es gibt nichts.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Da muß aber bei ihnen dann irgendwo das Telefon ausgegangen sein.

Gelächter

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Vielleicht war das auch eine Katastrophe. Ich weiß es nicht. Wir hatten das vorher besprochen und ich habe ihn dezidiert gefragt, gibt es da dann effektiv was, weil es ist ja auch ein neues Wasserabsperrfernwerkssystem erweitert und das letzte Mal gemacht worden, wie sieht das dann aus. Gibt es jetzt dezidiert etwas, auch im Zusammenhang mit einer Diskussion, die einmal war, das Ennsgrundwasser anzubohren oder sonst etwas. Da hat er zu mir gesagt: „Nein, da gibt es nichts.“ Ich weiß nicht, mein Telefon war nicht leer, aber ich habe trotzdem nichts gehört. Jetzt würde ich fragen, wie das ist. Ob es in dieser Richtung etwas gibt?

Zwischenruf: Mineralwasser!

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Ja, die Spar-Geschäfte haben zuwenig Mineralwasser. Ich habe mich erkundigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächste am Wort ist Frau Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Presse. In diesem Fall kann mir niemand vorwerfen, auch sie nicht Herr Dr. Pfeil, daß ich mich in keinem Ausschuß zu Wort gemeldet hätte, schlichtweg, weil dieses Thema in keinem Ausschuß behandelt wurde sondern es gelangte auf die Tagesordnung dieser Gemeinderatssitzung. Ich habe mich dann einmal hingesezt und mir gedacht, na ja, eigentlich braucht man da ja gar nicht viel überlegen ob man da zustimmt oder nicht, weil man kann ja nur dafür sein, wenn die Stadt einen neuen Organisationsplan für den Katastrophenhilfsdienst aufstellt. Dann bin ich dem Ganzen ein bißchen nachgegangen und habe mir

das etwas genauer angesehen. Sehr schlau, muß ich sagen, bin ich nicht geworden. Weil spätestens da, wo ich mir die Frage gestellt habe: „Na ja, wer ist denn eigentlich dieser Katastropheneinsatzleiter oder wer ist denn der Leiter des Stabes usw.“ Da habe ich dann nach einem Anruf erfahren, daß man das dem Gemeinderat deshalb nicht mitteilt, weil das soll ja flexibel sein und die Personen können sich ja ändern. Das verstehe ich auch. Dann habe ich gesagt, na gut, aber es kann doch an Funktionen hängen, daß man sagt, gut, der Katastropheneinsatzleiter ist eben der Bürgermeister, der Leiter des Stabes ist der Magistratsdirektor usw. Dann habe ich erfahren, daß es derzeit so ist, es kann aber jederzeit abgeändert werden. Na gut. Dann sehe ich im Amtsbericht, daß drinnen steht, eingebunden werden sollen z. B. Polizei, Rotes Kreuz, Feuerwehr oder Bundesheer. „Na no na net“ wird man sagen. Das sind die Experten. Nur, eingebunden war in diesen konkreten Plan, meines Wissens, nur die Feuerwehr. Die anderen Organisationen nicht. Na gut. Dann schaue ich noch ein bißchen näher nach und da steht dann, daß wir als Gemeinde verpflichtet sind, diesen Organisationsplan, aufgrund des OÖ. Katastrophenhilfsdienstgesetzes zu machen. Da habe ich gedacht schaust du dir das vielleicht einmal an. Das möchte ich ihnen jetzt ein bißchen zeigen. Ich habe es vergrößert. Lesen kann man es wahrscheinlich auch aus der Nähe nicht sehr gut, weil wie sie sehen, ist es sturmalt. Es stammt aus dem Jahre 1995.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Hallo, ich bin Jahrgang 1955. Sie können nicht sagen, daß ich alt bin.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Sie sind nicht alt, aber das Gesetz ist alt. Das Alter bezieht sich in diesem Fall auf das Gesetz und das hat sich absolut überholt, weil wenn sie in diesem Gesetz nachlesen, dann war die größte Katastrophe die man sich da noch vorgestellt hat, das Hochwasser und auf das ist man auch eingegangen. Damals hat es noch keine Strahlenschutzunfälle geben können, weil da gab es noch keine Atomkraftwerke. Damals war auch die Wahrscheinlichkeit gering, daß ein Flugzeug abstürzt, weil einfach noch nicht so viele Flieger in der Luft waren. Es war auch die Wahrscheinlichkeit gering, daß uns ein Satellit auf den Kopf knallt, weil auch diese hat es zu diesem Zeitpunkt, glaube ich, noch nicht gegeben. D.h., wir berufen uns auf ein Gesetz aus dem Jahr 1955, das sicherlich, man hat es nicht adaptiert, nicht mehr auf die Situation heute anzuwenden ist. Aufgrund dieses Gesetzes sind wir allerdings verpflichtet, und da steht ja auch dezidiert drinnen - die Gemeinden sind verpflichtet, nach Möglichkeit und Zumutbarkeit, einen für ihren örtlichen Wirkungsbereich personell und sachlich im erforderlichem Ausmaß ausgestatteten Katastrophenhilfsdienst zur Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen einzurichten und im Bedarfsfall einzusetzen - das schreibt uns das Land OÖ vor. Was es uns natürlich nicht vorschreibt ist, wie dieser Plan auszusehen hat. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß wir da halt nicht mehr machen, als ein Papier, so ein bißchen zu unserer eigenen, wir tun ja eh etwas, wir haben einen Organisationsplan, aber sehr viel mehr ist es nicht. Wenn sie sich z.B. unter Punkt A) Allgemeines, Nr. 3 ansehen, da sind eine Reihe von Katastrophen angeführt. Was ich allerdings nicht als Katastrophe finde, sind, was Kollege Hack schon angesprochen hat, Flugzeug- oder Satellitenabstürze, die Freisetzung von Krankheitserregern, Chemie- und Ölunfälle, Katastrophenschneeefall, Smog- und Luftverunreinigungen. Diese Punkte sind aber nicht etwas, was ich mir jetzt aus Jux und Tollerei ausgedacht habe, sondern etwas, was im Katastrophenschutzplan der Stadt Wels sehrwohl inkludiert ist. Dieser Katastrophenschutzplan stammt allerdings noch aus dem Jahr 1993 und wird derzeit überarbeitet. Nur den, den wir heute beschließen, ist im Prinzip, bis auf diese Erweiterung der Katastrophen, die also in Wels noch vorgenommen worden sind, der gleiche Plan wie in Wels. In Wels macht man derzeit eine Überarbeitung. Wir beschließen einen Plan, den die Welser derzeit überarbeiten und daraufgekommen sind, daß das nicht ausreicht. Bei uns reicht es scheinbar aus. Wenn ich mir dann ansehen, daß sich der Katastrophenstab im Rathaus befindet, im Festsaal, dann habe ich mir einmal überlegt, ja bitte, was ist bei einem Strahlenunfall? Ich meine, die Wahrscheinlichkeit ist nicht einmal so gering. Wir haben an den Grenzen Atomkraftwerke stehen. Dann habe ich gesagt: Was ist dann, wenn so ein Strahlenunfall ist, da kann man dann wohl kaum in den Festsaal gehen. Da hat es dann geheißen, die zweite Möglichkeit ist das Amtsgebäude Promenade 9. Aber auch dieses

Amtsgebäude hat keinen Strahlenschutzraum. Dann habe ich beim zuständigen Geschäftsbereich, Bezirksverwaltungsangelegenheiten, gefragt: „Ja was machen wir denn dann?“ Dann war die Überlegung: Na ja, die Feuerwehr wird schon einen Schutzraum haben. Ich habe dann bei der Feuerwehr angerufen. Die Feuerwehr hat keinen Schutzraum, aber das Rote Kreuz hat einen, nur der ist nicht ausgestattet, den müßte man zuerst adaptieren. Da muß ich dann schon sagen, ...

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAEL FRECH:

Das war die Auskunft, die ich bekommen habe.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das stimmt nicht. Der ist perfekt ausgestattet.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja, wenn es einen Strahlenraum gibt, der perfekt ausgestattet ist und jederzeit in Betrieb genommen werden kann. Herr Zimmermann von der Feuerwehr hat allerdings gemeint, daß das nicht der Fall ist, warum schreiben wird dann das nicht in diesen Katastrophenschutzplan hinein. Also, ich möchte mir schon mehr Sorgfalt wünschen, daß wir auf solche Eventualitäten dann wirklich im Katastrophenfall reagieren können, weil denken sie nur, vor wenigen Wochen der Unfall auf dem Gelände der Chemie Linz, denken sie nur an Lassing. Katastrophen gibt es immer und überall. Ich glaube, wir wären gut daran beraten, im Vorfeld möglichst genau solche Pläne auszuarbeiten, damit auch die Verantwortlichkeiten und Kompetenzen klar definiert sind.

Ich habe dann nachgefragt, ob es für die einzelnen Katastrophen, die in Pkt. A) 3 aufgeführt sind, nämlich Hochwasser, Großbrände usw., eigene Pläne gibt, weil dieser Plan der vorliegt ist ja nur ein äußerst allgemeiner Plan, der überhaupt nicht ins Detail geht und überhaupt nicht auf die Bedingungen der Katastrophen. Ja, für das Hochwasser haben wir einen eigenen, aber für alle anderen haben wir keinen. Das ist der Grund, warum ich bei diesem Organisationsplan sicherlich nicht meine Zustimmung geben werde, sondern ich wünsche mir, daß man hier wirklich das Ganze überarbeitet und sich vielleicht auch mit anderen Städten in Verbindung setzt und vor allem auch die Aus- und Weiterbildung jener Personen regelt, die für diesen Katastrophenfall zuständig sind, weil davon, habe ich erfahren, ist also erst in Vorbereitung, daß hier eine Ausbildung für die Magistratsbediensteten, die dann im Notfall zuständig sind, stattfinden soll. Also, bis jetzt ist mir das einfach ein bißchen zu dünn.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Dank. Kollege Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Freunde. Ich möchte, das werden sie ja jetzt von mir erwarten, nicht grundsätzlich auf die Vorlage dieses neuen Katastrophenschutzplanes im Detail eingehen sonder auf die konkrete Frage des Kollegen Hack, die sich darauf bezogen hat, was denn geschehen wird, sollte es einen Unfall geben. Er hat einen Flugzeugunfall in unserem Versorgungsgebiet, in unserem Brunnenschutzgebiet angenommen. Es ist richtig, er hat mich telefonisch gefragt. Daraufhin habe ich, sie werden sich erinnern können, falls sie nicht wirklich eine Störung in ihrem Telefon gehabt haben, da wäre aber die Störung zuständig und nicht ich, ihnen gesagt, daß natürlich die zuständigen Leute im Wasserwerk wissen, was dann zu tun ist. Bitte, das muß ich schon mit aller Deutlichkeit sagen, die sind ja, entschuldigen sie schon den Ausdruck, keine Trotteln. Die wissen doch wirklich, was zu tun ist. Die wissen genau, daß es natürlich die Möglichkeit gibt, über das Versorgungsgebiet Dinsting, Gott sei Dank, natürlich in einem wesentlich geringerem Ausmaß, sozusagen als Notlaufprogramm die Bevölkerung mit dem Trinkwasser zu versorgen. In weiterer Folge ...

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Da haben sie sich aber in der Zwischenzeit erkundigt.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

... darf ich auch darauf hinweisen, daß wir Gott sei Dank in der Lage sind, daß wir 6 Hochbehälter für die Wasserversorgung der einzelnen Stadtteile haben. Ich darf sie nur daran erinnern, daß wir erst kürzlich den Hochbehälter Münchenholz durch entsprechende Beschlüsse, Stadtssenat und Gemeinderat, fertiggestellt haben und der hat alleine ein Fassungsvermögen von 15.000 Kubikmeter, bei jeweils zwei Becken. Jetzt kommen wir auf das zurück, Kollege Hack, was ich ihnen gesagt habe, daß es allerdings auf Landesebene geplant ist einen sogenannten Notfallplan für die Wasserversorgung, also wie gesagt, landesweit auszuarbeiten. Aber da gibt es noch nichts und zu dem stehe ich auch. Ich danke ihnen für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster ist Kollege Hauser.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Erstens glaube ich, daß es schon richtig ist, daß dieses Gesetz aus dem Jahr 1955 wahrscheinlich nicht mehr das Neueste ist, aber da werden wir uns nicht mehr viel Kopfzerbrechen machen werden müssen, weil das wird sicherlich neu gefaßt nach dieser riesigen Katastrophe Lassing, die passiert ist und man halt einfach gesehen hat, daß es letztendlich viele neue Dinge gibt, die noch nicht in diesem Plan stehen. Auf der anderen Seite denke ich mir, daß ein Organisationsplan wie dieser, wie er hier vorliegt, letztendlich ein Gerüstteufel ist, daß man z.B. weiß, was muß man von vornherein vorsehen bzw. was sind so, ich sage es jetzt einmal militärisch, weil genauso ist er nämlich gegliedert, von S 1 bis S 5, in der NATO würde man noch sagen, da fehlt die S 6 Abteilung, daß man sich nämlich noch mit EDV vernetzt, daß man halt grundsätzlich sagt, sie ist eine Planung, wo man davon ausgehen kann, daß man auf die Eventualitäten, die man als Entscheidungsträger braucht, weil in dem Organisationsplan stehen ja nicht die Maßnahmen drinnen, die wir machen sondern, es steht drinnen, wem brauchen wir denn, daß wir dann Entscheidungen fällen können. Eines ist ja auch klar, man kann nicht auf alle Eventualitäten von vornherein reagieren. Man braucht aber die Fachleute organisiert, die das dann durchführen. Das ist letztendlich, glaube ich, auch die Sinnhaftigkeit eines Organisationsplanes. Selbst war ich auch schon oft genug bei Übungen, daß ich genau weiß, du kannst alles noch so genau planen, dann wenn es passiert, ist es ganz anders. Es gibt für alles und jedes etwas, nur grundsätzlich kann man natürlich nicht von vornherein sagen, das wird nicht passieren oder es wird das eine oder andere vorkommen. Für das, glaube ich, wäre es wichtig, daß man dazu auch gleich mitüberlegt nicht nur einen Organisationsplan zu haben sondern, auch zu versuchen, vor allen Dingen jetzt, wo man es nicht an der Realität ausprobieren muß, in Übungssituationen das auch ineinander einspielen zu lassen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster ist Kollege Fürweger.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Vizebürgermeister Pfeil hat es schon gesagt, wir dürfen uns keine Katastrophe wünschen, wir müssen uns aber darauf vorbereiten. Herr Vizeleutnant, Gemeinderat Willi Hauser, hat mir aus der Seele gesprochen indem er gesagt hat, das ist das Gerüst, das ist der Beginn, Frau Mag. Frech, eigentlich erst der Start. Natürlich braucht man zuerst das Organisationsgerüst und das ist militärisch aufgebaut, Gott sei Dank. Man hat es bei Lassing, bei diesem tragischen Unglück, gesehen, daß man diese Funktionen nicht gehabt hat. Ganz speziell bei der S 5-Funktion, das war die Öffentlichkeitsarbeit, man hat es nachgelesen in den Nachrichten, Zeitschriften usw., die war dort nicht optimal. Man hat den Einsatzleiter x-mal abgelöst etc. Das ist auch schief gegangen. Jetzt glaube ich wäre der nächste Schritt, und es ist auf der letzten Seite angeführt, sh. Organigramm, natürlich diese Funktionen hier jetzt mit Namen zu versehen. Das ist ganz wichtig. Da müssen wir sicher auch überlegen, welche Leute man nimmt. Man kann nicht einfach Leute einteilen. Dieser Einsatzleiter muß einer sein, der das auch gerne macht. Er soll

vielleicht auch nicht unbedingt aus einem Teilbereich dieser Teilorganisationen sein, weil es ist schon so, daß ein Feuerwehrmann mehr zu seinen Leuten hält als wie zur Polizei, Rettung oder zum Magistrat. Es ist gar nicht einfach, hier einen richtigen Einsatzleiter, einen engagierten etc., zu finden. Also, wichtig ist einmal dann in nächster Phase die personelle Zuteilung und, hat das auch mein Vorredner erwähnt, natürlich dann die Beübung. Die Beübung ist natürlich dann mit Geld verbunden. Wir haben jährlich, glaube ich, „Du und die Gemeinschaft“, das ist aber keine Übung im herkömmlichen Sinne, so wie wir es jetzt hier drinnen lesen, mit größeren Unfällen, die man sich vielleicht vorstellt. GR Hack hat ja einen ganz einen großen Unfall gemeint, den wünscht sich natürlich kein Mensch. Es genügt schon ein Tankwagenunfall im Wehrgrabentunnel, wo wahrscheinlich schon alle Teilbereiche beschäftigt wären. Man muß hier vielleicht auch nicht alle Jahre eine Übung machen. Es genügt vielleicht auch alle drei Jahre, aber die muß dann wirklich alle Beteiligten bei hier treffen, damit die Kommunikation einmal geübt wird, dann kommen Friktionen zustande, dann weiß man was fehlt und was nicht fehlt usw. So kann es eigentlich nur weitergehen. Das sind die normalen Abläufe. Gleich am Anfang kann man nicht mit der großen Katastrophe beginnen, das sind einmal kleinere Schritte. Ich bin aber froh, daß man das jetzt einmal beginnt. Es war leider, glaube ich, auch schon Lassing dafür der Anlaß, daß wir auch hier herinnen jetzt damit beginnen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster ist Kollege Keiler. Bitte.

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:

Sehr geehrte Stadtsenatsmitglieder, liebe Kollegen des Gemeinderates. Ich möchte hier als ehrenamtlicher Mitarbeiter des Roten Kreuzes und als ehemaliges Mitglied, in einem anderen Bundesland zwar, Kommando der Landeskatastrophenabteilung, sprechen. Es ist anscheinend unbekannt, daß auch in Steyr eine sogenannte ERU - Emergency Rescue Unit - für Wasseraufbereitung stationiert ist. Daß eine Wasseraufbereitungsanlage mit den dazugehörig ausgebildeten Personal in Steyr stationiert ist und jederzeit für ganz Europa oder für die ganze Welt zur Verfügung steht um kurzfristig, innerhalb von 24 Stunden, abfliegen zu können. Aber warum in die Ferne schweifen, wenn von Katastrophen in Steyr die Rede ist, dann könnten wir wohl dieses Wasser, wenn, wie vor kurzem erst in Polen im Einsatz, auch für Steyr anwenden. Wenn also, um von diesem Horror-szenario auszugehen, von einem Flugzeugabsturz im Brunnenschutzgebiet die Rede ist, dann können wir also vom Roten Kreuz in Steyr aus ganz leicht die Bevölkerung von Steyr, mit angenommen etwa 50.000 Einwohnern, mit frischem Trinkwasser versorgen. Dann möchte ich noch etwas zum Strahlenschutzkeller, der in der neuen Rot-Kreuz-Zentrale, in der Bezirksstelle in Steyr, in der Redtenbachergasse eingerichtet ist, sagen. Dieser Strahlenschutzraum ist natürlich vorhanden. Er ist auch mit der nötigen Infrastruktur ausgerüstet aber, meines Wissens ist er nicht dafür vorgesehen, das Magistrat im Krisenfall dort tagen zu lassen sondern, das Rote Kreuz muß ja im Krisenfall auch bestimmte Arbeiten verrichten um eine Notversorgung aufrecht zu erhalten und genau dafür ist dieser Strahlenschutzkeller eingerichtet.

Abschließend möchte ich noch davor warnen dieses Diktum Katastrophe zu oft zu verwenden. Es gibt also Definitionen vom Großunfall bis zur Katastrophe. Aber was eine wirkliche Katastrophe ist, ist etwas, was mit einer großen Mannschaft von Rettungskräften die in kurzer Zeit alarmiert werden können, nicht in einigen Stunden, in einem Tag, bewältigt werden kann. Also, wenn die Rettungskräfte mehrere Tage in Einsatz sein müßten, um das unter Kontrolle zu bringen, erst dann darf man von einer Katastrophe reden. Eine Stufe darunter wäre der Großunfall und der wäre wahrscheinlich noch recht selten bei uns in Österreich. Ich weiß nicht einmal, ob man den Unfall von Lassing als Großunfall bezeichnen kann. Ich möchte also davor warnen, das Wort Katastrophe inflationär zu behandeln. Ich danke ihnen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Kollege Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. In manchen Dingen hat Frau Kollegin Frech sehrwohl Recht. Ich denke schon, daß dieser Organisationsplan noch mehr durchdiskutiert gehört hätte und zweitens, was mich sehr bedenklich stimmt, ist die Frage, ob die Abstimmung der Organisationspläne mit den anderen Einrichtungen wirklich durchgeführt worden ist. Wenn da im Amtsbericht steht, der neue Organisationsplan soll gewährleisten, daß einerseits nicht in die Einsatzpläne anderer Organisationen eingegriffen wird, jedoch diese Organisationseinheiten durch die Abstimmung der Organisationspläne an der Entscheidungsfindung im bestmöglichen Ausmaß eingebunden werden müssen. Wenn das nicht stattgefunden hat, dann hat der Organisationsplan keinen Sinn, dann verwirrt er mehr und bringt mehr Unruhe, als er wirklich helfen soll. Also, ich denke, diese Zusammenarbeit mit all diesen anderen Einrichtungen müßte, wenn es noch nicht geschehen ist, unbedingt noch hineinkommen. Dann erst kann ich mir vorstellen, daß dieser Plan sinnvoll ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Kollegin Großalber.

GEMEINDERÄTIN GROSSALBER ROSWITHA:

Nur ganz kurz. Es besteht ein alter Plan, weil Kindergärten auch oben stehen, von den neuen Modellen haben wir noch nichts bekommen, wie es jetzt funktioniert. Aber wir haben von früher her eine Anrufplan, wie wir zu handhaben haben und was wir zu machen haben. Das hat es immer schon gegeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Noch eine Wortmeldung? Frau Kollegin Frech zum 2.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Nachdem du, Stephan, eigentlich jetzt bestätigt hast, daß es keinen Schutzraum gibt, wo man den Katastropheneinsatzstab der Stadt unterbringen kann, weil wie gesagt im Festsaal wird es wohl keinen Sinn machen, auch nicht auf der Promenade 9, und selbst wenn, wie gesagt dieser Rot-Kreuz-Raum funktioniert, dann ist er für das Rote Kreuz vorgesehen. D.h., für mich ist jetzt eigentlich die Sache, wir können uns nur wünschen, daß niemals der Anruf kommt, da zieht auf Steyr jetzt die Wolke los, weil was tun wir dann wirklich. D.h., ich glaube schon, daß wir uns überlegen sollten, einmal für die Zukunft so denken, machen wir irgendwo einen Strahlenschutzraum oder welche Möglichkeiten haben wir dort, irgendwo einen zu nützen, weil ich glaube nicht, daß man einfach den Kopf in den Sand stecken kann und darauf hoffen, es wird schon nichts passieren. Ich habe jetzt mit sehr vielen Beamten, mit sehr vielen von den einzelnen Organisationen gesprochen und wie gesagt, Herr Lengauer, auf ihre Frage hinauf, mir ist vom Geschäftsbereich, Bezirksverwaltungsangelegenheiten versichert worden, daß man nur mit der Feuerwehr Kontakt hatte und nicht mit den anderen Organisationseinheiten. Ich kann das jetzt nicht überprüfen. Das war die Aussage des Geschäftsbereiches für Bezirksverwaltungsangelegenheiten. Ich glaube aber schon, daß wir nicht den Kopf in den Sand stecken sollten sondern wirklich überlegen wie, mir ist schon klar, daß man sich nicht auf jeden Fall detailliert vorbereiten kann, aber ein bißchen mehr als dieser Plan sollte es schon sein. Die eine Frage konnten sie mir nicht beantworten: „Warum macht die Stadt Wels, die im Prinzip einen Organisationsplan hat, der wortwörtlich so aussieht wie der in Steyr, außer ein bißchen ergänzt um ein paar mögliche Katastrophen, warum überarbeiten die den, den wir jetzt beschließen?“ Das verstehe ich nicht ganz. Da haben entweder wir nicht Recht oder die Welser. Bevor ich das nicht weiß, möchte ich diesem Plan nicht meine Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Kollege Oppl.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Eigentlich wollte ich mich ja nicht mehr zu dieser Kausa zu Wort melden, weil ja ziemlich alles schon gesagt wurde,

aber die Wortmeldung von der Kollegin Frech hat mich doch noch einmal dazu veranlaßt mich hier heraus zu begeben. Frau Kollegin Frech, wenn sie glauben, daß, wenn es zu einem Strahlenunfall kommt, es beschränkt ist auf Steyr, dann denke ich mir, ist das eine Annahme, die nicht ganz realistisch ist. Da ist zumindest ganz Oberösterreich betroffen, wenn ich z.B. an Temelin denke. Gerade sie, wo sie sich doch immer so gut informieren, müßten ja eigentlich wissen, daß es ja gerade vor kurzem eine große Übung in so einem Anlaßfall gegeben hat, aber das kann man natürlich nicht auf eine Stadt oder einen Ort beschränken, weil das ist oberösterreichweit in diesem Fall zu tätigen bzw. österreichweit und da gibt es sehrwohl ganz konkrete Einsatz- und ganz konkrete Schutzpläne. Da wird es uns sicherlich nichts nützen, wenn wir da in Steyr irgendwo einen Schutzraum haben, wo sich vielleicht 4, 5 Personen hineinsetzen können. Ich denke in diesem Zusammenhang nur an die Bestrebungen, die ganzen Regierungsbunker, wie sie so schön heißen in Deutschland, wird ganz stark überlegt, ob man die nicht aufläßt, weil eben die atomare Gefahr, was das militärische betrifft, nicht mehr so groß ist und bei Atomkraftwerksunfällen wird ihnen auch in diesem Fall ein Schutzraum nichts bringen. Ich bin auch der Auffassung, daß es nicht sinnvoll ist, wenn man in so ein Organisationspapier alles mögliche hineinschreibt. Wenn es wirklich zu so einer Situation kommt werden wir nicht die Möglichkeit haben, daß wir groß nachlesen müssen was geschehen muß sondern da müssen wir handeln. Wenn sie glauben, daß es keine Organisationspläne gibt, dann bin ich überzeugt und ich weiß das ganz sicher, daß es sowohl für Großbrände oder Großkatastrophen bei der Feuerwehr ganz konkrete Einsatzpläne gibt, die permanent geübt werden, wöchentlich 3 bis 4 Mal machen die Feuerwehrleute ihre Übungen, daß es sehrwohl beim Roten Kreuz und nicht nur auf die Stadt Steyr beschränkt sondern für den ganzen Bezirk, ganz konkrete Einsatzpläne für solche Katastrophen gibt, wenn sogar ein Flugzeug abstürzt. Ich weiß auch aus eigener Erfahrung, daß es jährlich mindestens eine Großübung gibt, immer für den ganzen Bezirk, wo auch das Rote Kreuz der Stadt Steyr immer aktiv mitmacht, wo genau solche Übungen und solche Unfallannahmen durchgespielt werden und wo das auch in Zusammenarbeit mit der Polizei, mit der Gendarmerie und mit der Feuerwehr wirklich hervorragend klappt. Diese Institutionen sind in diese Übungen immer miteinbezogen. Ich denke mir, das ist das Wichtigste und das werden sie uns zugestehen, daß der Einsatzleiter dann weiß, wenn so etwas ist, daß dann die Polizei, die Feuerwehr bzw. die Rettung zuständig ist. Das ist gefragt, daß so etwas gemacht wird. Ich halte nicht viel davon, wenn man solche Papiere mit aller Gewalt endlos aufbläht sondern, wenn es soweit ist, dann müssen wir handeln und dann wissen wir eh was zu tun ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Herr Stadtrat Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Sehr geehrte Damen und Herren. Lieber Kollege Oppl, ich kann ihnen nicht ganz folgen, weil was der Kollege Engelbert Lengauer gemeint hat, ist ganz etwas anderes. Ist dieser Organisationsplan, der ja für unseren ganzen Stadtbereich eigentlich Gültigkeit haben sollte, mit den anderen Organisatoren abgesprochen und koordiniert worden? Ja oder nein? Wer ist der Katastrophenleiter? Was nützt es, wenn die Rettung und die Feuerwehr weiß, was zu tun ist, aber wenn es der Katastropheneinsatzleiter nicht weiß, was die einzelnen Organisationen zu tun haben. Diese Frage ist zu klären und da gebe ich der Frau Kollegin Frech schon Recht, es hätte diese Information für uns auch im Vorfeld eigentlich schon stattfinden sollen. Diese Diskussion jetzt hier im Gemeinderat abzuführen ist, meines Erachtens, bei 36 Leuten ein etwas zu langer Zeitaufwand, das müßte man schon vorher in dementsprechenden Gremien machen. Darum auch wirklich ein bißchen Kritik an den Referenten. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Kollege Hauser zum 2.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Manchmal habe ich irgendwie das Gefühl, daß wir unseren Leuten nichts mehr zutrauen. Wir haben eine voll funktionierende Feuerwehr. Wir haben von der Polizei begonnen bis über Rettung und sonstige Dinge, die alle ihre

Einsatzpläne, ihre Einsätze, alle möglichen Dinge können. Wir wissen wo wir das Bundesheer einsetzen können, wir wissen wo wir Geräte herbekommen, wenn wir sie brauchen, wir wissen, wo sonstige Dinge alle herkommen, sei es vom Hubschrauber bis hin zum Bergepanzer. Alles geht da, wenn man das Zeug braucht. Das was ich glaube was entscheidend ist, ist die ganzen Dinge zusammenzuführen. D.h., man braucht dann einen Einsatzleiter, der letztendlich von diesen Dingen Bescheid weiß. Das werden wir, glaube ich, nicht auf dem Papier zusammenbringen. Da wird man sich hinsetzen müssen, eine Übung ausarbeiten, einmal sagen, wie es geht und dort werden halt einmal die Fehler passieren und die Fehler wird man dann ausmerzen. Das kann man aber bitte sehr nicht in einem Organisationsplan festschreiben sondern das ist die Folge, die dann passieren muß. Es muß halt versucht werden Leute zu finden, die sich in diesen Bereichen auskennen. Wenn ich mir vorstelle, daß es auf landesweiter Ebene solche Dinge gibt, dann ist es vielleicht notwendig, daß man sich überlegt welches Anforderungsprofil muß denn dieser Katastrophenleiter haben. Aber selbst das bitte sehr steht nicht im Katastrophenplan. Auf das möchte ich noch gerne eingegangen sein. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Keine Wortmeldung mehr. Das Schlußwort hat der Referent.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Wenn der Tagesordnungspunkt nicht so eine ernste Geschichte wäre, könnte man wirklich darüber schmunzeln. Offensichtlich wurden die Amtsberichte und Anträge gar nicht gelesen und dann wagt man darüber zu diskutieren. Ich lese es jetzt zur Aufklärung vor, weil man muß es ja wirklich auf der Zunge zergehen lassen und dann stellt man sich her, als wenn das jetzt eine riesengroße Überraschung wäre, daß das Landesgesetzblatt aus dem Jahr 1955 stammt. Das steht ja im Amtsbericht drinnen. Ich wiederhole es noch einmal und es steht auch hier im Amtsbericht. 1993 wurde grundlegend ein neuer Katastrophenplan für Steyr ausgearbeitet. Da waren alle dabei. Da waren die Politiker dabei und da waren alle betroffenen Organisationen selbstverständlich eingebunden. Heute besprechen wir nur die notwendigen Adaptierungen des Jahres 1998. Ich bin auch der Meinung, daß man im Katastrophenhilfsplan, insbesondere aufgrund von neuen Erkenntnissen, die man auch aus Lassing und anderen Katastrophen gewinnt, das einarbeiten muß, aber das lebt. Ich lese es jetzt wörtlich vor, wirklich zum mitschreiben, weil vielleicht haben sie den Amtsbericht verloren.

„Der nunmehr neu erstellte Organisationsplan soll zum einen die immer wieder geforderte Anpassung an die Pläne anderer Organisationseinheiten gewährleisten und zum anderen die magistratsinternen Gegebenheiten berücksichtigen.“

Das ist nur ein Satz daraus, aber der sagt alles. Natürlich bleibt die Feuerwehr nicht stehen, die haben andere Autos, andere Strukturen, das Bundesheer hat auch Umänderungen. Alle diese Organisationen, diese Änderungen innerhalb dieser Organisationen, sind im Detail hier festgelegt. Wenn man sich die Mühe macht dem nachzugehen, wird man sehen, daß das eine gute, richtige, wichtige und ernste Geschichte ist. Wenn das in Wels gleichlautend ist, dann kann ich mir nur vorstellen, daß das weitestgehend von Wels übernommen worden ist, weil ich war selbst dabei und Hr. Dr. Viol und die Bezirksverwaltung haben sich damals größte Mühe gegeben. Es war ja nicht ein Papier von heute auf morgen sondern da haben sie zwei Jahre daran gearbeitet. Das ist 1993 vollkommen neu hier für Steyr gestaltet worden.

Ich bitte nun um Kenntnisnahme bzw. um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Eines möchte ich noch dazu sagen. Es waren ja in letzter Zeit schon öfter Anlässe, wo das Zusammenspiel dieser Hilfs- und Rettungsorganisationen gefragt war. Und zwar nicht nur was den Übungsfall anbelangt, auch das findet ja in den entsprechend vorgesehenen Intervallen statt, sondern im Ernstfall. Großbrände bei Braunsberger, bei Weidinger, bei den Hochwasserproblemen die wir haben, ich möchte es nicht Katastrophen nennen. Katastrophe wird es eher im Fernsehen und in den

Aussendungen genannt. Ich möchte darauf hinweisen, daß es ganz konkrete Feststellungen gibt, wie aus der Ferne in Wirklichkeit die Situation in Steyr, aufgrund der Presse bzw. Fernsehberichterstattung, viel ärger beurteilt wurde. Gott sei Dank ist es so. In Steyr sind die Leute „Wasser schauen“ gegangen. Im Ausland hat man sich zum Teil erkundigt, wie es uns wirklich geht. Also, ich muß sagen, eines ist aber übereinstimmend von Fachleuten und Beobachtern festgestellt worden. Steyr ist in der glücklichen Situation, daß sich die Einsatzleiter der unterschiedlichen Rettungs- und Hilfsorganisationen blind verstehen. So war die Beurteilung. Also, sie sind menschlich und organisatorisch und im Hinblick auf ihre Qualifikationen hervorragend aufeinander abgestimmt und sie entwickeln dadurch eine enorme Schlagkraft. Darüber können wir uns freuen und stolz sein. Ich glaube, daß wir uns nur wünschen können, daß das auch in Zukunft so sein möge. Im übrigen glaube ich auch, daß von Zeit zu Zeit organisatorische Anpassungen notwendig sind. Ich bin aber schon dagegen, daß wir diese Anpassung, die ja erst vor nicht allzu langer Zeit bei uns in Steyr ohnehin stattgefunden hat, zum Anlaß nehmen, um gleich im Gemeinderat sozusagen den „Atomkrieg“ zu proben. Da sind wir wahrscheinlich wirklich überfordert. Es ist sehr ernst zu nehmen, aber ich glaube, daß wir hier gut gerüstet sind und, daß wir natürlich am Ball bleiben müssen, was die Zukunft anbelangt.

Ich möchte nunmehr bitten, daß wir die Abstimmung im Sinne des Antrages vornehmen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? (7 - ÖVP + LIF). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Ich danke dem Kollegen Dr. Pfeil. Ich bitte als nächsten Berichterstatter den Kollegen Vizebürgermeister Tatzreiter ans Pult.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wertes Präsidium. Im ersten Antrag geht es um die Generalsanierung des Turnsaales in der Schule Punzerstraße 73-75. Die 1. Etappe ist ein Einbau des flächenelastischen Sportbodens. Ich bitte daher, im Zusammenhang dessen, weil er nicht mehr sanierungsfähig ist bzw. nicht mehr ausgebessert werden kann (nach mehr als 50 Jahren) um ihre Zustimmung.

15) GHJ2-38/98 Generalsanierung des Turnsaales in der Schule Punzerstraße 73-75; 1. Etappe; Einbau eines flächenelastischen Sportbodens.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 15. Juni 1998 wird den Auftragsvergaben an die

Fa. Schweiger, Wartberg - Einbau des Sportbodens
Fa. Huber, Steyr - Malerarbeiten
Fa. Staudinger, Steyr - Tischlerarbeiten
Fa. Lamplmayr, Steyr - Elektrikerarbeiten

sowie der Kreditübertragung in der Höhe von S 886.000,-- i.U. (achthundertsechsdachtzigtausend) von der VA-Stelle 5/262100/050000 auf die VA-Stelle 5/212000/010000 sowie der Mittelfreigabe im selben Ausmaß zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 303.000,-- i.USt. notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Stadtrat Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeisterin, werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich bin überzeugt davon oder fast überzeugt davon, daß der Herr Bürgermeister als Vorsitzender dieses Gremiums nach Beendigung meiner Wortmeldung sagen wird, der Eichhübl hat einen Trick angewandt um über etwas anderes reden zu können. Aber allen ernstes möchte ich einen Bezug herstellen vom Einbau eines flächenelastischen Sportbodens in der Punzerschule, den ich gut heiße, auf einen anderen Boden. Ich werde ihnen auch sagen warum. Es handelt sich um eine Kreditübertragung und wenn man, obwohl die Voranschlagsstelle nicht näher bezeichnet ist, nachschaut, in diesem dicken bekannten Buch, das sich Voranschlag nennt, dann kommt man darauf, daß diese Mittel, in der

Größenordnung die vom Herrn Referenten bereits bekanntgegeben wurden, von der nicht ausgeschöpften Voranschlagsstelle für die Belagsaufbringung der Kunsteisbahn kommen. Jetzt habe ich diesen Bezug hergestellt und möchte kurz darüber sprechen, nämlich deshalb, weil sie ja wissen, daß ursprünglich geplant war, dort im Bereich der Kunsteisbahn einen Quarzsandbelag aufzubringen um die Möglichkeit zu schaffen die Absorbermatten dort zu integrieren. Sie können sich sicher noch daran erinnern, daß es Diskussionen gegeben hat. Auch Kritik von unserer Seite, im Besonderen von mir, weil zwar dieser Asphaltbelag, der aufgebracht wurde, billiger ist, aber die Umstände, die damit verbunden sind, nämlich die Umrüstung von Sommer- auf Winterbetrieb sehr aufwendig ist, weil die Absorbermatten und die Banden demontiert werden müssen und weil eine Reihe von anderen Vorbereitungsmaßnahmen eben notwendig sind, die nicht nur arbeitsintensiv sondern auch sehr kostenintensiv sind. Warum sage ich das? Weil die Vorbereitungsarbeiten für diese Umrüstung bereits im Gange sind. Man möchte aber gerne ab 10.10. dieses Gelände den Sporttreibenden und den Benützern aus der Bevölkerung wieder zur Verfügung stellen. Abschließend darf ich noch einmal darauf hinweisen, das war auch der Sinn meiner Wortmeldung, daß man doch Überlegungen treffen sollte, diesen Belag zu erneuern, die neuesten Erkenntnisse natürlich miteinbeziehen sollte, um sich diese aufwendigen Arbeiten, im Bezug auf die Aufbringung eines entsprechenden Quarzsandbelages ersparen zu können.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Roman, dir ist jedes Mittel recht.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Du sprichst so von Boden zu Boden, wie man von Haus zu Haus spricht. Aber ich werde mir ersparen, noch einmal zu erklären, warum der Eisschützenverband dagegen war und alle einschlägigen Fachabteilung der Landesregierung und, daß das woanders auch noch nicht funktioniert, daß die mit der Entwicklung noch nicht soweit sind usw. Wir können gerne einmal darüber reden, aber heute soll mich das nicht noch zusätzlich belasten.

Es soll die Finanzierung des neuen Turnsaales in der Punzerschule beschlossen werden. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um den Verkauf städtischer Grundstücke der KG St. Ulrich an die Gemeinde St. Ulrich und ich bitte, den doch relativ langen Amtsbericht sowie den Kaufvertrag mir zu ersparen. Auf ein paar wesentliche Dinge möchte ich aber hinweisen. Es geht um 25.623 m², die der Grundstücke 126/1, 127, 134 135, 160 und 162/4 entstammen. Dann geht es um weitere Grundstücksteile 157, 158, 159 von 6.131 m² und der Gesamtbetrag würde 2.762.300,-- ausmachen.

Im nächsten Antrag geht es um die Ernennung eines Pflichtbereichskommandanten und seiner Stellvertreter in unserem Gebiet der Stadt Steyr. Es ist seit 1.1.1997 das OÖ Feuerwehrgesetz natürlich dazu veranlaßt, hier, gleichzeitig mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes, die Bestimmungen zu vollziehen. Ich bitte daher aufgrund der Größenordnung und der Freiwilligkeit vor allem aber auch der Ausbildung und der übereinstimmenden Zustimmungen der Betriebsfeuerwehr, Herrn Bezirksfeuerwehrkommandant Rudolf Schrottenholzer so auch seine Stellvertreter als Abschnittsfeuerwehrkommandanten, Josef Hackl und Ewald Zimmermann, für diesen praktischen Einsatz bzw. Führungserfahrung, die sie da in diesem Zusammenhang natürlich schon haben, auch dazu zu ernennen. Ich bitte den Gemeinderat dafür die Zustimmung zu geben.

17) FW-13/98 Ernennung des Pflichtbereichskommandanten und seiner Stellvertreter für das Gebiet der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Verkehrsrecht und öffentliche Sicherheit vom 20. Juli 1998 wird der Feuerwehrkommandant der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr, Herr Rudolf Schrottenholzer, 4407 Steyr, Arnhalmweg 19, zum Pflichtbereichskommandanten, Herr Josef Hackl, 4400 Steyr, Wagnerstraße 3, zum 1. Pflichtbereichskommandanten-Stellvertreter und Herr Ewald Zimmermann, 4400 Steyr, Rooseveltstraße 25, zum 2. Pflichtbereichskommandanten-Stellvertreter für das Gebiet der Stadt Steyr bestellt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Auch dieser Antrag steht zur Debatte und wenn nicht debattiert wird zur Abstimmung. Wer dafür ist möchte bitte ein Zeichen geben. Danke sehr. Das ist auch einstimmig.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um den Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges A 3000 für die Freiwillige Feuerwehr des Löschzuges III in Gleink. Ich bitte dem Amtsbericht zu entnehmen die hierfür vorgesehenen Mittel bereitzustellen bzw. auch im Zusammenhang dessen, die Subventionen, die wir ja immer wieder vom Land bekommen, mitzuberechnen bzw. den Gesamtpreis von S 3.757.797,20 inkl. USt. und natürlich die 1. Rate mit S 1.900.000,-- zu genehmigen. Der Antrag lautet:

18) FW-10/98 Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges A 3000 Norm für die Freiwillige Feuerwehr Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Liegenschaftsverwaltung vom 10.08.1998 wird dem Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges A 3000 Norm für die Freiw. Feuerwehr Steyr, Löschzug III Steyr-Gleink, zum Preis von S 3.757.797,20 inkl. USt. zugestimmt.

1. Fahrgestell - Steyr M 2000 14 S 26 / 36 / 4 x 4, Baumuster L 80: Fa. Rosenbauer, Leonding S 1.254.400,00 inkl. USt.
2. Aufbau und Ausrüstung: Fa. Rosenbauer, Leonding S 2.503.397,20 inkl. USt.

Zum genannten Zweck werden für das Rechnungsjahr 1998 Mittel im Ausmaß von S 1.900.000,-- (einmillionneunhunderttausend) bei der VA-Stelle 5/163000/040000 freigegeben.

Der Restbetrag von S 1.857.797,20 ist im Budgetjahr 1999 zu berücksichtigen.

Zur Finanzierung dieser Ausgabe ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 1.900.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden

Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt werden.

Ich bitte diesen Antrag zu diskutieren bzw. zu beschließen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Auch dieser Feuerwehrantrag steht zur Debatte. Wer wünscht dazu das Wort? Keine Wortmeldung. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen. Dieses ist einstimmig geschehen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Im vorletzten Antrag geht es um eine Sofortmaßnahme der Kaminkopfsanierung in der VS Gleink. Es sind dort leider einige Schäden in letzter Zeit entstanden. Es ist auf jeden Fall der Gefahr entsprechend, die unter Umständen bei herabfallenden Trümmern usw. dort auftreten könnte, sofort zu beheben.

19) GHJ2-60/98 Sofortmaßnahme; Kaminkopfsanierung VS Gleink.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 2.9.1998 wird den Auftragsvergaben an die

Fa. Nograsek, Steyr S 152.289,46 i.U.

Fa. Wittner, Steyr S 80.000,-- i.U.

sowie der Kreditübertragung in der Höhe von S 232.000,-- i.U. zweihundertzweiunddreißigtausend von den VA-Stellen S 100.000,-- i.U. 1/263100/614000, S 100.000,-- i.U. 1/323000/614000 sowie S 32.000,-- i.U. 1/212000/614000 auf die VA-Stelle 1/211000/614000 sowie der Mittelfreigabe im selben Ausmaß zugestimmt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wer für die Kaminkopfsanierung ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Der Kaminkopf wird saniert. Nr. 20) bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Im letzten Antrag geht es um die Pflasterung und ich bin persönlich schon einmal froh und ich glaube auch, die hier im Magistrat Beschäftigten und die hier ein und aus gehen, daß wieder einmal Ruhe im Hof einkehrt. Es ist schon eine lange Bautätigkeit in Bewegung. Es war aber notwendig. Im Zusammenhang der Denkmalpflege bzw. der Verpflichtung die wir hier sozusagen auferlegt bekommen haben, haben wir natürlich diese Malerarbeiten bzw. Sanierungsarbeiten im Innenhof des Rathauses jetzt in der Fertigstellung. Ich bitte hier auch noch die Pflasterung zu genehmigen.

20) BauStr-13/98 Pflasterung Rathaus Hof.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 2.9.1998 wird den Auftragsvergaben an die

Fa. Zwettler, Steyr, S 443.471,40 i.U.

Fa. Mitterhuemer, Steyr S 70.000,-- i.U.

sowie der Kreditübertragung in der Höhe von S 513.000,-- i.U. (fünfhundertdreizehntausend) von der VA-Stelle 5/812000/010000 auf die VA-Stelle 5/029000/010000 sowie der Mittelfreigabe im selben Ausmaß zugestimmt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug diese Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte auch hier um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Das Wort wird von der Frau Kollegin Frech gewünscht. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Selbstverständlich bin auch ich sehr froh, daß die Fassade hergerichtet und der Hof neu gepflastert wird. Es erspart mir aber nicht die Kritik, daß man das schon zu einem äußerst ungünstigen Zeitpunkt vorgenommen hat, nämlich während der Dauer der Landesausstellung. Da muß ich sagen, da bedaure ich es schon, weil auf der einen Seite haben wir drei tolle Ausstellungsorte, wir haben die Tourismusinformation, die im Rathaus untergebracht ist, zur zentralen Anlaufstelle für die Touristen erklärt und die kommen dann während der Landesausstellung und erleben da die Baustelle und die Container draußen. Es ist natürlich das Schreien über verschüttete Milch, aber vielleicht kann man bei zukünftigen Planungen auch so etwas berücksichtigen, daß man das nicht zu einem sehr äußerst ungünstigen Zeitpunkt vornimmt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wünscht noch jemand das Wort? Kollege Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte nur zu bedenken geben was die andere Alternative dazu gewesen wäre, daß nämlich die Touristen, die zu uns kommen, den Hof so sehen, wie er ausgesehen hat und sehen, daß scheinbar nicht einmal im Rathaus etwas weitergeht.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wissen sie, Frau Kollegin, wir wissen es eh schon lange, daß der Hof hergerichtet gehört, aber wir haben es uns jetzt erst leisten können. Das ist nämlich das Problem. Wir haben es erst machen können, nachdem die neuen EDV-Leitungen verlegt wurden. Nachdem das außer Putz geschehen ist und wir aber überall sagen, wir möchten sorgfältige Restaurierungen haben, können wir natürlich auf Dauer solche Zustände, die an Istanbul gemahnt haben, wo die Leitungen überall gespannt haben, nicht mehr lange schieben können. Es war z.B. der Generaldirektor Ruprecht des MAN Konzernes bei mir um sich in das goldene Buch der Stadt Steyr einzutragen und ich habe ihm ganz stolz erzählt, was wir alles auf diesem Sektor machen. Ich wollte ihm auch den Gemeinderatssitzungssaal und den Festsaal zeigen, aber er ist plötzlich am Gang stehen geblieben und hat zum Fenster hinausgesehen und auf die Kabel gedeutet und gesagt: „Herr Bürgermeister, alles recht schön was sie sagen, aber das was sie da im Rathaus vorführen, das ist nicht im Einklang mit dem, was sie im Hinblick auf Sanierung in der Stadt von sich geben!“ Das sind schon Dinge, wo uns aufmerksame Beobachter im Auge haben. Jetzt sind die EDV-Ausstattungen abgeschlossen und ich hoffe für einige Zeit. Jedenfalls sind alle Rohrleitungen usw. vorgesehen, daß das einige Zeit funktionieren wird. Diese Geschichte war wirklich überfällig, wobei die Pflasterung ursprünglich nicht vorgesehen war, aber es sinnvoll erscheint, das jetzt auch noch zu machen. Ich glaube, es wird uns alle freuen, wenn wir zeitgemäß, wie ich hoffe, gesagt wird Ende September anfangs Oktober, fertig sein werden. So hoffe ich, daß wir dann dort ein „Fasserl“ anschlagen und uns erfreuen, daß wir auch in unserem eigenen Haus im Sinne von Denkmalschutz und Erhaltung wertvoller Bausubstanz wieder eine vorbildliche Leistung gestaltet haben.

In diesem Sinne möchte ich bitten positiv abzustimmen. Danke sehr. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Kollege Tatzreiter muß noch zu einer Veranstaltung gehen und wir entschuldigen ihn.

Nächster Berichterstatter ist Stadtrat Bremm. Ich bitte ihn ans Pult.

Vizebürgermeister Leopold Tatzreiter verläßt um 18.43 Uhr die Sitzung.

BE: STADTRAT GERHARD BREMM:

In meinem ersten Antrag, meine sehr verehrten Damen und Herren, geht es um eine Subvention für den laufenden Sportbetrieb für den ATSV Steyr. Es sind hier 130.000,-- Schilling vorgesehen. Ich ersuche um Zustimmung.

21) Fin-126/98 ATSV „Vorwärts“ Steyr; Ansuchen um Gewährung der Jahressubvention 1998

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Schule und Sport vom 8. Juni 1998 wird dem ATSV „Vorwärts“ Steyr zur Aufrechterhaltung des lfd. Sportbetriebes eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention im Ausmaß von S 130.000,-- gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 130.000,-- (i.W. einhundertdreißigtausend) werden bei der VASt. 1/269000/757000 freigegeben.

Die Auszahlung des oa. Betrages erfolgt erst nach Einreichung der Förderungserklärung bzw. des Verwendungsnachweises samt Originalrechnungen und Einzahlungsbelegen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren, ich habe inzwischen den Vorsitz übernommen. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Im zweiten Antrag ist es um die Errichtung einer Multispielanlage, eines Fun Courts, wie wir in ja mittlerweile in Steyr kennen, im Wehrgraben gegangen. Ich ersuche hier den Betrag von 580.000,-- Schilling zu beschließen.

22) GHJ 2-41/98 Errichtung einer Multispielanlage (Fun Court) auf dem öffentlichen Spielplatz Wehrgraben, GP 446/1, KG Steyr

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 10. Juni 1998 wird der Auftragsvergabe an

1. den GB VII, Kommunale Dienstleistungen zum Preis von S 83.000,-- incl. USt.,
2. die Fa. Sportbau EYBL, Wels zum Preis von S 483.094,92 incl. USt. und
3. die Fa. Höller Gitter, Kirchdorf zum Preis von S 13.000,-- incl. USt.,

der Kreditübertragung in der Höhe von S 580.000,-- i. U. (fünfhundertachtzigtausend) von der VA-Stelle 5/262100/050100 auf die VA-Stelle 5/815000/050080 sowie der Mittelfreigabe im selben Ausmaß zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir beschließen ja hier einen Antrag, wo das Ganze ja ohnedies schon längst fertig ist. Ich selbst war auch bei der Eröffnung dabei. Ich finde diese Multispielanlage auch sehr gut und richtig. Ich möchte aber schon einmal aufzeigen und ich nutze das als die Gelegenheit. Wir haben heute ein Reihe von Anträgen, von Projekten im Gemeinderat beschlossen, die längst realisiert sind. Über Dringlichkeit ist bereits vor dieser GR-Sitzung, der Aktenverkauf von Steyr, über die Bühne gegangen, die Pflasterung vom Rathaushof, die Turnsaalsanierung, das Fernstudienzentrum, die Kaminkopfsanierung und jetzt halt auch diese Multispielanlage. Ich glaube schon, manche Dinge, da habe ich durchaus Verständnis, daß sie aufgrund von Dringlichkeit geschehen. Bei manchen Projekten habe ich aber manchmal schon den Eindruck, daß man es einfach nicht der Mühe wert findet, sie zeitgerecht in die richtigen Gremien zu bringen, weil ich glaube z.B. daß es mitunter durchaus möglich wäre das zu tun. Ich finde es eigentlich ein bißchen komisch, wenn wir heute, Mitte September, diese Multispielanlage beschließen, die ja bereits seit Monaten in Betrieb ist. Da glaube ich, daß es aus demokratiepolitischen Gründen vielleicht ganz gut wäre, wenn man das zeitgerecht machen würde. Die Zustimmung haben sie ja ohnedies bei diesem sinnvollen Projekt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zu Wort gemeldet hat sich der Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zur Multispielanlage möchte ich sagen, Frau Kollegin Frech, daß sie natürlich im Budget für das Jahr 1998 drinnen war. Hätten wir auf unseren Beschluß gewartet, dann wäre die schöne Ferienzeit vorbeigegangen und die Kinder hätten diese Anlage in den Ferien nicht zur Verfügung gehabt, aber sie hätten ihren Willen gehabt. Wir haben uns für die andere Version entschieden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht zu diesem Antrag noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlußwort Herr Referent?

STADTRAT GERHARD BREMM:

Der Bürgermeister hat es im Prinzip schon gesagt. Mit ein Grund ist es natürlich schon, es ist keine bewußte Hinausschiebung, daß wir das den Gremien vorenthalten, sondern es muß auch immer gut überlegt sein, wo diese Plätze und diese Einrichtungen installiert werden, indem wir im heurigen Budget einen Fun Court drinnen hatten und natürlich die Wünsche für mehrere noch da sind, muß man sich das schon gut überlegen. Es war hier sicherlich keine Absicht. Das andere hat der Bürgermeister schon zum Ausdruck gebracht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

So, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltung? Ist jemand dagegen? Einstimmige Annahme. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Eine, vor einiger Zeit problematische Sache hat sich wieder zum Positiven gewendet. Der Ausgleich der AGR ist über die Bühne gegangen. Wir sind heute wieder in der Lage, im Gemeinderat eine Vereinbarung mit der AGR und der Firma Bittner zu treffen, damit auch in Zukunft, zumindest in den nächsten Jahren, die Altglassammlung in dieser Qualität auch gesichert ist. Ich ersuche den Gemeinderat um Zustimmung.

23) Gem-33/97 Abschluß einer Vereinbarung mit der AGR Austria Glas Recycling GmbH und der Fa. Peter Bittner über die Altglassammlung im Gebiet der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 1. Juli 1998 wird dem Abschluß der in der Anlage beigeschlossenen Vereinbarung mit der AGR Austria Glas Recycling GmbH, 1020 Wien, Obere Donaustraße 71, und der Firma Peter Bittner, Steyr, Schaumbergerstraße 2, zur weiteren Altglassammlung im Gebiet der Stadt Steyr zugestimmt.

Gemäß § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr 1992 wird der Magistrat Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT GERHARD BREMM:

In meinem letzten Antrag geht es um die Mülldeponie unserer Stadt. Es geht darum, daß die Projektierungsweiterführung der Deponieentgasung samt Deponieabdichtung durchgeführt wird. Ich ersuche hier für das heurige Rechnungsjahr 127.500,-- Schilling freizugeben und zu beschließen.

24) ÖAGMüll-4766/88 Mülldeponie Steyr; Projektierungsweiterführung der Deponieentgasung samt Deponieabdichtung bis zur Deponiegasnachsorge.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des RHV Steyr und Umgebung im Auftrag der Stadt Steyr vom 10.07.1998 wird der Auftragsvergabe an das Zivilingenieurbüro Dipl.-Ing. Hitzfelder & DI Pillichshammer, Vöcklabruck, in Höhe von S 777.750,-- exkl. Ust grundsätzlich zugestimmt.

Für das Rechnungsjahr 1998 werden Mittel in Höhe von S 127.500,-- exkl. Ust bei der VSt 5/852100/050000 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Ich danke dem Kollegen Bremm für seine Berichterstattung.

Wenn sie einverstanden sind, machen wir jetzt eine Rauchpause von 10 Minuten und lüften einmal gründlich durch, weil die Luft hier herinnen ist nicht mehr so gut.

PAUSE von 18.50 bis 19.10 Uhr

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, wir setzen die Sitzung fort. Nächster Berichterstatter ist Stadtrat Eichhübl. Bitte sehr.

BE: STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Im Hallenbad, wie sie alle bemerkt haben, wird fleißig gearbeitet, und zwar im Zusammenhang mit der Sanierung Hallenbad, 2. Bauetappe, 1. Teil. Vom Fortschritt der Arbeiten darf ich ihnen berichten, daß geplant ist, daß man bis Ende Oktober, vielleicht sogar ein bißchen früher, die Arbeiten abschließen können wird, sodaß zumindest gewährleistet wird, daß mit Anfang November der Betrieb wieder aufgenommen wird. Es geht darum, meine sehr geehrten Damen und Herren, das wollte ich ihnen nochmals in Erinnerung rufen, daß also für diese Sanierung Hallenbad, 2. Bauetappe, ein Gesamtbudgetvolumen von 14 Millionen Schilling zur Verfügung steht, daß Maßnahmen im Bereich des Obergeschosses, betreffend die Garderoben, Umkleidebereich getroffen werden und im Erdgeschoß im Wesentlichen Massageräume bzw. auch ein Aufenthalts-, ein Technik- und ein Sanitätsraum, und im Kassenbereich werden Veränderungen in positiver Hinsicht durchgeführt. Es wird auch ein Behindertenlift eingebaut. Heute geht es darum, daß die Tischlerarbeiten vergeben werden und ich darf ihnen daher den Antrag zur Kenntnis bringen.

25) Bau5-3862/88 Sanierung Hallenbad, 2. Bauetappe, 1. Teil; Vergabe der Arbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Hochbau vom 19.06.1998 wird der Vergabe der Tischlerarbeiten für die Sanierung Hallenbad, 2. Bauetappe, 1. Teil, wie folgt zugestimmt:

Fa. Staudinger, Steyr, netto S 1.444.553,10.

Der Differenzbetrag von rd. S 55.000,-- für Leistungen, die mittels Stadtratverfügung vergeben werden, wird genehmigt.

Die Deckung der Mittel in Höhe von S 1.500.000,-- wird bei VST 5/833000/010140 gefunden.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Zur Dringlichkeit darf ich vielleicht noch eines anfügen. Sie wissen ja alle, daß der Beginn der 2. Bauetappe, Sanierung Hallenbad deswegen eine Verzögerung erfahren hat, weil es Kostenausweitungen im Bereich der 1. Bauetappe gegeben hat und daher das abzuklären war. Deswegen ist auch ein verspäteter Beginn der Sanierungsmaßnahmen erst möglich gewesen. Um keine weiteren Verzögerungen eintreten zu lassen, darf ich sie bitten, daß sie der Dringlichkeit ebenfalls ihre Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Der Antrag steht zur Debatte. Keine Wortmeldung. Alle sind für die Sanierung. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wenn sie dem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr, das ist einstimmig.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der nächste Antrag betrifft das Städtische Gaswerk, nämlich Erdgasaufschließung in der Höllsiedlung und Aufschließung Schweinschwallergründe. Dieser Antrag bzw. dieses Vorhaben wurde auch im Kommunalausschuß besprochen und im Stadtsenat so beschlossen. Ich darf nur darauf hinweisen, daß es auch um eine Mittelumschichtung geht, nicht um eine Kostenausweitung und daher darf ich ihnen ebenfalls, so wie vorhin, den Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat zur Kenntnis bringen.

26) Stw-5/98 Städtisches Gaswerk; Erdgasaufschließung Höllsiedlung (Teil); Aufschließung Schweinschwallergründe (Marktgemeinde Garsten); Auftragsvergabe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 8. Juni 1998 wird im Zusammenhang mit der Erdgasaufschließung Höllsiedlung (Teil) sowie Aufschließung Schweinschwallergründe der Vergabe an nachstehend vorgeschlagene Unternehmen zugestimmt:

Tiefbauleistungen: Fa. Ing. Egger GmbH, Steyr S 604.649,-- (exkl. UST)

Die erforderlichen Mittel wurden im Investitionsplan 1998 des Steyrer Versorgungsbetriebeverbundes Gas und Verkehr unter I A II 3 berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Gaswerk erbracht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Dieser Antrag steht zur Debatte. Keine Wortmeldung. Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der nächste Antrag bezieht sich ebenfalls auf Gasversorgung und zusätzlich auch betreffend den Wasserleitungsbau. Es geht darum, bestehende Rohrsysteme zu erneuern, weil sie eben sehr lange in Betrieb sind und wie auch aus dem Amtsbericht hervorgeht und nachvollziehbar ist, dort mehr oder weniger Gefahr in Verzug ist. Daher ist es bedauerlicherweise, ausnahmsweise nicht möglich, diese Arbeiten gemeinsam mit notwendigen Kanalsanierungsmaßnahmen in diesem Bereich zu machen. Der Stadtsenat hat sich, wie gesagt, mit diesem Antrag beschäftigt und hat dort einen einstimmigen Beschluß gefaßt. Es ergeht daher der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

27) Stw-53/98 Gas- und Wasserleitungsbau Wieserfeldplatz - Mittlere Gasse; Tiefbauleistungen; Auftragsvergabe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 14. August 1998 wird im Zusammenhang mit dem Gas- und Wasserleitungsbau Wieserfeldplatz - Mittlere Gasse der Vergabe an nachstehend vorgeschlagenes Unternehmen zugestimmt:

A) GASLEITUNGSBAU Fa. Illichmann-Haider BaugesmbH, Steyr Anteil S 855.886,-- (exkl. Ust)

B) WASSERLEITUNGSBAU Fa. Illichmann-Haider BaugesmbH, Steyr Anteil S 1,997.070,-- (exkl. Ust)

Die erforderlichen Mittel für den Gasleitungsbau wurden im Investitionsplan 1998 des Steyrer Versorgungsbetriebeverbundes Gas und Verkehr unter I A III 8 und 9 berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Gaswerk erbracht. Die Mittel für den Wasserleitungsbau wurden im Investitionsplan 1998 der Stadtwerke Steyr unter IV A III 7 und 8 berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Wasserwerk erbracht.

Herr Bürgermeister ich darf sie bitten die Diskussion bzw. Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wird hiezu eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Gibt es gegenteilige Auffassungen zu diesem Antrag? Das ist auch nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren, der nächste Antrag ist ein wirklich sehr wichtiger Antrag. Er geht auch in die Zukunft, nämlich bereits in das Jahr 1999. Es ist ja auch aus dem Amtsbericht, und aufgrund von Diskussionen im Ausschuß, zu erkennen gewesen, daß in erster Linie diese drei Niederflur-Midi-Omnibusse angekauft werden sollen, um im Hinblick auf die geplante zentrale Umsteigstelle

Bahnhof die erforderliche Linienveränderung mit diesen Bussen zu machen. Ich darf vielleicht im Zusammenhang dieses Busankaufes noch eines sagen, daß ja im vergangenen Jahr bereits 2 Busse und auch heuer 2 Busse gekauft wurden und vom Land her eine zustimmende Meldung oder Bestätigung gekommen ist, daß wir für diese 4 Busse einen Zuschuß in der Größenordnung von etwa 3,5 Millionen Schilling erhalten werden. Das Geld ist allerdings noch nicht eingetroffen, aber die Zusage ist da. Ich darf sie daher mit diesem Antrag vertraut machen. Der Antrag lautet:

28) Stw-55/98 Städt. Verkehrsbetrieb; Ankauf von 3 Stück Niederflur-Midi-Omnibussen (Linienbusse) inkl. Dachheizgerät und Deckenkanäle unter gleichzeitiger Rückgabe von Gebrauchtfahrzeugen (2 Steyr Solobusse und 1 Steyr City-Bus).

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtwerke vom 05. 08. 1998 und zufolge des Beschlusses des Ausschusses für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen vom 02. 07. 1998 wird dem Ankauf von drei Stück Niederflur-Midi-Omnibussen bei der Firma ÖAF Steyr Nutzfahrzeuge OHG, Wien unter gleichzeitiger Rückgabe dreier Gebrauchtfahrzeuge (2 Stück Steyr Solobusse, Baujahr 1983 und Baujahr 1984 und eines Steyr Citybusses, Baujahr 1991) zum Aufpreis von S 7.095.000,-- (exkl. UST) gemäß Angebot vom 10. 06. 1998 und Nachtrag vom 29. 06. 1998 bzw. 23. 06. 1998 zugestimmt. Die erforderlichen Mittel sind vorerst aus der laufenden Gebarung des Versorgungsbetriebsverbundes Gas und Verkehr für das Wirtschaftsjahr 1999 zu erbringen und in entsprechender Höhe im Investitionsplan 1999 als Kapitaleinlage der Stadt, jedoch unter der Maßgabe einer evt. Verlustabdeckungskomponente, vorzusehen.

Bitte Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Keine Wortmeldung. Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich komme bereits zum letzten Antrag der mir zugeordnet wurde und den ich ihnen vorzutragen habe. Es geht um einen Antrag der Liberalen und Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion und betrifft eine Grundsatzbeschlußfassung betreffend der Einrichtung eines Sammelanruftaxi-Systems im Stadtgebiet von Steyr, in erster Linie. Meine Damen und Herren, ich glaube, daß dieser Antrag, der wie gesagt eine Grundsatzbeschlußfassung für die flächendeckende Einrichtung eines Sammelanruftaxi-Systems durchaus gerechtfertigt ist, wenn man bedenkt, daß es jahrelanger Bemühungen und Verhandlungen, auf politischer Ebene, bedurfte. Verhandlungen mit Taxiunternehmungen mußten durchgeführt werden, wobei schließlich, und das darf ich auch heute dazu sagen, ein Taxiunternehmen übrig geblieben ist, das bereit war, einen Probetrieb einzuführen, nämlich die Firma Kleinhagauer, daß es also so war, daß Wünsche der Bevölkerung einerseits und Wünsche von Vertretern aller Fraktionen durchzuführen, nur unter sehr großen Anstrengungen und Vorverhandlungen möglich war und wenn man jetzt berücksichtigt, einzelne Diskussionsbeiträge, die sich im Zusammenhang der geplanten Ausdehnung dieses Anrufsammeltaxi-Systems vor Augen führt, dann erkennt man, daß von einzelnen Mandataren diese Bemühungen und diese einstimmigen Anforderungen von allen Fraktionen eigentlich wieder infrage gestellt werden. Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Viele von ihnen waren noch nicht im Gemeinderat, als es bereits Anforderungen und Vorarbeiten gegeben hat und ich sage das auch sehr bewußt in Richtung der Kollegin Frech, die ja gemeinsam heute mit uns diesen Antrag einbringt, daß es nicht so war, daß wir heute das Rad neu erfinden sondern, daß es entsprechende Vorarbeiten gegeben hat um schließlich einen Probetrieb einzuführen. Das war auch der Grund, daß man ab 1.1.1997 einen Probetrieb eingeführt hat, für den sich der Kommunalausschuß insofern interessiert hat, als daß man die Entwicklung auf diesen Probetrieb, nämlich der ja

bekannterweise auf der Linie 10 vonstatten geht, im Auge behält. Einerseits, wie entwickelt sich dieser Probebetrieb und andererseits Überlegungen anzustellen, ob eine Ausdehnung in einer zweiten Phase sinnvoll erscheint. Über eine weitere Ausdehnung konnte man vorerst deshalb nicht diskutieren, weil erstens einmal, wenn man das vorhat, auch weitere Taxiunternehmungen miteinzubeziehen sind und weil es vor allen Dingen dann um höhere Kosten geht. Der Kommunalausschuß also hat in mehreren Sitzungen einstimmig beschlossen, aufgrund einer Vorlage der Stadtwerke, daß man diesen Probebetrieb auf der Linie 10 um ein weiteres Jahr verlängert und auf die Linien 6, 7 und 8 ausweitet. Es hat dann einen entsprechenden Antrag an den Stadtsenat gegeben, wobei aber die Situation so war, daß der Herr Bürgermeister die Auffassung vertreten hat, daß dieser Antrag im Stadtsenat nicht zu behandeln sei, weil einerseits, so hat er ausgeführt, mit ihm als Finanzreferenten nicht darüber gesprochen wurde und andererseits die Philosophie der ursprünglichen Einführung verloren gehen würde. Ich war darüber etwas erstaunt, und auch viele Ausschußmitglieder, daß die Kostendarstellung eigentlich nicht so rübergekommen ist, wie sie tatsächlich im Amtsbericht und im Antrag aufscheint. Es wurde davon gesprochen, daß die Ausweitung S 350.000,-- ausmachen würde. Ich darf auch hier in diesem Kreis nochmals betonen. Es wäre um Kosten für diese Ausweitung auf der Linie 6, 7 und 8, in der Größenordnung, wenn man auch die einmaligen Einführungssummen miteinbezieht, von ca. S 100.000,--, gegangen. Die Gesamtbetriebskosten für das Anrufsammeltaxi-System für das Jahr 1998, inkludiert also die Linie 10, 6, 7 und 8, wurden mit S 236.000,-- beziffert. Es gibt natürlich eine Vorausschau auf 1999, was die Kosten betrifft und da gibt es aufgrund der bisherigen Erfahrungen folgende Werte. Die Gesamtkosten, wie gesagt wiederum auf der Linie 10, 6, 7 und 8 wenn man also diese ausgeweitet hätte oder ausweiten würde, in der Größenordnung von S 304.000,--. Es war auch im Gespräch, daß eigentlich diese Fortführung des Sammelanruftaxis auf der Linie 6, 7 und 8 gegen die Intentionen des Rechnungshofes wäre. Ich darf in Erinnerung rufen, daß der Rechnungshof die Stadtwerke vor einigen Jahren überprüft hat und auch hier im Gemeinderat natürlich dieser Prüfbericht diskutiert wurde. Ich glaube, daß das nicht gegen die Intentionen des Rechnungshofes gewesen wäre, denn der Rechnungshof stellt fest, daß eben die Stadtwerke mit ihren Verkehrsbetrieben natürlich ein entsprechendes Grundkonzept oder eine Grundausrüstung der Bevölkerung zur Verfügung stellen müssen, was den öffentlichen Verkehr betrifft, aber natürlich auch die Kostendeckung eine Rolle spielen sollte und alles was darüber hinausgeht, sollte als Bestelleistung betrachtet und von der Stadt auch bezahlt werden. Also, wenn man jetzt auf politischer Ebene der Meinung ist, daß man der Bevölkerung ein entsprechendes öffentliches Verkehrsmittel, in der Größenordnung wie jetzt, zur Verfügung stellt, daß eben diese Verlustabdeckung dann auch über die Stadt zu erfolgen hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich stehe auch nicht an, hier zu erklären, daß vor Beschlußfassung des Gremiums, nämlich des Stadtsenates, diese geplante Ausdehnung auch in unserem Amtsblatt bereits angekündigt wurde. Es ist eigentlich aber auf der anderen Seite, und ich mache niemanden einen Vorwurf, ein Beweis dafür, daß eigentlich niemand damit gerechnet hat, nachdem ja das wirklich der Wunsch aller politischer Fraktionen war, im mittelfristigen Finanzkonzept sogar 3 Millionen Schilling für dieses Anrufsammeltaxi-System eingesetzt wurden, daß es dazu kommen würde, diese Erweiterung nicht durchzuführen. Aus dieser Position betrachtet, halte ich es durchaus für gerechtfertigt und angebracht, daß ein Grundsatzbeschuß des Gemeinderates gefaßt wird, wo das Bekenntnis zur flächendeckenden Ausdehnung des Anrufsammeltaxis dokumentiert wird.

Ich darf sie daher ersuchen, dem vorliegenden Antrag die Zustimmung zu geben.

29) Präs-419/98 Antrag der Liberalen und Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion betreffend Grundsatzbeschuß auf flächendeckenden Ausbau des Anrufsammeltaxi-Systems in Steyr.

Antrag gemäß § 6 der Geschäftsordnung des Gemeinderates betreffend Grundsatzbeschuß auf flächendeckenden Ausbau des Anrufsammeltaxi-Systems in Steyr.

Anrufsammeltaxis (AST) verbinden Elemente des Linienverkehrs mit Elementen des Taxiverkehrs und sind eine bedarfsorientierte Ergänzung des Linienverkehrs.

AST sind in Österreich vor allem in Vorarlberg, im oberösterreichischen Zentralraum und in Niederösterreich rund um Wien verbreitet. Sie haben sich als bedarfsorientiertes Verkehrssystem u.a. auch in Linz und Wels bewährt, wo es eine flächendeckende Versorgung, zum Teil auch unter Einbeziehung der Umlandgemeinden, gibt.

Auch in Steyr startet mit 1. September 1997 der Probetrieb mit der Linie 10. Aufgrund der positiven Erfahrungen gab es auch einen einstimmigen Beschluß des Kommunalausschusses vom 18. Mai 1998 auf Ausdehnung des Betriebes auf die Linien 6, 7 und 8. Der weitere Schritt wäre nun das Bekenntnis zu einem flächendeckenden Ausbau analog zu den Städten Linz und Wels, um mittel- und langfristig ein gesamtheitliches Konzept realisieren zu können.

Das AST leistet unter anderem einen Beitrag zur Vermeidung motorisierten Individualverkehrs, führt zur Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs, trägt zur Verkehrssicherheit bei, hilft langfristig auch Kosten einzusparen und stellt ein zeitgemäßes Angebot an die Bürgerinnen und Bürger dar.

Der Gemeinderat möge daher folgenden Grundsatzbeschluß fassen:

Der Gemeinderat der Stadt Steyr bekennt sich zu einem schrittweisen, flächendeckenden Ausbau des Anrufsammeltaxi-Systems in Steyr innerhalb der nächsten fünf Jahre.

Die Einsatzbereiche des AST sollen dabei aus Optimalitätsgründen sein:

„ Grunderschließung in Gebieten mit sehr geringem oder unbekanntem Fahrgastpotential bzw. als Vorlaufverkehr für eine etwaige neue Buslinie.

„ Ergänzung des bestehenden öffentlichen Verkehrs in Schwachlastzeiten (Abend, Nacht, Wochenende).

„ Ersatz von konventionellen Linienverkehren bei sehr geringer Inanspruchnahme, was im Regelfall die Einsparung von Betriebskosten ermöglicht.

Als langfristige Perspektive wird eine Ausdehnung des AST über die Stadtgrenzen hinaus, unter Voraussetzung der dafür nötigen Kooperation der Umlandgemeinden, ins Auge gefaßt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zu Wort gemeldet ist Herr Stadtrat Bremm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Jetzt mache ich es einmal so wie die Frau Kollegin Frech. Grundsätzlich können wir uns mit diesem Antrag auch anfreunden und grundsätzlich können wir diesem Antrag auch eine breite, im inhaltlichen, Zustimmung geben aber, es gibt dazu schon noch einiges zu sagen. Meine Damen und Herren, es ist vom Kollegen Eichhübl schon zum Teil erwähnt worden. Aber was mir in seinem Kommentar zum Antrag doch ein bißchen abgegangen ist, ist die Grundüberlegung, wieso wir zu dem Thema Anrufsammeltaxi in unserer Stadt unter anderem auch gekommen sind. Ich gehöre zu jenen, lieber Roman, die seit Beginn dieser Diskussion Anrufsammeltaxi auch im Kommunalausschuß und im Gemeinderat sind und daher weiß ich auch sehr genau, was der Auslöser gewesen ist. Das war jener, daß aufgrund der Kostenexplosion im öffentlichen Verkehr Überlegungen notwendig wurden, um diese Kostenexplosion in den Griff zu bekommen. Wie es auch hier im Antrag der Liberalen und Freiheitlichen steht, die „Attraktivität“. Es ist schon alles recht und schön, aber natürlicherweise hat die Attraktivität, ganz egal wo, ihre Grenzen, wenn es die finanziellen Möglichkeiten der Betroffenen, die das zu bezahlen haben, übersteigt. Unter anderem sind wir hier auch mit den Verkehrsbetrieben in die Kritik des Rechnungshofes gekommen, weil hier feststellbar war, daß wir eine Reihe von Verkehrslinien mit unseren Bussen betrieben haben, zum Teil noch betreiben, wo wir einen doch sehr schlechten Deckungsgrad hatten. Wir hatten eine Linie, wenn ich mich recht erinnere, wo wir 7 % Deckungsgrad hatten und uns im Bereich 10 bis 15 % bewegten. Hier ist einfach die Notwendigkeit gegeben worden, einerseits auf die Kritik des Rechnungshofes zu reagieren aber auch in unserem eigenen Interesse Überlegungen anzustellen, um hier wirklich auch mit den Steuergeldern, die wir

verwalten und auch wirtschaftlich einsetzen müssen, Maßnahmen zu überlegen um dem entgegenzuwirken. So ist die Diskussion über das Anrufsammeltaxi zustande gekommen. Ich kann mich auch noch an die Worte eines Ehrenringträgers, dem wir erst vor einigen Tagen den Ehrenring verliehen haben, dem Kollegen Zagler, erinnern, wo er von weißen Flecken in der Versorgung des öffentlichen Verkehrs in der Stadt Steyr gesprochen hat. Die Entwicklung im wirtschaftlichen Bereich hat uns gezwungen und veranlaßt nachzudenken, welche Möglichkeiten es gibt. Wir haben das Rad nicht neu erfinden brauchen. AST ist nicht unbedingt etwas gewesen, was wir hier in Steyr neu überlegt haben. Das hat es schon in anderen Regionen, in anderen Städten gegeben. Wir haben im Kommunalausschuß bei den Fraktionsvorsitzenden in den Fraktionen, aber auch in den anderen Gremien, ausführlichst darüber diskutiert und unsere Vorgabe war, daß wir die Kosten, die uns doch Sorgen bereiten, in den Griff bekommen und, daß hier nachgedacht werden soll, wo wir das AST als Alternative zu den teuren Linien anbieten können. Das war die Grundüberlegung. Wobei man natürlich auch sagen muß und wir die Auffassung vertreten, daß es hier unter einer Gesamtbetrachtung, die wirtschaftlich zu vertreten ist, auch das AST dort auszuweiten, wo evt. Bedarf gegeben ist, wo wir eine nachweisliche Unterversorgung haben, daß wir dort das ausweiten. Das war unsere Vorgabe, die wir uns selbst gegeben haben und darum ist es auch zu dieser Position gekommen, was Kollege Eichhübl erwähnte, daß der Kommunalausschuß, ich möchte auch hier ein Wort dazu sagen. Ich glaube, daß es notwendig und auch richtig ist, daß die gemeinderätlichen Ausschüsse diskutieren, nachdenken und ihre Empfehlungen abgeben sollen und können und, daß man hier nicht ein Korsett oder einen Maulkorb auferlegt und man darf dort nicht mehr offen diskutieren, ich glaube, das ist sinnvoll, aber wir haben auch in den anderen Gremien im Stadtsenat, im Gemeinderat diese Empfehlungen der Ausschüsse auch zu diskutieren und haben eine Gesamtbetrachtung anzustellen und das muß möglich sein. Es ist nicht ganz fair, wenn wir hier jene Kollegen, die im Kommunalausschuß sind und hier die Grundüberlegung mitgetragen haben, dann hinstellt und sagt, na ja, die haben zwar mitgestimmt, aber es ist dann ganz anders gekommen. Ich glaube, daß diese Vorgangsweise, diese Diskussion, die hier geführt und auch in der Öffentlichkeit sehr stark transportiert wird, für eine sinnvolle und qualitativ gute Arbeit in den Ausschüssen nicht dienlich und fruchtbar ist. Ich verwehre mich, daß hier die Kolleginnen und Kollegen unserer Fraktion hingestellt werden, als wenn sie sich in unserer Fraktion nicht durchgesetzt hätten. Die Diskussion ist geführt worden Roman. Das mußt du dir jetzt auch anhören. Wir haben dieses Thema auch schon ausführlich im Stadtsenat aber auch bei der Fraktionsvorsitzendenkonferenz diskutiert. Ich glaube, daß es notwendig ist, unter Bedachtnahme der wirtschaftlichen Situation, bei den Verkehrsbetrieben, daß wir hier eine vernünftige Gesamtbetrachtung, ein Gesamtkonzept entwickeln, wie kann das aussehen, auch unter bestmöglicher Versorgung unserer Steyrer Bürgerinnen und Bürger und wie kann man hier das AST als sinnvolle Ausweitung einführen und der Bevölkerung anbieten. Es ist nicht sinnvoll und es dient nicht unserer Arbeit, wenn wir hier in dieser Form vorgehen. Wir haben eine Linie, die Linie 10, probeweise eingeführt um auch für uns in der Stadt, für die Verantwortlichen, Erfahrungen zu machen. Leider Gottes haben wir noch nicht die Erfahrung gemacht oder es ist noch nicht so angenommen worden, wie man sich das wünscht, aber es kann noch besser werden. Es wäre nicht sinnvoll, daß wir sagen, jetzt weiten wir es wieder um 1 oder 2 Linien aus, nächstes Jahr in der Sommerpause, weil da brauchen wir ja wieder etwas, weil dann ist der Eislaufplatz vielleicht kein Thema mehr und das Hallenbad ist auch schon fertig, da brauchen wir für die Überbrückung der sauren Gurkenzeit ein sommerfüllendes Thema, dann diskutieren wir wieder über eine andere Linie. Ich glaube, daß diese Vorgangsweise nicht richtig ist. Wir sollten heute und hier festlegen und uns darüber einigen, daß wir ein Gesamtkonzept, wie ich es auch in der Obmännerkonferenz vorgeschlagen habe, erstellen, daß die Verantwortlichen der Stadtwerke ein Gesamtkonzept erstellen, daß wir eine zeitliche Vorgabe geben und, daß wir dann unsere Beschlüsse und unsere weiteren Schritte in den zuständigen Gremien diskutieren und beschließen und nach den Beschlüssen in die Öffentlichkeit gehen und die Bevölkerung darüber informieren, wo sie es in Anspruch nehmen können. Ich möchte abschließend zu dem Antrag der hier vorliegt, einen Abänderungsantrag in der Form einbringen, daß wir ihn um den Vorschlag ergänzen und erweitern, daß ein Gesamtkonzept durch die Stadtwerke erstellt wird und dies bis im Februar 1999 fertig sein soll. Mit den anderen inhaltlichen Angaben könnten wir, unsere Fraktion, dann, um das erweitert, auch unsere Zustimmung geben.

Ich habe hier einen Abänderungsantrag, mit dem was ich gerade gesagt habe, dem Bürgermeister übergeben, daß wir ein Gesamtkonzept von den Stadtwerken bis Februar 1999 erstellen lassen und, daß wir dann die weiteren Schritte machen und, daß wir so vorgehen, jetzt haben wir wieder eine Befristung mit der Firma Kleinhagauer, daß wir auch hier zu einer definitiven Vereinbarung mit der Firma Kleinhagauer kommen und wenn die Befristung zu Ende ist, daß wir einen definitiven Vertrag mit diesen machen und von der Befristung wegkommen.

Abänderungsantrag SPÖ:

Der Gemeinderat der Stadt Steyr bekennt sich zu einem schrittweisen, flächendeckenden Ausbau des Anrufsammeltaxi-Systems in Steyr innerhalb der nächsten fünf Jahre.

Die Einsatzbereiche des AST sollen dabei aus Optimalitätsgründen sein:

- .. Gesamtkonzept erstellt durch Stadtwerke bis Februar 1999.
- .. Grunderschließung in Gebieten mit sehr geringem oder unbekanntem Fahrgastpotential bzw. als Vorlaufverkehr für eine etwaige neue Buslinie.
- .. Ergänzung des bestehenden öffentlichen Verkehrs in Schwachlastzeiten (Abend, Nacht, Wochenende).
- .. Ersatz von konventionellen Linienverkehren bei sehr geringer Inanspruchnahme, was im Regelfall die Einsparung von Betriebskosten ermöglicht.

Als langfristige Perspektive wird eine Ausdehnung des AST über die Stadtgrenzen hinaus, unter Voraussetzung der dafür nötigen Kooperation der Umlandgemeinden, ins Auge gefaßt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Es steht der Antrag in der Form eines Abänderungsantrages, soweit ich gehört habe, gibt es einen gemeinsamen Abänderungsantrag, weiß ich nicht, der Kollege Kupfer hat sich als nächster zu Wort gemeldet, und wird hier seine Ausführungen dazu machen. Er ist auch offiziell da.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Er ist offiziell da und auch an alle Mitglieder verteilt worden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Kollege Bremm hat gesagt, es wird der Antrag der Liberalen und Freiheitlichen Gemeindefraktion mit einer Abänderung unterstützt. Abänderung in der Richtung, daß es sich dabei um die Erstellung eines Gesamtkonzeptes und mit einer Fristsetzung handelt.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Abgeschrieben wurde da scheinbar jetzt von unserem Antrag

Gelächter

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Bereits zu Beginn der Diskussion erscheint es eine ironische Auseinandersetzung mit dem Problemgebiet Anrufsammeltaxi-System zu werden. Wie die Mitglieder des Gemeinderates wissen, weil sie es auch auf Papier vorliegen haben, haben wir einen Abänderungsantrag eingebracht, wo wir genau diesen Punkt eingebracht haben, nämlich, daß ein Konzept erstellt worden ist bzw. wo in unserem Antrag genau dieses Konzept im Mittelpunkt steht. Es ist jetzt scheinbar in einem anderen Abänderungsantrag von Kollege Bremm noch einmal eingebracht worden. Vielleicht schaffen wir es am Ende der Sitzung, wenn wir zum Beschluß kommen, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren. Hätten wir dieses Gesamtkonzept bereits gehabt, dann hätten wir uns die Probleme, die wir jetzt diskutieren, höchstwahrscheinlich von Beginn an erspart. Das ist meine Einleitung zu diesem Thema und ich denke mir, daß das die Quintessenz ist. Dieses Gesamtkonzept hat gefehlt und aus diesem Grund glaube ich auch, daß wir dieses Gesamtkonzept zu erstellen haben, egal ob es jetzt bis Februar

dauert, wie es in diesem Antrag steht oder wie es bei uns steht, bis Ende des Jahres. Ich denke, über diese Vorgangsweise werden wir uns heute auch noch einigen. Wichtig ist für uns eines, und darum haben wir auch einen Abänderungsantrag zum Antrag der Liberalen und Freiheitlichen eingebracht, daß das AST-System in das Angebot des öffentlichen Verkehrs eingebettet ist. Es geht uns nicht primär, es geht uns auch, aber nicht primär, um Kostenreduzierung und Einsparung sondern um eine Angebotserweiterung und -verdichtung genau zu jenen Zeiten, wo der öffentliche Verkehr nicht mehr fährt und zu Zeiten, wo derzeit der öffentliche Verkehr nicht kostenwahr geführt wird. Über die Probleme im öffentlichen Verkehr der Stadt Steyr werde ich mich jetzt nicht äußern obwohl ich mich darauf vorbereitet habe, um speziell zu dem Thema AST und zu unserem Antrag zu kommen, der ihnen ja vorliegt. Wir glauben, daß speziell im Antrag der Liberalen und Freiheitlichen der dritte Punkt ihrer Ausführungen ein wenig mißverständlich ist, wo steht, daß der Ersatz von konventionellen Linienverkehren bei sehr geringer Inanspruchnahme, was im Regelfall die Einsparung von Betriebskosten ermöglicht. Wenn wir diesen Punkt wörtlich nehmen, ich will den Antragstellern nicht unterstellen, daß sie es so gemeint haben, dann müßten wir jetzt die Linie 8 - Christkindl - sofort einstellen, aber auch am Tag. Dann müßten wir andere Citybuslinien, die derzeit nicht in Anspruch genommen werden, sofort einstellen, wenn es darum geht, daß gewisse Linien derzeit sehr gering beansprucht werden. Uns geht es darum, daß das AST harmonisiert wird mit dem Verkehrsangebot des öffentlichen Linienverkehrs der Stadt Steyr. D.h., es geht uns nicht primär darum, daß jetzt am Tag, ich sage auch genau bis 20.00 Uhr, irgendwelche Linien gestrichen werden sondern, daß harmonisiert, flächendeckend über die ganze Stadt, ein einheitliches System geschaffen wird, daß nicht primär die Einsparung von Linien, bereits bestehenden und derzeit existierenden, zum Ziel hat. Das ist uns ganz wicht. Darum glaube ich auch, daß dieses Gesamtkonzept zu Beginn erstellt werden müßte, wo die Kriterien natürlich politisch festgelegt werden, wo wir ganz genaue Kostenschätzungen haben und wo wir ganz genau wissen, wo wir zum Schluß mit unserem AST-System hinwollen und dieses AST-System dann etappenweise ausbauen. Wir haben dann noch einige Punkte bei uns drinnen. Z.B., daß in Zukunft auch alle anderen interessierten Taxiunternehmungen eingebunden werden sollten und, daß eine Leitzentrale natürlich aufgebaut werden muß, denn bereits jetzt gibt es in der Logistik Probleme. Bei einem flächendeckenden Angebot wird es nicht möglich sein, die Logistik so zu handhaben, wie es derzeit noch passiert.

Ich habe jetzt auch keine Ahnung, wie wir eine Abstimmung aller Anträge finden können. Ich warte jetzt noch auf die Wortmeldung der Michaela Frech und vielleicht eines Vertreters der Freiheitlichen, ob dieser dritte Punkt in ihrem Antrag tatsächlich so gemeint ist. Dann, wenn er nicht so gemeint ist, denke ich mir, könnten wir zu einer gemeinsamen Beschlußfassung, was unsere Fraktion betrifft, finden. Ansonsten würde ich bitten, unseren weitergehenden Antrag zu beschließen.

Abänderungsantrag

„Grundsatzbeschuß zum flächendeckenden Ausbau des AST-Systems in Steyr“

Die unterzeichneten Gemeinderäte stellen folgenden Abänderungsantrag bezüglich dem unter Punkt 29, vom Liberalen Forum und der FPÖ eingebrachten Antrag.

Der Antrag des LIF und der FPÖ, eingegangen am 3. September 1998 wird wie folgt abgeändert:

Der Gemeinderat der Stadt Steyr bekennt sich zu einem schrittweisen flächendeckenden Ausbau des AST (Anruf-Sammel-Taxi)-Systems in Steyr.

Grundsätzlich soll das AST-System zu einer Ergänzung und Erweiterung des öffentlichen Verkehrsangebotes der Stadt Steyr führen. Öffentlicher Verkehr ist nur dann konkurrenzfähig, wenn das Angebot an den Kunden, räumlich, tariflich und zeitlich attraktiv gestaltet ist. Das AST-System ersetzt nicht den konventionellen Linienverkehr, sondern kommt erst in Schwachlastzeiten (Abend, Wochenende) zum Einsatz. Es ist Teil eines offensiven Konzeptes zur Angebotserweiterung- und -verdichtung im öffentlichen Verkehr.

Als Vorgangsweise wird beschlossen:

- * Erstellung eines Grundkonzeptes bis Ende des Jahres 1998.
- * An Hand objektiver Kriterien (Vergleiche mit anderen AST-Systemen z.B. Wels) erfolgt eine Kostenschätzung (Betriebskosten - Investitionskosten).
- * Das AST-System wird in Etappen umgesetzt. Endziel ist die flächendeckende Versorgung. Kooperationsmöglichkeiten mit den Umlandgemeinden werden ermöglicht.
- * Das AST-System wird mit dem öffentlichen Linienverkehr zeitlich abgestimmt. Voraussetzung dafür sind harmonisierte Endzeiten. Bei entsprechender, wachsender Nachfrage (entlang einer Linie) ist der (Wieder-) Einsatz des Linienverkehrs zu prüfen.
- * Einbindung aller interessierten Taxiunternehmen und Aufbau einer Leitzentrale.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Man sieht schon an der Vorgehensweise, die ein bißchen passiert ist, der öffentliche Verkehr hat es ein bißchen schwer, weil scheinbar ist es nicht einmal möglich so einen Grundsatzbeschuß ganz ohne weiteres durchzubringen. Da kommt da ein Abänderungsantrag und dort ein Abänderungsantrag. Jetzt warte ich noch ein bißchen auf den Abänderungsantrag der ÖVP, dann tun wir uns noch ein bißchen schwerer, eine gemeinsame Linie zu finden. Es erinnert mich auch ein bißchen, ich möchte nicht auf die Details eingehen die bei der Linie 6, 7 und 8 passiert sind, aber ein bißchen ist es für mich schon die Fortsetzung des Ganzen. Ich möchte kurz auf Herrn Stadtrat Bremm, mit seinem Abänderungsantrag, eingehen, weil sie zitiert haben, diese Rechnungshofrüge. Die Rüge des Rechnungshofes hat sich nicht auf ein Anrufsammeltaxi-System sondern auf die Buslinien bezogen. Nicht das da ein falscher Eindruck entstehen würde, wir sind für das gerügt worden. Ich gebe ihnen völlig Recht, daß es ein Gesamtkonzept geben muß, das auch durch die Stadtwerke und nicht durch uns Politiker erstellt wird. Ich würde mir wünschen, daß das die Experten der Stadtwerke machen würden, vor allem unter Einbindung des Mobilitätsberaters. Dieses Gesamtkonzept ist ja nur logischerweise der nächste Schritt von diesem Grundsatzbeschuß. Bisher ist dieses Gesamtkonzept ja gescheitert. Da wende ich mich an dich, Andi Kupfer, von dem du sprichst, weil wir diesen Grundsatzbeschuß nicht hatten. Ich kann mich erinnern, ich habe in beiden Ausschußsitzungen, wie es um das AST-System gegangen ist, immer wieder anklingen lassen, nachdem ich gemerkt habe, die einen sagen, zuerst den Resthof, der nächste sagt beim Krankenhaus etwas, wir brauchen ein Gesamtkonzept wir brauchen einen Grundsatzbeschuß. Gut. Heute ist einmal die Gelegenheit zu versuchen, diesen zu erreichen und klarerweise muß dann das Gesamtkonzept folgen. Das ist dann aber nicht mehr die Arbeit von uns Politikern, das ist der Grundsatzbeschuß, der fällt in unsere Kompetenz und die Stadtwerke sollen dann das Konzept erstellen, wobei ich glaube, daß der Februar 1999, mein Wunschtermin ist es nicht, also ich würde mir da auch eher wünschen, wie es von den Grünen kommt, bis 31. 12. 1998.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Spätestens!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Spätestens. Na ja, mir wäre halt der 31. 12. 1998 lieber. Ich bin ein ungeduldiger Mensch. Was den Abänderungsantrag der Grünen anbelangt, so möchte ich einmal zu ein paar grundsätzlichen Punkten kommen. Nachdem ich den Eindruck gewonnen habe, auch im Kommunalausschuß, daß nicht allen wirklich klar ist, worum es beim AST geht.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Jetzt kommt die Oberlehrerschiene.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein, die geht nicht los. Die Oberlehrerschiene kommt nur deshalb zu tragen, weil du ein bißchen unterstellt hast, mit diesem Grundsatzbeschluß, der hier gefaßt werden soll, werden Linien plötzlich nicht mehr stattfinden. Das ist ein absolutes Mißverständnis.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ein unpräziser Antrag!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Es ist kein unpräziser Antrag. Ich glaube, daß es auf jeden Fall wichtig ist, ein Gesamtangebot im öffentlichen Verkehr zu erstellen. Und zwar möglichst auch bedarfsorientiert, dann, wenn es die Leute brauchen. Öffentlicher Verkehr muß ein Gesamtkonzept sein und ist sicher nur dort attraktiv, wo der klassische Linienverkehr einfach, finanziell und logistisch unzureichend ist und die Privat-PKW-Nutzung dominiert und die wollen wir ja eigentlich reduzieren. Ich glaube nicht, daß es ein einziges Verkehrsmittel gibt, das befriedigend funktioniert, sondern es kann nur ein Gesamtkonzept sein. Wobei ich glaube, von den Kosten her, daß man eine exakte Grenze zwischen den Einsatzbereichen des Linienverkehrs und des bedarfsorientierten Verkehrs nicht festlegen kann. Es gibt aber so Schätzungen, daß bei Fahrgastzahlen bis zu 10.000 pro Jahr AST, und auch Anruflinientaxis im Regelfall wirtschaftlicher sind als der reguläre Linienverkehr. Aber ein wesentliches Kriterium, ob es uns überhaupt gelingt dieses AST-System wirklich auch in Richtung kostendeckend zu bringen, ist der Besetzungsgrad. Mit dem wurde auch jetzt immer argumentiert, daß es noch nicht so gut funktioniert wie in anderen Städten. Wenn ich mir heute ansehe, daß es in Linz inzwischen einen Besetzungsgrad von 2,3 Personen pro Fahrt gibt. Die haben das auch nicht von heute auf morgen erreicht, sondern die sind bei 1,4 gestartet. Der Effekt war ganz einfach. Je mehr sie das AST-System ausgeweitet haben, in mehr Gebiete, auf mehr Linien, desto mehr ist es auch von der Bevölkerung angenommen worden. D.h., in einer Linie alleine findet man nicht das Auslangen. Je mehr Linien wir betreiben, desto attraktiver ist es für die Bevölkerung, die Fahrgastzahlen steigen und damit steigt auch unser Kostendeckungsbeitrag.

Ich glaube auch, daß zur Attraktivierung dieses öffentlichen Verkehrs ein gezieltes Marketing und auch eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit gehört. Da werden wir sicher auch noch viel tun müssen. Weil immer diese Leitzentrale von den Grünen angesprochen wurde. Ich würde sogar noch einen Schritt weiter gehen und sagen, daraus sollte eine Mobilitätszentrale werden, die viele Schlüsselfunktionen übernehmen könnte, nämlich über diese Dispositionsstelle für das AST und Optimierung der Routen hinaus auch eine unternehmensübergreifende Auskunftsstelle für den gesamten öffentlichen Nahverkehr der Region, also auch Bus und Bahn. Es könnte auch eine Koordinierungsstelle für Fahrgemeinschaften sein, der Aufbau eines Car-Sharing-Systems, die Annahme und Auswertung von Beschwerden und Anregungen der Fahrgäste usw. Ich glaube aber, das sollte ein Gesamtkonzept sein, das durch die Stadtwerke erarbeitet wird. Worum es heute geht, ist ein Grundsatzbeschluß. Ich glaube, daß dieser Grundsatzbeschluß, der von der Liberalen und Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion eingebracht worden ist, einer ist, wo eigentlich die Mehrheit dafür ist. Busverkehr bei sehr geringer Inanspruchnahme heißt für mich, mir ist es lieber, dort ein Anrufsammeltaxi einzusetzen, bevor ich dort überhaupt keine Buslinie habe, weil sich die ganz einfach wirklich nicht lohnt. Ich glaube, unser Antrag der Liberalen und Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion ist die Symbiose von attraktiven Angebot und zugleich auch Blick auf den Kostendeckungsgrad. Wie gesagt, ich würde sie bitten, das zu unterstützen. Ich habe kein Problem damit, das hineinzunehmen. Das ist mir auch sehr wichtig, die Gesamtkonzeption. Lieber wäre mir halt bis 31. Dezember. Was ich ganz wichtig finde, ist schon möglichst bald die Einführung der Linie 6, 7 und 8. Aus einem ganz einfachen Grund, weil wir haben einfach, aufgrund der ganzen Arbeiten die passiert sind, schon Kosten zu tragen, die Haltestellen, die Prospekte, die es bereits gibt, wir haben einen Grundadministrationsbedarf für das Anrufsammeltaxi. D.h., wenn wir nur mit einer Linie fahren, ist der Administrationsaufwand pro Fahrt ein sehr viel höherer, als wenn wir bei vier Linien fahren. Von da her würde ich mir wünschen, daß also 6, 7 und 8 Priorität haben, aber ich kann also mit diesem Antrag sehr gut leben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr.

Ich möchte kurz den Vorsitz abgeben um mich selbst an der Diskussion zu beteiligen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Bürgermeister das Wort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Frau Kollegin Frech. Wir tun uns sehr leicht, dem Antrag zuzustimmen. Dem Antrag von ihnen und der Freiheitlichen Fraktion, weil in Wirklichkeit ist das auch kein neuer Antrag. Das ist nämlich ziemlich exakt das, was wir, vor ihrer Zeit allerdings, im Kreis der Fraktionsvorsitzenden nach langen Beratungen ausgeknobelt haben. Das ist im Prinzip unsere Linie. Wir haben sie auch nie verlassen. Ein wesentlicher Unterschied besteht allerdings, und das ist in der Diskussion schon deutlich geworden, zwischen den Ausführungen die sie machen und denen unserer Grünen. Die Grünen haben die Philosophie verlassen. Die Erfindung des AST war aus Kostengründen, die Kosten sind ins aschgraue gewachsen, der Rechnungshof hat uns ins Stammbuch geschrieben, wir müssen Linien zurücknehmen. Wir müssen nach Möglichkeiten suchen, hier die Kosten, den Abgang zu begrenzen. Das hat der Rechnungshof festgestellt, lieber Roman. Du interpretierst den Rechnungshofbericht sehr frei, wenn ich dir das bei dieser Gelegenheit wieder einmal sagen darf. Du hast über Bestelleistungen referiert. Ich möchte dich erinnern, daß du selbst lange Passagen im Gemeinderat aus dem Rechnungshofbericht vorgelesen hast. Ich erinnere mich.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Das waren nur 1 1/2 Stunden.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zutreffend. Du wirst dich erinnern können, daß uns die kritisiert haben, weil wir betriebswirtschaftlich völlig unmöglich und nicht aufrechtzuerhalten, manche Linien da bedient haben. Die Schlechteste war ja in der Gegend von knapp 5 % Auslastung.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Vier!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

4, sowieso. Kegelpriel und Kohlanger etc. Wir haben uns dann eigentlich getraut. Gewußt haben wir es eh schon lange, daß diese Linien so schlecht ausgelastet sind. Es haben uns auch manche Leute gesagt, besonders in dieser Gegend beim Rottenbrunner, ob wir nicht ganz dicht sind, daß wir immer mit den leeren Citybussen herumfahren. Die Frau Rottenbrunner sen. hat sich natürlich immer geäußert, wenn sie in die Gaststube hineingegangen ist, wie super das ist, daß jetzt der Bus fährt. Es war nur das Problem, daß sie der einzige Fahrgast auf der ganzen Strecke dort hinunter war. Wir haben das Problem gehabt. Ich möchte ja nur aufmerksam machen, daß es sich dabei in Wirklichkeit um eine Fehlleistung von uns gehandelt hat, auch von mir. Ich stehe ja dazu. Ein Irrtum, aber getragen von dem Wollen und vom guten Willen, in diesen peripheren Bereichen eine bessere öffentliche Verkehrsversorgung darzustellen. Das Ganze war ja nicht irgendeine Zuckerlpartie sondern in Wahrheit sind ja hunderte Unterschriften aus diesen peripheren Bereichen hereingetragen worden, es ist verlangt worden. Ich möchte unseren neuen Ehrenringträger, Karl Holub, zitieren, der immer sagte, daß das Jubiläumsveranstaltungen sind, wenn wir da über AST und über Citybuslinien reden. Also, wir reden lange davon. Wir haben das realisiert, weil wir glaubten, daß die Zeit dafür reif war. Die Leute haben es verlangt und laut danach gerufen. Wir haben den Wunsch erfüllt. Nur eingestiegen sind sie deshalb nicht, nur weil sie unterschrieben haben. Keiner konnte sich aufrufen, jedenfalls nicht leichtfertig, daß wir diese Linien, die in Wirklichkeit betriebswirtschaftlich nicht zu führen sind, weil es zu weit fehlt, wenn nur mehr 5 % drinnen sitzen, das kann man auf Dauer nicht tun, weil wir uns die Abgänge nicht leisten können. Bei aller Begeisterung für den öffentlichen Verkehr und dieses Angebot. Dann hat es uns endlich der Rechnungshof ins Stammbuch

geschrieben. Dann haben wir uns getraut. So war das ja in Wirklichkeit. Wir haben aber dann natürlich das Geschrei derer, die vorher schon geschrien und unterschrieben haben, die aber in der Zwischenzeit, als dieses Angebot von uns dargestellt wurde nicht in den Bus eingestiegen sind, wieder gehabt. Wir haben natürlich auch geglaubt, daß mit der Zeit mehr einsteigen werden. Diese Erwartung hat sich aber leider nicht erfüllt. Dann haben wir es zurückgenommen. Dann hat es natürlich schon wirklich bedauernswerte Fälle gegeben, die wir uns auch genau angesehen haben. Ältere Leute aus dem Raum Steyrerstraße, Gleink usw., dann haben wir dieses AST als Ersatz für die eingestellte Linie eingeführt. Einvernehmlich. Wir haben gesagt, wir machen einen Probebetrieb, wir wollen Erfahrungen sammeln, und dann weiten wir aus. Aber natürlich sollte dieses Ausweiten schon in Verfolgung dieser ursprünglichen Linie und Philosophie dort erfolgen und mit Schwerpunkt dort, wo wir mit leeren Bussen zu später Stunde unterwegs sind. Und zwar zu einem Zeitpunkt, wo nachhaltig gesichert ist, nämlich durch Beobachtung über einen längeren Zeitraum, daß wir dort wirklich keine Frequenzen haben. Wir sollten dort die Linie kappen und anstelle dessen eben das AST einführen. Dann würden Kosteneinsparungen zu Buche schlagen können und wir könnten damit auch leichter diese Ziele erreichen, die uns der Rechnungshof vorgegeben hat. Das müssen wir eigentlich schon tun. Ich bin halt nicht unbedingt in allen Punkten der Meinung, daß der Rechnungshof uns vorgibt, was wir da für eine Politik machen, weil zudem haben wir ja eine Autonomie, die in einer Statutarstadt noch etwas ausgeprägter ist, als in anderen Gemeinden. Das ist letzten Endes unsere Verantwortung. Ich nehme den Rechnungshof natürlich sehr ernst. Aber in Wirklichkeit wird das auch nicht funktionieren. An dem Beispiel sieht man das ja deutlich. Wenn wir über unsere Stadtwerke einen Manager bestellen und der bekommt von uns den Auftrag, daß er dort keine Abgänge schreiben darf oder gar Gewinne machen soll, wenn es ein guter ist, dann wird er das zustande bringen. Ist ja keine Frage, weil er wird zuerst einmal alle Linien einstellen, wo er keine Gewinne macht. Dann wird er zu uns sagen, wenn ihr wollt, daß ich dort fahre, dann müßt ihr eine sogenannte Bestelleistung vornehmen und dann müßt ihr es bezahlen. D.h., wenn es so läuft, wie es bei uns jetzt läuft und dieses Beispiel zusätzliche Linien jetzt einzuführen heißt, wir haben 30 Millionen Schilling Abgang in der Bilanz der Stadtwerke, beim öffentlichen Verkehr. Jetzt machen wir eine zweite Minusbudgetpost im Budget der Stadt auf. Dann haben wir halt zwei Negativbudgetpositionen. Aber ich glaube, daß das schon seriös ist und, daß das Sorgfalt ist, bei der Budgeterfüllung, wenn der Finanzreferent diese beiden Minuszahlen zusammenzählt um nämlich hier in konsolidierter Weise Verluste zu betrachten. Das wird man wohl müssen. Ich glaube mich sicher zu wännen, daß ich diejenigen, die seriöse Finanzpolitik wollen, da eher an meiner Seite habe. Um das geht es mir in Wirklichkeit. Ich habe gar nichts dagegen, wenn wir vielleicht einmal zusätzliche Angebote unterbreiten müssen, weil der Druck und der Ruf nach neuen Linien so stark wird, dann mit einem AST zu beginnen, das halte ich für einen guten Vorschlag, der da drinnen steht. Ich kann es mir gut vorstellen. Ich kann mir auch vorstellen, daß man auf eine Linie, die man vielleicht teilweise zurückgenommen hat und durch ein AST ersetzt, jetzt im Zuge eines neuen Konzeptes und dessen Umsetzung, daß sich dort die Frequenzen ändern. Wir können uns das eh ansehen, wir müssen nämlich zahlen. Es ist nämlich nicht so, daß es billiger wird, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das wird teurer, weil je mehr mitfahren desto öfter müssen wir das bezahlen. Das muß man bei dieser Gelegenheit auch einmal sagen. Wenn wir sehen, daß dort die AST so stark gefragt sind, daß sich wieder eine Linie auszahlen würde, dann müßten wir wieder eine Linie einsetzen. Ich möchte nur eines vermeiden, daß wir soweit aneinander vorbei reden, nur um über Hürden oder über einen Antrag oder eine Sitzung darüberzukommen, daß wir die Generallinie aus dem Auge verlieren. Kosteneinsparung ist gefragt und verlangt, auch vom Rechnungshof. Kosteneinsparung werden wir wohl machen müssen, wenn wir wollen, daß in Wirklichkeit, in Zukunft der öffentliche Verkehr ausreichend dargestellt werden kann. Wer nämlich glaubt, man kann das umsonst oder preiswert und billig darstellen, besonders dann, wenn nicht viele Leute einsteigen, der befindet sich im Irrtum. Attraktivierung, bitte sehr, beim öffentlichen Verkehr heißt, daß wir bessere Busse, bessere Wartehäuschen, bessere Linienführung und alle diese Dinge mehr haben. Die kosten aber Geld. Aufmerksamen Beobachtern des heutigen Sitzungsgeschehens wird ja nicht entgangen sein, daß wir vorher gerade, ganz locker und einstimmig und ohne jede Debatte, um 7 Millionen 3 neue Busse beschlossen haben. Also, lieblose Behandlung gegenüber den Stadtwerken kann man dem Gemeinderat der Stadt Steyr, besonders in letzter Zeit, nicht vorwerfen, weil wir haben 2 Busse, dann noch einmal 2 Busse und dann 3 Busse gekauft, obwohl sie noch gar nicht im

Investitionskonzept drinnen stehen. Das macht er erst, der Roman. Für das nächste Jahr vorweg haben wir schon wieder beschlossen und greifen hinein in die Regimentskasse. So möchte ich das sehen, liebe Freunde. In der Gesamtschau sollten wir das betreiben, Bekenntnis zum öffentlichen Verkehr, möglichst flächendeckende Versorgung. Aber bitte im Gleichklang mit der Annahme dieses Angebotes durch möglichst breitere Kreise der Bevölkerung. Dann wird sich das rentieren und das hängt wiederum damit zusammen, daß das auch in den Köpfen reifen muß. Es läuft nämlich eh zwangsläufig darauf hin. 200 neue Fahrzeuge, alle Jahre wieder. Das führt dazu, daß wir in 5 Jahren um 1000 Fahrzeuge mehr haben. 1000 Fahrzeuge mal 5 Meter, unseren Straßen gegenübergestellt, dann wissen wir, daß es eh sowieso automatisch einmal zusammenbricht. Zusammenbrechen muß. Für diesen Fall müssen wir vordenken und ein attraktives Angebot bereitstellen. Aber das Angebot darf kein Überangebot sein, weil sonst können wir es uns nicht leisten und dann bekommen wir früher den Finanzinfarkt bevor der Verkehrsinfarkt eintritt. Das möchte ich nicht haben.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Stadtrat Mayrhofer. Ich übergebe den Vorsitz wieder an den Bürgermeister.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Mein sehr geehrten Damen und Herren, geschätztes Präsidium. Ich kann mich den Worten des Bürgermeisters nur anschließen. Wenn man diese verschiedenen Anträge so sieht, dann hat man eigentlich das Gefühl, wir sind eh alle einer Meinung und es paßt eh alles, wir haben nur mit der Formulierung vielleicht ein paar Probleme. Wahrscheinlich ist es auch tatsächlich so, daß im Detail das Problem liegt. Daß das Anrufsammeltaxi sicher eine Möglichkeit ist, sinnvoll den öffentlichen Verkehr zu lenken und auch kostengünstiger zu gestalten, das ist unbestritten. Überhaupt keine Frage. Nur müssen wir uns schon überlegen, ist es sinnvoll, es voll flächendeckend zu machen oder, um in der Diktion des Bürgermeisters zu bleiben, möglichst flächendeckend. Wir müssen uns auch eines überlegen, setzen wir Kosten auf die Bestehenden drauf oder haben wir ein Budget, das es auch zu erfüllen gibt. Das nächste ist, wir müssen uns auch überlegen, machen wir wirklich etwas was die Bevölkerung will oder machen wir eine Zwangsbeglückung. Wir haben ja nicht umsonst einen Probelauf gemacht. Der war zuerst einmal auf ein halbes Jahr beschränkt. Nach diesem halben Jahr haben wir gesagt, gut, der Erfolg ist nicht der entsprechende, verlängern wir wieder um ein halbes Jahr. Nach diesem Jahr, mittlerweile, haben wir ein Ergebnis, das wirklich nicht unbedingt berauschend ist. Ich habe es in der Stadtsenatssitzung schon gezeigt. Die durchschnittliche Annahme auf dieser Strecke sind 2 Fahrten pro Tag. Das ist immerhin die Linie 10, wo ein Stadtteil mit 2.500 Leuten versorgt wird. Eine Fahrt auf dieser Strecke hat im Durchschnitt etwa 330,-- Schilling gekostet. Natürlich ist klar, wenn ich die Overheadkosten durch Hinzunahme von weiteren Linien niedriger bringe, daß ich natürlich bessere Zahlen zusammenbekomme. Nur, aufgrund dieser Ergebnisse der Probelinien jetzt zu sagen, locker, hurra, wir machen drei zusätzliche Linien, also das kann ich mir nicht vorstellen. Mir wäre eine Vorgangsweise lieber, wo man das wieder retour zu den Stadtwerken schickt und sagt, macht bitte wirklich eure Hausaufgaben, gebt uns ein gescheites Konzept vor. Aufgrund dieses Konzeptes entscheiden wir dann, ob es umgesetzt wird oder nicht. Hier bei diesen drei Anträgen, auch den von der sozialistischen Fraktion, habe ich ein bißchen das Problem, daß wir eigentlich sagen, wir machen es in den nächsten fünf Jahren flächendeckend und eigentlich nur sagen, wir machen ein Konzept dazu. Was ist aber wenn das Konzept zeigt, daß es in der Form nicht sinnvoll ist es flächendeckend zu machen und wenn das Konzept vielleicht auch zeigt wir brauchen zusätzlich, ich sage jetzt nur eine Zahl, 5 oder 10 Millionen zu dem Abgang von den 30 dazu. Darum stehe ich auch all diesen drei Anträgen eher skeptisch gegenüber. Ich hätte ganz gern, bevor man darüber entscheidet, ein fix fertiges Konzept der Verkehrsbetriebe und dazu sind sie eigentlich da, dafür werden sie bezahlt und das ist ihre Aufgabe.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, es ist natürlich etwas dran. Flächendeckend, was versteht man denn darunter. Wir versorgen ja keine Flächen, wir wollen Menschen versorgen. Es kommt wahrscheinlich darauf an, daß auf diesen

Flächen zumindest ein Potenzial vorhanden sein muß, das nach dieser Leistung verlangt. Flächendeckend ist ja ein Ausdruck aus der Geographie. Wir wollen ja eigentlich Menschen versorgen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das ist Verkehrsplanung!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, ich habe ja nichts dagegen.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Geographie war aber eh vor Verkehrsplanung. Ich nehme an, Verkehrsplanung kommt aus der Geographie.

Der Kollege Apfelthaler ist als nächster zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Geschätzte Damen und Herren im Gemeinderat. Der Bürgermeister hat zuerst gemeint, die Grünen haben die Linie verlassen. Ich glaube, daß er Unrecht hat. Ich glaube, daß er nicht einmal bei der Linie 10 Recht hat, wenn er mit Linie, die Linie 10 gemeint hat. Wenn sie sich erinnern, alle jene Obleute, die damals bei der Fraktionsobleutekonferenz gesessen sind, und wo es darum gegangen ist, wo sie gesagt haben, liebe Herren, wir sind vom Rechnungshof angehalten, daß wir diverse Linien ein bißchen zusammenschneiden und besonders die Linie 10, wo wir keine Leute reinbringen. Da war dann teilweise ein Staunen bis hin zu einer gewissen Hoffnungslosigkeit. Ich darf es noch einmal sagen, daß ich damals gesagt habe, wenn das schon unbedingt notwendig ist, dann müssen wir etwas für die Leute dort draußen machen. Ich habe dann vorgeschlagen, ob wir nicht unter Umständen das AST dort hinausführen. Also, es klingt immer ein bißchen anders, je nachdem wer über diese Problematik spricht. Wenn wir heute sagen, daß wir flächendeckend, bedarfskonform, menschenfreundlich oder kundenfreundlich etc. dieses ATS-System in Steyr wollen, dann ist es genau aus dem gleichen Beweggrund heraus, wie wir damals gesagt haben, die da draußen können wir unmöglich um 12.00 Uhr in der Nacht zu Fuß marschieren lassen. Das ist genau aus dem gleichen Beweggrund geschehen. Wenn man genau darüber nachdenkt, dann geht es eigentlich nur um die Kundenfreundlichkeit, die wir haben wollen rundherum und in der Stadt und vom Stadtzentrum heraus und wieder herein und in zweiter Linie, aber da verstehe ich sie sehr gut Herr Finanzreferent, wollen sie das natürlich auch einmal in Zahlen dargestellt haben. Das ist ganz klar. Aber jeder gelernte Gemeinderat und -rätin weiß, daß wir über die Jahre und Jahrzehnte immer unsere Problematik mit dem öffentlichen Verkehr in Steyr gehabt haben und noch immer haben werden. Hoffentlich nicht mehr lange, weil, ich denke, es wird sicher noch eine Zeit brauche, bis der ganze Betrieb dort oben neu strukturiert ist, bis der ganze Betrieb dort oben von Grund auf so reformiert ist, damit man jenen Dingen Tribut zollt, die wahrscheinlich in 5 oder 10 Jahren, oder vielleicht noch früher, schlagend werden, weil nämlich alle dann da stehen und wie sie gesagt haben, ich darf sie zitieren: „Finanzinfarkt vor Verkehrsinfarkt“. In Wahrheit haben wir den Finanzinfarkt ja schon. Insofern, weil erinnern sie sich nur, daß die gute Landesregierung für unsere Nordspange immer ein bißchen zediert, immer ein bißchen hinausschiebt und, daß wir in Wahrheit im Bund oder im Land ungleich mehr Geld ausgeben für den Individualverkehr als für den öffentlichen Verkehr. Wer sich hier im Bund oder im Land Oberösterreich oder auch in Steyr mit dem öffentlichen Verkehr beschäftigt, muß bemerken, daß im Verhältnis bundesweit 1:3, ein Teil für den öffentlichen Verkehr an Geldern aufgewendet wird und drei Teile für den Individualverkehr, obwohl ich auch zugebe, daß der gleiche Bus oder das gleiche individuelle Auto auf der gleichen Straße fährt. Das ist mir schon klar, aber man vergleiche nur mit Eisenbahn zu Autobahn etc. Das Problem werden wir nicht so schnell los werden. Meine Hoffnung ist, daß mit der neuen Führung in den Stadtwerken, die Direktion auch im Zusammenhang, auch mit einer Grundsatzklärung seitens des Gemeinderates, unter Umständen etwas dynamischer über das AST oder über den öffentlichen Verkehr nachgedacht

wird. Eines ist natürlich auch wichtig, daß das AST auch dort hinfährt, wo Leute sind. Damals war das ja auch eine Krücke, daß man gesagt hat, bevor auf der Linie 10 überhaupt nichts passiert, machen wir das AST, das ist aber überhaupt nicht signifikant, wie StR Mayrhofer hier Zahlen zitiert. Ich denke mir, das ist ganz klar, wenn ich in einem Spar-Geschäft nur Wurstsemmeln verkaufe, wird mir das ganze Geschäft wahrscheinlich teurer kommen, als wenn ich eine breite Palette habe, mit mehreren Angeboten.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Dann ist es ein „Spargeschäft“.

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Nein, ein „Spargeschäft“ ist es nicht. Das stimmt schon, aber ein „Spargeschäft“ ist es sicher nicht, es schmeckt sogar.

Was für mich auch der hauptsächliche Beweggrund dieses ATS ist, ist auch jener Grund, daß wir die Bürgerinnen und Bürger wieder an den öffentlichen Verkehr heranzuführen, mit einer komfortableren Lösung als wie mit einem schepperten Bus, der zwischen Münchenholz und Stadt hin und her fährt, mit einem wo ich stehen muß, wo mir die Leute die Packerl ins Kreuz drücken. Also, das sollte ja auch der Anreiz mit sein. Es kann ohne weiteres sein, wie es heute schon zitiert wurde, daß bei manchen Linien, wo wir die Bevölkerung wieder an den öffentlichen Verkehr heranzuführen, eines Tages wieder Busse fahren. Hoffentlich sage ich mir. Hoffentlich Busse, wo die Kostenrechnung halbwegs stimmt, es für die Gemeinde tragbar ist, es vor allem Dingen auch kundenfreundlich ist. In jeder Hinsicht hoffe ich das.

Zum Thema „Zwangsbeglückung“. Herr StR Mayrhofer, diese Rechnung, die sie zuerst angeführt haben, also, eine Zwangsbeglückung war es sicher nicht für die, die von der Diskothek um 12.00 oder um 1.00 Uhr mit einem AST heimfahren dürfen. Sicher nicht. Ich habe irgendwie das Gefühl, daß die ÖVP absolut gegen dieses AST ist.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Die Idee ist vom Holub gekommen.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Na und! Aber jetzt, wo wir in der Diskussion drinnen sind, kommt es mir vor wie wenn ihr euch verweigern würdet.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Es ist ein Unterschied zwischen flächendeckend und bedarfskonform.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Aber aus jedem Diskussionsbeitrag seitens der ÖVP liegt doch blankes Entsetzen, was das AST betrifft. Ich verstehe das irgendwie auch nicht, weil es ist im Grunde genommen extrem unternehmerfeindlich, wenn man das so, wie sie das jetzt betreiben, durchführen will. Sie sagen, es ist alles zu teuer, es ist eine Zwangsbeglückung und eigentlich braucht man das nicht, weil es wäre besser, wenn man die 300,-- Schilling, was da jetzt statistisch errechnet wurden, rückverrechnen würde bzw. wenn man die Taxi-rechnung von einem normalen Taxi zwischen der Feldstraße und dem Stadtplatz. Möglicherweise ist das schon billiger. Das kann schon möglich sein. Nur die Philosophie des AST ist es nicht. Das ist ja auch wichtig, denke ich mir. Meine Bitte, ich habe mir nämlich auch nicht vorgestellt, daß es noch zu überhaupt solchen Diskussionen führt, weil wir über das AST ja schon seit Jahren diskutieren, aber wenn es Beweggründe gibt, die das finanziell einmal darstellen lassen sollen, wenn es Beweggründe gibt, das in einem Konzept zu fassen, bitte sehr, denken wir halt wieder einmal darüber nach. Ich hoffe nur eines, daß wir diesen Ast oder dieses „Asterl“, auf dem wir sitzen, nicht selber wieder abschneiden. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte sehr. Als nächster war Kollege Hack gemeldet.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. Es ist schon stark, wenn uns vorgeworfen wird, daß wir unternehmerfeindlich sind, weil wir versuchen der Stadt Geld zu sparen. Das ist eigentlich eine gute Definition der ÖVP. Es ist überhaupt für mich ein ganz interessanter Prozeß, der da stattfindet, wie eine Arbeit im Kommunalausschuß vorbereitet wird, wie dort die Informationen fließen und wie das dann da herunter in den Sitzungssaal geht, wo dann irgendetwas beschlossen werden soll, was offensichtlich nicht so toll ist, wie es dargestellt wurde. Es steht da: „Aufgrund der positiven Erfahrungen“. Das ist auch etwas wo ich mich am Anfang, muß ich sagen, irreleiten habe lassen. Es hat immer nur geheißen, positive Erfahrungen und die Prozentzahlen, das sind fast 100 %. Ja, wenn ich von 1 auf 2 Fahrgäste steigere, dann sind es 100 %. Das ist aber bitte keine positive Erfahrung. Wir sind im Schnitt jetzt bei 1,2 oder 1,3 oder sonst wo. Dann habe ich einmal versucht, exakte Zahlen zu bekommen, das war auch nicht ganz so einfach, daß man die Abrechnungen und die Zahlen bekommt.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Nach Wels habe ich die Unterlagen nicht bringen können. Als Gemeinderat haben sie die Verpflichtung sich die Unterlagen zu holen und nicht sich zu beschweren, daß sie die Unterlagen nicht bekommen. Das muß ich ihnen schon sagen.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Ich habe die Unterlagen eh bekommen, aber es war gar nicht so einfach. Wie gesagt, wenn das positiv dargestellt wird, eine Fahrt von 1,2, dann ist das ein bißchen eine Irreführung, würde ich sagen. Es ist auch ein bißchen ein Problem, wenn wir sagen, wir machen die Erweiterung, jetzt machen wir noch ein paar Linien dazu, vielleicht auch noch im Versuch. Es ist dann immer schwieriger zurückzusteigen, auch keine Frage. Dann kommen erst die Investitionen. Da gibt es dann ein Weltsystem, das ist eine Zentrale in Linz, da wird dann die ganze Stadt Steyr digitalisiert und hin und her. Das sind Investitionskosten von etwa 1,5 Millionen Schilling. Betriebskosten, weiß ich nicht, wird auch einiges sein. D.h., es wird wahrscheinlich immer nur noch teurer.

Was ich nicht verstehe ist, daß die Taxler in Steyr nicht in der Lage sind sich selbst zu organisieren und vielleicht da etwas beizutragen. Das muß ich auch dazu sagen. Das ich jetzt von Steyr aus mit Linz telefoniere, daß in Steyr ein Taxi fährt, das ist mir ein bißchen schleierhaft. Das sind halt gewaltige Kosten, die meiner Meinung nach in diesem Fall sicher nicht vertretbar sind. Ich glaube, da gehört ein Konzept, das auf einer anderen Basis abläuft. Dazu wären ansich auch die Stadtwerke da dieses zu entwickeln. Das eine, mit Fixkosten von 14.000,-- Schilling im Monat für die Frau Kleinhagauer, ich bin es ihr vergönnt, hat offensichtlich nicht funktioniert. Das kann es doch nicht sein, daß wir die Fixkosten, in dieser Form, dafür tragen. Ich glaube, auf diesem Weg wird es nicht funktionieren. Meiner Meinung nach wären die Stadtbetriebe gefragt sich vielleicht ein vernünftigeres oder kostengünstigeres, bedarfsorientiertes System auszudenken.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Ich muß allerdings sagen, daß mehrjährige Bemühungen der Stadtwerke mit den Steyrer Taxlern, das AST-System zu einen wesentlich früheren Zeitpunkt, nämlich ungefähr vor 6, 7 Jahren, hat es schon schöne Pläne gegeben, wie das ausschaut. Das hat sich allerdings total zerschlagen. Ich muß zur Ehrenrettung der Frau Kleinhagauer sagen, daß sie die Einzige war, welche die unternehmerische Bereitschaft und das Risiko eingegangen ist und damals einen guten Willen gezeigt hat, als wir uns entschlossen haben, jetzt wollen wir es endlich machen und uns gesagt wurde, mit den Steyrer Taxlern nicht. Das bringen wir nicht auf die Welt. Ich habe nämlich mit der Frau Kleinhagauer persönlich gesprochen und sie war wirklich überraschend aktiv und bereit einzusteigen und das Risiko zu übernehmen. Sie hat allerdings gesagt, daß ihre Möglichkeiten bei einem Punkt X anstehen und, daß dann damit eine Erweiterung verbunden ist, daß andere miteingebunden werden müssen und daß dann diese Investitionen mit zentraler Rufanlage und all diese Dinge kommen. Dann kommen halt die Millionen ins Spiel, von denen immer die Rede ist.

Das muß uns auch klar sein. Wenn wir halt dort schnell eine Linie hinmachen, ein bißchen nach Christkindl und ein bißchen in die Waldrandsiedlung und nächstes Jahr kommt jemand mit Winkling und so etwas. Dann werden wir wahrscheinlich gar nicht auskönnen, so eine Funktaxizentrale zu installieren. Man muß schon sehen, wohin fährt man denn mit einem Zug. Ich glaube, daß wir uns schon über die Konsequenzen unseres Handelns klar sein müssen. Das gehört zu unserer Verantwortung. Nur um das möchte ich in Wirklichkeit bitten. Das kann man natürlich besser, wenn man auf diesem Blatt alles daraufstehen hat und nicht nur immer Teile und dann nicht immer nur auf verschiedene Blätter und solche Sachen.

In diesem Sinne möchte ich jetzt Kollegen Hauser bitten, daß er seine Ausführungen macht, er hat sich nämlich auch intensiv damit beschäftigt.

Gelächter

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Also, grundsätzlich stelle ich einmal fest, daß ich ein Befürworter des AST bin, weil ich glaube, daß es eine vernünftige Alternative zum öffentlichen Verkehr ist, eine Ergänzung.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Bei dem Foto in der Zeitung auch kein Wunder.

Gelächter

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Mein Gott, Neid ist grauslich, Herr Stadtrat. Das ist ja furchtbar. Aber ich verleugne das auch nicht. Ich habe es 20 Jahre in meiner Freizeit gemacht und es war auch viel Positives. Ich bin aber sehr dankbar, wenn mir immer wieder jemand etwas Neues erzählt, was es da noch so gäbe. Ich glaube aber trotzdem, daß beim AST dieses Grundkonzept ein ganz Wesentliches ist, das vor allen Dingen, für meine Begriffe, einige Kriterien enthalten muß, auch dahingehend, daß man nicht immer ständig falsch argumentiert. Also, Herr Kollege Hack, sie reden immer nur von absoluten Zahlen. Positiv stellt sich dar, daß dort kein Autobus mehr fährt oder die zwei Fahrgäste, wenn sie das so sagen, oder die zwei Fahrten nur diesen Kostenaufwand haben, da stellt es sich schon positiv dar. Wenn ich es natürlich in absoluten Zahlen ausdrücke, dann ist es nicht so, daß es natürlich als Alternative durchaus geht. Ich denke mir, daß man alle Statistiken nicht immer nur in Absolutismen sehen kann sondern, daß man auch das Zusammenwirken finden muß. Warum ich auch so sehr auf ein Grundkonzept bzw. Gesamtkonzept plädieren möchte, das fußt für mich auch noch in einer anderen Situation. Wir reden unter anderem davon, daß wir erwarten, daß wir vielleicht nächstes Jahr im März oder so, diese Verkehrsdrehscheibe in Betrieb nehmen können und, daß es letztendlich auch zu einer neuen Linienführung des öffentlichen Verkehrs in weiten Bereichen kommt und ich denke mir, in diesem Zusammenhang sollten wir das auch sehen, daß es womöglich bei dieser neuen Linienführung auf der einen Seite sowieso schon zu einer Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs kommt und es hier womöglich noch einfacher ist, gleich in einem darüber nachzudenken, wie es zur Harmonisierung von Endzeiten kommt. Das ist nämlich auch ein wichtiges Element. Wenn ich mir nämlich vorstelle, daß wir lauter unterschiedliche Endzeiten haben, ist es ja nicht so einfach, sozusagen, möglichst flächendeckend ein AST durchzuführen, weil der wird keine Freude haben, wenn er aus dem öffentlichen Bus auf der Verkehrsdrehscheibe aussteigt und dann in ein AST umsteigt, weil ja in diese Richtung, wo er jetzt gerne hin möchte, kein Bus mehr fährt und dann bezahlt er sozusagen drauf. Alle diese Dinge, glaube ich, muß man überlegen, damit wir hier zu einer vernünftigen und gesamtheitlichen Lösung kommen.

Das 2., was ich dazu bemerken möchte ist, daß für mich auch wesentlich wäre, hier Zahlen und Ziffern ablesen zu können, wie es im Vergleich zu anderen aussieht. Also, Wels hat ein AST, Linz hat eines. In Linz fahren 170 Fahrzeuge für dieses System, in Wels ca. 25. In Wels stellt sich z. B. der Unterschied dar, daß es einen ganz anderen öffentlichen Verkehr als bei uns gibt, weil er dort aus

privater Hand betrieben wird, daher eine viel schlechter Erschließung im Rahmen der Linienführung ist. Die fahren unter anderem am Sonntag und an Feiertagen überhaupt keinen öffentlichen Verkehr sondern alles mit AST. Ich denke, diese Gegenüberstellungen wären halt wichtig, daß wir sie da drinnen haben.

Bezüglich der Fixkosten möchte ich Herrn Kollegen Hack schon noch eines sagen. Eine Leitzentrale oder eine Mobilitätszentrale oder wie immer wir das nennen, werden wir um 14.000,-- Schilling nicht bekommen, wenn wir das selber betreiben. Es gibt unter anderem hier Institute, die das sozusagen auch außen bedienen. Auch das müssen wir uns überlegen, ob wir so etwas selber in der Stadt installieren müßten oder ob es nicht andere Systeme gibt, gerade auf dem digitalisierten Weg, daß man sagt, es wäre möglich, das zu leiten.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Gibt es eh! In Linz, 1,8 Millionen!

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Schauen sie, ich habe mich erkundigt, lieber Kollege Hack. Es würde einen gewissen Obolus an Fixkosten bedeuten, die die Stadt überweist, sozusagen an dieses Institut. Die Investitionskosten für die Leitungen müssen sie legen, aber nicht die Zentrale kostet das. Die Frage ist nur, daß wir es hochrechnen müssen, was kommt uns billiger. Daß wir es selber betreiben, daß wir wieder eine Untergruppe oder ein Institut in der Stadt bekommen oder, daß man von dem berühmt-berüchtigten Wort, das ja gerade die ÖVP immer so stark schwingt, wenn ich das jetzt ein bißchen hypothetisch sage, „weniger Staat mehr privat“, das umlege in „weniger Stadt mehr privat“ könnte man da auch sagen, daß man da auch diese Überlegung anstellt. Ich glaube, daß man da einfach nachrechnen muß, was kommt uns kostengünstiger und billiger. Das kann aber nur passieren, indem man es vernünftiger angeht und ein Gesamtkonzept erstellt.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Jawohl, ganz richtig, das sollen sie aber auch einmal machen.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Das muß man halt auch verlangen, und um das geht es.

BÜRGEMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

So. Kollege Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Ich möchte vorerst einmal feststellen, daß wir uns damals, als wir uns im Gemeinderat befunden haben, das AST einzuführen, sehrwohl gefreut haben. Das war nämlich wirklich ein langjähriger Wunsch. Immer wieder hat Karl Holub auf das AST hingewiesen und immer wieder hat er es gefordert. Wir haben uns eigentlich damals gefreut, als es eingeführt wurde. Wir stehen auch heute zum AST und haben diese Linie auch nicht aufgegeben. Wir meinen aber, AST nicht um jeden Preis. All das, was wir jetzt überlegt haben und all das, was jetzt gesagt wurde, über die Berechnungen, über das Nachfragen und Nachdenken, über das Ausrechnen, genau das wäre eigentlich schon die Aufgabe gewesen, die man in den Stadtwerken hätte machen müssen. Deswegen können wir uns schon in Richtung eines Änderungsantrages, der ein Gesamtkonzept bis zu einer gewissen Zeit verlangt und zielgerichtet verfolgen läßt, dann können wir uns schon finden, dort zuzustimmen. Wir können uns finden zuzustimmen, wenn flächendeckend bedarfskonform heißt, wie es Herr Kollege Apfelthaler sagte. Wenn wir diese Dinge zusammendenken und zusammenbringen und wenn wirklich ehrlich und ein überlegtes Konzept erarbeitet wird, das wir dann sehrwohl auch noch einmal hier bereden, dann können wir uns sehrwohl finden, daß wir einen der Abänderungsanträge, die dieses Konzept da vehement klar definieren, nämlich das Verlangen des Konzeptes, dann können wir uns dorthin finden. Wir können uns in Richtung Abänderungsantrag Bremm, in die Richtung können wir uns finden und dort können wir mit diesen Überlegungen bedarfskonform noch einmal beraten und dann können wir uns hinfinden und dem vielleicht zustimmen.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Dann wollen wir eh alle das Gleiche.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Das haben wir ja immer gemeint.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber welche Zahlen gelten? Da haben sie sich noch nicht geäußert, was fehlt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Weitere Wortmeldungen bitte? Frau Frech die 2.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Nach der letzten Wortmeldung vom Kollegen Lengauer, habe ich wieder das Gefühl, vielleicht finden wir doch wieder ein bißchen zusammen. Ich glaube, das Grundproblem, das man jetzt herausgehört hat, in dieser ganzen Diskussion, ist, daß wir ganz woanders steckengeblieben sind und zwar dort, einmal die Grundsatzdiskussion zu führen, was ist uns der öffentliche Verkehr überhaupt wert und ist er uns überhaupt etwas wert. Ich glaube, diese Diskussion ist hier herinnen, zumindest seit ich hier bin, zu wenig geführt worden, weil wenn ich mir ansehe, wir diskutieren die ganze Zeit über betriebswirtschaftliche Kosten. Ich gebe ihnen schon Recht, Herr Bürgermeister, daß sie natürlich schauen wollen, daß der Kostendeckungsgrad größer wird und daß wir einen geringeren Verlust haben als die 30 Millionen. Aber es geht nicht nur um betriebswirtschaftliche Argumente, Herr Kollege Mayrhofer, es geht auch um volkswirtschaftliche Argumente. Was hier noch nicht gefallen ist, ist, daß es uns ja ein Anliegen sein muß, den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren. Wir wissen aus sämtlichen Verkehrsprognosen, daß uns die Autolawine über kurz oder lang überrollt. Je mehr wir in den öffentlichen Verkehr gehen, desto mehr an Lebensqualität haben wir, weniger Staus, weniger Abgase. Auch das muß uns etwas wert sein. Was hier überhaupt nie kommt bei der Kostenwahrheit, sind die Kosten des motorisierten Individualverkehrs, des Straßenbaus, da fragt kein Mensch ob sich das rechnet oder nicht.

Verschiedene Zwischenrufe verschiedener Mandatäre.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Schon, aber da höre ich nie die Argumente, wenn es um 1 km Straßenbau geht, das können wir uns nicht leisten. Nur ausgerechnet beim öffentlichen Verkehr kommt zuerst das Kostenargument. Weil hier die Philosophie angesprochen wurde. Ich möchte nur sagen, geschätzter Herr Bürgermeister, dem kann ich mich nicht ganz anschließen. An meiner Philosophie steht nicht an erster Stelle die Einsparung von Kosten sondern an erster Stelle ein attraktives Angebot. Wenn es zugleich auch noch mit Einsparung verbunden ist, dann umso besser. Aber es muß uns auch ein Anliegen sein, ein attraktives Angebot zu haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es muß kein Widerspruch sein!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Es muß kein Widerspruch sein! Aber der Zugang sollte doch der sein, ein möglichst attraktives Angebot an die Bevölkerung zu erstellen, daß die es auch annimmt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gegenwärtig ist das attraktivste Angebot um 12.00 Uhr in der Nacht mit einem 50-Sitzer-Bus im Münichholz herumzufahren und da sitzen 1 oder 2 Personen drinnen. Jetzt frage ich mich: „Könnten

wir das nicht auch kostengünstiger, weniger umweltbelastend, vielleicht mit einem Anrufsammeltaxi machen?“ Nicht um 10.00 Uhr, wenn Schichtschluß ist um halb 11 Uhr. Ich will ja eh nicht, daß ich zu den Metall- und Bergarbeitern die dort tätig sind sagen muß, sie müssen in Zukunft mit dem Taxi fahren. Dann werden die wahrscheinlich sagen, jetzt hat es mich erwischt, das werde ich eh nicht tun. Aber nachher, wenn die Frequenzen schwer hinunterfallen, dann müßten wir doch über das reden können. Das müßte doch möglich sein. Verstehen sie mich! Wenn ich mir dann auch einmal Kosten erspare und woanders ein besseres Angebot machen will und muß, weil es verlangt wird, dann werden wir zuerst einmal mit dem AST fahren, damit wir nicht wieder gleich mit dem Bus fahren, der dann wieder leer ist und den wir dann wieder zurücknehmen müssen. Das kann doch für alle nur wünschenswert sein. Oder?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wenn es attraktiver ist und das AST ist in diesem Fall ja attraktiv, weil es bis vor die Haustüre fährt, dann sowieso. Aber es soll nicht immer nur der Kostenaspekt der 1. sein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Beim Individualverkehr möchte ich schon bemerken: „Was ist der Unterschied zwischen einem Individualverkehr und einem AST, was mit durchschnittlich 1,2 Personen fährt?“

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ein berechtigter Einwurf. Ich sehe zur Zeit keine Wortmeldung. Der Kollege Walter Gabath hat es sich überlegt.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Es ist gefragt worden, was sich die Stadt Steyr den öffentlichen Verkehr kosten läßt. Der Herr Bürgermeister hat es schon gesagt, 30 Millionen Schilling im Jahr. Ich sehe aus diesen 30 Millionen Schilling die Verpflichtung für die städtischen Verkehrsbetriebe nach bestem Wissen und Gewissen und nach dem kaufmännischen Prinzip zu hantieren. Das habe ich seinerzeit in der HAK gelernt und d.h. mit dem geringsten Aufwand den größten Erfolg erzielen. Dazu sind die Leitung, die Techniker, die Fachleute in den Stadtwerken verpflichtet. Das müssen wir ihnen immer wieder sagen. Wir sind für die Einführung eines AST aber im Rahmen dieses Abganges. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Keine Wortmeldung mehr? Schlußwort Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich muß mir jetzt wirklich überlegen, wie ich beginnen soll, denn jeder weiß, daß ich schon sehr lange hier in diesem Gemeinderat tätig bin, aber es gibt immer wieder Überraschungen und Veränderungen, wo man eigentlich darüber nachdenken muß, ja ist man denn, und ich beziehe mich jetzt auf die Tätigkeit im Kommunalausschuß, dort nicht anwesend oder bei falschen Sitzungen gewesen. Das muß ich hier mit aller Deutlichkeit sagen. Kollege Bremm, ich habe niemanden einen Vorwurf gemacht, weil er dort, von deiner Fraktion spreche ich jetzt, im Kommunalausschuß seine Vorstellungen kundtut. Für das ist der Kommunalausschuß da. Na selbstverständlich. Ich habe auch eine Verpflichtung als Ausschußvorsitzender die Beschlüsse zu vollziehen. D.h., dafür Sorge zu tragen, das, was im Ausschuß besprochen und beschlossen worden ist, obwohl es nur empfehlenden Charakter hat, an die entsprechenden Stellen weiterzuleiten. Ich wundere mich jetzt aber wirklich, wenn hier vor allen Dingen der Kollege Hack auftritt, der ein vehementer Verfechter war, in mehreren Sitzungen, für die Ausdehnung des Sammel-Anruf-Taxis im gesamten Stadtgebiet. Jetzt frage ich mich wirklich, Herr Kollege Mayrhofer, redet ihr nicht miteinander? Ich bin wirklich überrascht und verwundert über derartige Wortmeldungen, die gekommen sind, die wirklich darauf

hinweisen, daß offensichtlich in der ÖVP-Fraktion ständig von verschiedenen Dingen geredet wird. Das ist wirklich sehr erstaunlich und ich bin, ich glaube das wird mir ein jeder bestätigen, sehr kooperationsbereit. Ich darf jetzt wirklich sehr deutlich in Erinnerung rufen, daß es ein Auftrag an die Stadtwerkedirektion war, in einer weiteren Stufe, nämlich Stufe 2, entsprechende Konzepte vorzulegen. Es war ja nicht Jux und Tollerei warum man auf die Linie 6, 7 und 8 gekommen ist. Das hat genauso Hintergründe gehabt warum man auf der Linie 10 dort ein AST eingeführt hat. Ja warum bitte war denn das? Deswegen, weil man dort auf der Linie 10 sehr einschränkende Maßnahmen getroffen hat. Dort fährt bekannterweise ein Kurspaar vormittags und ein Kurspaar nachmittags. Deswegen ist man darauf gekommen, dort, in erster Linie einmal zu probieren, wie das AST angenommen wird, weil man davon ausgegangen ist, daß entsprechender Bedarf vorhanden ist. Natürlich war man sich klar, daß eine Neueinführung eine gewisse Anlaufzeit braucht und daher hat man dann auch im Kommunalausschuß die Empfehlung abgegeben, man möge auf ein weiteres halbes Jahr diesen Probetrieb dort einführen. Es haben sich auch dort, die Zahlen liegen ja vor, durchaus positive Ergebnisse, wenn man die Anfangszahlen betrachtet, ergeben. Die gewünschte Erweiterung auf der Linie 6, 7 und 8, die vom Ausschuß dort diskutiert wurde, war ja auch deswegen vorgeschlagen worden, in Anlehnung an die Linie 10, denn bitte dort ist die gleiche Situation. Es gibt auf der Linie 6, 7 und 8 ab 18.45 Uhr kein öffentliches Verkehrsmittel. Ich glaube, daß man da den Grundintentionen durchaus Rechnung trägt, Herr Bürgermeister, da sind wir durchaus einer Meinung nur hast du dich da widersprochen. Das ist ja genau der Grund, warum man dort ein AST vorgeschlagen und gewünscht hat, weil man dort Bedarf festgestellt hat und weil man klar feststellen konnte, wenn dort ein öffentliches Verkehrsmittel eingesetzt werden würde, dann würde das wesentlich höher Kosten verursachen und wäre auch nicht vertretbar gewesen, denn da wäre dann wirklich das eingetreten, daß man Busse fahren läßt, wo möglicherweise nur 2, 3 Leute drinnen sitzen. Das wäre nicht vertretbar gewesen. Das war auch der wahre Hintergrund. Wenn man schon von den Kosten spricht, dann muß man auch einen Gesamtdurchschnitt ausrechnen, Herr Kollege Mayrhofer, dann kommt man, wenn man die Gesamtzahlen betrachtet, die ja kein Geheimnis sind, auf Kosten pro Fahrt von 203,-- Schilling. So sieht es in Wahrheit aus, weil ein bißchen rechnen kann ich auch noch. Aber wie gesagt, noch einmal, wenn jetzt, und da komme ich mit dem Grundkonzept, es ist ja erstaunlich, wir haben ja ein paar Stunden diskutiert und eigentlich sind wir darauf gekommen, daß wir eh alle einer Meinung sind, die ÖVP wirklich nur von den Kosten redet, was diese Dienstleistung an den Bürger betrifft, dann möchte ich auch eines hier in den Raum stellen, war auch mehrmals Diskussion im zuständigen Ausschuß und ich gehe jetzt davon aus und das wird mir jeder bestätigen können, daß ich in Zukunft keinerlei Maßnahmen unterstützen werde, auf die neue Linienführung anspielend, die dafür geeignet ist, die Situation für die Kaufleute und Gewerbetreibenden am Stadtplatz zu verschlechtern durch Rücknahmen des öffentlichen Verkehrs. Dazu bekenne ich mich.

Jetzt komme ich auf die Kostenfrage. Herr Mayrhofer und vor allen Dingen Herr Hack verlangten im Ausschuß einen 5-Minuten-Takt. Alle Anderen, habe ich zumindest so den Eindruck gehabt, gehen eher den Vorschlägen der Stadtwerke nach. Den Linienast 2 aufzuteilen und zwar die Möglichkeit zu schaffen, daß man in Zukunft, wenn der neue Busbahnhof in Betrieb geht, von zwei Seiten in einen ¼-Stunden-Takt den Stadtplatz erreichen kann. Sie verlangen einen 5-Minuten-Takt. Ich frage sie Herr Hack. Wissen sie, was das kostet? Wissen sie das? Sie haben einmal eine Äußerung gemacht, es ist unzumutbar, obwohl sie ständig Ausweitungen verlangen einerseits, sie haben andererseits aber eine Aussage gemacht, daß es der Bevölkerung nicht zumutbar ist, daß in einem Stadtteil ein AST eingeführt oder betrieben wird und alle zahlen mit. Jetzt frage ich sie: „In welcher Größenordnung glauben sie, liegt der 5-Minuten-Takt, den sie verlangen und den auch alle bezahlen müssen?“ Nämlich auch jene, die nicht am Stadtplatz hineinfahren. Ich sage es ihnen. Gering geschätzt kostet das zwischen 3,5 und 4 Millionen Schilling.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
Bei den Stadtwerken.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Wir haben halt ein öffentliches Verkehrsmittel. Jetzt komme ich zu dem Abänderungsantrag der hier

von der SPÖ bzw. vom Kollegen Bremm eingebracht wurde, dem ich durchaus die Zustimmung geben kann, das sage ich gleich vorweg, das ist für mich überhaupt kein Problem. Es geht ja nur darum, daß man ihm einfügt, daß ein Gesamtkonzept durch die Stadtwerke bis Februar 1999 erstellt wird, denn das liegt durchaus auf der Linie, die unsere Fraktion vertritt. Was ja auch grundsätzlich in einer weiteren Ausbauphase, und ich habe es ja auch bei meiner ersten Wortmeldung gesagt, geplant war, daß man nämlich ein Konzept erarbeitet, Taxiunternehmen miteinbezieht, weil da geht es dann in andere Größenordnungen. Herr Kollege Kupfer, um auf ihre Wortmeldung zurückzukommen. Ich habe auch kein Problem, den Punkt 3) nicht so negativ zu sehen. Deshalb, es wird da folgendes geschrieben - Ersatz von konventionellen Linienverkehr bei sehr geringer Inanspruchnahme, was im Regelfall die Einsparung von Betriebskosten ermöglicht. Sie haben gemeint, daß dann die Gefahr besteht, daß man jetzt gleich schwach frequentierte Linien einstellt. Kollege Kupfer, so ist es ja in Wahrheit nicht, denn darüber müssen auch politische Gremien entscheiden und dann wird eben definiert, was ist eine geringe Inanspruchnahme. Denn dann kann man durchaus wieder, und da gebe ich der Frau Kollegin Frech Recht, die Grundsatzdiskussion, und ich kann sie beruhigen Frau Kollegin, diese Grundsatzdiskussion - was ist der Stadt der öffentliche Verkehr wert - den führen wir wirklich schon seit Jahren, aber das können sie nicht wissen, da sie ja erst seit kurzem im Gemeinderat sind. Ich würde daher vorschlagen, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, nachdem ja auch von der ÖVP-Seite her gesagt wurde, Herr Kollege Lengauer und Herr Kollege Gabath haben es auch dokumentiert, daß sie dem die Zustimmung geben könnten, daß man darüber abstimmt, was jetzt die Ergänzung betrifft die von der SPÖ bzw. vom Kollegen Bremm eingebracht wurde nämlich, daß ein Gesamtkonzept durch die Stadtwerke bis Februar 1999 erstellt wird. Ich darf sie bitten, dem Antrag die Zustimmung zu geben. Wir von der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion haben sicherlich kein Problem, denn das liegt auf unserer Linie.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über den Abänderungsantrag der GAL-Fraktion abstimmen. Wer für diesen stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Wer ist gegen diesen Antrag? Wer übt Stimmenthaltung? (3 F -Vzbgm. Dr. Leopold Pfeil, GR Elfriede Reznar, GR Ing. Klaus Hoflehner, 1 SPÖ - GR Wilhelm Hauser, 1 LIF). Nunmehr lasse ich über den Hauptantrag in der Form der Abänderung abstimmen. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Wer ist gegen diesen Antrag? Wer übt Stimmenthaltung? (2 GAL). Gut. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Ich bedanke mich für die tiefeschürfende Diskussion. Nächster Berichterstatter ist Herr Stadtrat Mayrhofer. Bitte sehr.

BE: STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Beim ersten Antrag handelt es sich um das Projekt Hangweg Ennsleite zwischen Parkdeck und Wokralstraße, über die Vergabe des Geländers. Es gab zwei Möglichkeiten. Entweder stahlverzinkt oder in Holz Ausführung. Nach eingehender Beratung und Einholung der Kostenvoranschläge wird der Vorschlag gemacht es stahlverzinkt zu machen. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

30) BauStr-5/98 Hangweg Ennsleite zwischen Parkdeck und Wokralstraße; Errichtung eines Geländers; Auftragsvergabe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 11. August 1998 wird der Auftrag zur Errichtung eines feuerverzinkten Stahlgeländers für den Hangweg Ennsleite zwischen Parkdeck und Wokralstraße an die Firma Weichselbaumer, Steyr zu den Gesamtkosten von S 311.159,89 incl. MWSt. übertragen.

Die im Haushaltsplan 1998 vorgesehenen Mittel von S 215.000,-- sind bei VSt. 5/612100/002300 freizugeben.

Der Rest von S 97.000,-- wird durch eine Kreditübertragung von 5/612000/002510 (Straßenbau

Dachsbergweg) zu VSt. 5/612100/002300 finanziert. Die Mittel für die Zufahrt Dachsbergweg (ehem. Liegenschaft Hofstetter) werden heuer nur mehr zum Teil benötigt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 312.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehensbedingungen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Ich ersuche um Diskussion bzw. um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Ich habe inzwischen den Vorsitz übernommen. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe mich jetzt schon direkt auf diesen Tagesordnungspunkt gefreut. Nach dem Bekenntnis gegen den öffentlichen Verkehr seitens der ÖVP, wo sie den Rösslsprung mit Salto rückwärts dann doch wieder geschafft haben, doch wieder dafür zu stimmen und die lichtvollen Ausführungen schon etwas interessant waren, vor allen Dingen, da sie sich hauptsächlich mit den Problemen der Stadtwerke offensichtlich beschäftigt haben, aber sich nicht wirklich konkret auslassen haben was ihnen da jetzt nicht paßt, welche Zahlen sie nachfordern oder ob sie irgendetwas nicht bekommen haben oder ob sie vielleicht wirklich fahrlässig, wie sie gesagt haben, so in der Richtung, daß die dort ungeeignet sind zu wirtschaften. Ihr Vorgänger, der Herr Holub, hat auch immer sehr stark die Stadtwerke kritisiert, aber er hat Daten, Fakten und Zahlen auf den Tisch gelegt und es hat sich sicherlich auch einiges geändert. Sie sind halt in einem Fahrwasser drinnen, sie machen es auch, aber sie machen es schlechter. Nur eines, darum habe ich mich auch jetzt zu Wort gemeldet. Sie haben gesagt, daß die Stadtwerke die Verpflichtung haben, dafür werden sie bezahlt. Sie, Herr Mayrhofer, werden für ihre Tätigkeit bezahlt. Nicht schlecht, wie wir alle wissen. Sie haben sich auch darum gerissen, daß sie das Straßenbauressort bekommen haben obwohl es wissend, daß es nicht günstig ist, daß man eine Trennung hat zwischen Straßenbau und Verkehrsressort. Überall woanders ist es natürlich in einer Hand. Bedenken meinerseits wurden vom Tisch gewischt. In der letzten Stadtsenatssitzung am Donnerstag, und jetzt komme ich auf den Tagesordnungspunkt zu sprechen, haben wir gesagt, im Bereich des Bahnhofes, im Bereich Paddlerweg, werden jetzt Dinge errichtet und getan, dort werden aber nur Fußwege errichtet. Wir diskutieren und bezahlen ein Radwegkonzept, wo genau hier etwas gefordert wird, was aber heute in ihrem Antrag nicht enthalten ist. Sie haben gesagt, sie werden es heute vor Beschlußfassung mitteilen. Das haben sie bis jetzt nicht getan. Ich darf ihnen vorlesen, vielleicht haben sie es nicht gelesen. Wenn sie es nicht mitbekommen haben, dann lese ich es ihnen jetzt noch einmal vor. Denn es ist schon sehr interessant nämlich im Radwegkonzept steht drinnen, daß genau hier, dieser gegenständliche Weg, der beste Radweg ist, weil wir ja die Verbindung zur Schillerstraße rauf vom Zentrum haben. Ich lese hier vor. Das ist jetzt aus dem Radwegkonzept: „Eine nahezu perfekte Verbesserung im Bezug auf die Erreichbarkeit der Ennsleite bietet die derzeit im Bau befindliche Verkehrsdrehscheibe Bahnhof Steyr mit dem Parkdeck. Radfahrer könnten mit dem vorgesehenen Lift zum oberen Parkdeck und anschließend über einen Steg die B 115 queren zum Ennsleitenhangweg fahren. Anschließend besteht die Möglichkeit eines sogenannten Hangweges mit ca. 7 % Steigung zur Schillerstraße.“ Wir reden von Erreichbarkeit von der Schillerstraße. Ich weiß schon was sie replizieren wollen, aber hier geht es um die Schillerstraße. Und der Verkehrsplaner für das Radwegenetz weist darauf hin, daß hier 3 m vorzusehen sind, aber beim hangseitigen Aushub kann möglicherweise mit anstehenden Konglomerat gerechnet werden, wodurch teure Stützmauern erspart werden. Hier ist eine Machbarkeitsstudie erforderlich. Dieser Steg, und jetzt kommt es, ist derzeit als Fußgängersteg geplant und müßte auf eine Mindestbreite von 2,5 aufwärts geplant werden. So im Originaltext. Es bietet sich auch eine Wegverbindung usw. in Richtung Steyr-Werke an. Also, meine konkrete Frage an sie: „Gehen ihre beiden Anträge, ich nehme den Paddlerwegantrag, den sie uns auch versprochen haben, heute mitzuteilen, in Richtung Konformität mit dem Radwegplan mit oder nicht?“ Weil ansonsten müssen sie sich schon an der

eigenen Nase nehmen und sagen, hier sollte man doch noch einige Gespräche führen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht dazu noch jemand das Wort? Herr Gemeinderat Oppl bitte.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich kann ihnen jetzt nicht ganz folgen, Herr Dr. Pfeil. Für mich steht außer Frage, ob der Weg jetzt 3 oder 2,5 Meter breit ist. Das wird ein Rad- und Gehweg sein. Ich kann hier an dieser Stelle nur als Ennsleitner Mandatar meinem Ausdruck Freude verleihen ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Er ist als Fußweg geplant!

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Kaprizieren sie sich nicht immer so auf formelle Sachen, sie sind ja schon, das muß ich jetzt einmal sagen, gleich bürokratischer als so mancher Beamter, Herr Dr. Pfeil.

Gelächter

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Mich freut es auf alle Fälle und ich weiß, daß sich alle Ennsleitner, und das sind insgesamt doch 6.300 Personen, auch wirklich über diese Verkehrsanbindung freuen. Ich kann euch sagen, daß der Weg jetzt noch nicht einmal fertig ist und er wird von den Ennsleitnerinnen und Ennsleitner schon sehr viel frequentiert. Von Fußgängern genauso wie von Radfahrern. Es ist überhaupt kein Problem wenn der Weg jetzt vielleicht ein paar Zentimeter schmaler ist, als wie in einer Expertise angeführt, als er sein sollte. Der Weg wird trotzdem benützt. Wie gesagt, es gibt da überhaupt kein Problem. Für mich als Ennsleitner, und da weiß ich mich in meiner Meinung von vielen anderen Bewohnern der Ennsleite bestätigt, ist die logische Konsequenz aus diesem Projekt, das ja unter anderem ein Ausfluß aus unserem Stadtentwicklungskonzept ist, die direkte Anbindung an den Stadtplatz in Form eines Steges der über die Enns direkt am Stadtplatz führt. Ich weiß, wir haben im Bauausschuß schon darüber diskutiert und ich weiß auch ihre Befürchtungen bezüglich der ganzen Wirtschaft. Ich bin aber überzeugt, wenn im Zusammenhang mit dem Rückbau der ganzen Färbergasse etc. das Ennsdorf so attraktiv gestaltet wird, daß es sicherlich zu überhaupt keinen Problemen kommen wird. Man muß bedenken, daß von den 6.300 Personen auf der Ennsleite gut 1/3 über 55 Jahre und älter sind. Es liegt einfach auf der Hand, daß man diese Konzeption weiter verfolgt. Wenn man bedenkt, wie lange so ein Projekt einen Vorlauf braucht bis es überhaupt zu einer konkreten Planung kommt bzw. zu einer Realisierung, würde ich jetzt schon ersuchen, daß wir die Diskussion aufnehmen. Trotz unterschiedlichster Standpunkte bin ich aber trotzdem überzeugt, daß wir zu einem gemeinsamen Ergebnis, im Sinne der 6.300 Ennsleitnerinnen und Ennsleitner, kommen werden, daß sie dann direkt ins Zentrum kommen können und auf Umweg wieder über das Ennsdorf auf die Ennsleite gehen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Gemeinderat Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte mich dem anschließen, was Kollege Oppl gesagt hat, daß die Fußwegverbindung eine gute und eine wichtige Verbindung ist. Zu Beginn hatte ich auch eine ähnliche Befürchtung wie Kollege Vzbgm. Pfeil, daß dieser Weg unter Umständen für Radfahrer nicht nutzbar ist. Ich habe dann auch mit dem Verkehrsplaner der Stadt gesprochen und bin den Weg selbst gefahren. Es ist kein Problem dort mit dem Rad zu fahren, auch wenn Fußgänger gehen. Da muß man dann natürlich langsamer fahren. Die Probleme beginnen ein bißchen später, bei

der Brücke, das stimmt. Dieses kleine Stück muß man schieben. Das gravierendere Problem für die Radfahrer und Fußgänger beginnt dann aber am Parkdeck selbst. Ich denke mir, hier ist nicht die beste Lösung getroffen worden. Wir haben auch im Bauausschuß darüber diskutiert und sind es auch begangen, daß man als Fußgänger, der von der Ennsleite runterkommt, über diesen attraktiven schönen Weg und auch diese schöne attraktive Brücke, dann sozusagen direkt in den Verkehr einmündet. D.h., es gibt keinen geschützten gesicherten Fußgängerbereich sondern man geht genau dort, wo auch die Autos auf die zweite Höhe des Parkdecks auffahren und geht dann zur Stiege bzw. zum Aufzug und fährt dann runter. Das ist nicht wirklich eine attraktive Lösung, obwohl die Fahrbahn dort sehr breit ist, aber man geht halt mitten am Parkdeck und das ist meiner Ansicht nach nicht wirklich eine attraktive Fußgänger Verbindung.

Über die zweite Angelegenheit - „Fußgängersteg“ - haben wir auch schon im Bauausschuß diskutiert. Ich denke mir, es ist eine ganz wichtige Sache darüber weiter zu diskutieren. Ich möchte das aber heute nicht mehr anreißen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, dann wird uns der Referent im Schlußwort aufklären.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Danke. Ich bedanke mich auch bei Herrn Vzbgm. Dr. Pfeil für seine persönlichen Angriffe. Wenn man die schon macht, dann sollte man wenigstens schauen, daß sie qualifiziert sind. Was sie in der letzten Stadtsenatssitzung wissen wollten war, ob beim Aufgang, bei der Stiege vom Paddlerweg hinauf, ob das das Radwegekonzept tangiert, ja oder nein. Ich habe versprochen im nächsten Stadtsenat darüber Stellung zu nehmen. Wenn sie es heute hier im Gemeinderat wünschen, so ist das überhaupt kein Problem und ich darf ihnen die Stellungnahme der zuständigen Fachabteilung vorlesen:

„Die vorgesehenen Maßnahmen zur Sicherung der Stützmauer im Anschluß an den Stiegenabgang beim Kollertor betreffen ein Teilstück der Mauer, welches vom Abgang zum rechten Ennsufer bereits abgerückt ist. Bei den auszuführenden Arbeiten am zu sanierenden Teil der Stützmauer wird zerstörender Pflanzenbewuchs entfernt und eine rückverankerte Spritzbetonvorsatzschale angebracht. In gefährdeten Gehwegbereichen wird weiters eine Hangvernetzung zur Steinschlagsicherung angebracht. Nach Rücksprache mit Herrn Ing. Grassnigg wird mitgeteilt, daß diese geplanten Hangsicherungsmaßnahmen keine Einflüsse auf evt. erforderliche Baumaßnahmen im Zuge der Verwirklichung des Radwegekonzeptes in diesem Bereich ausüben.“

Das zu ihrer Anfrage und in Beantwortung ihrer Anfrage vom Stadtsenat. Zu der heutigen, muß ich schon sagen: „Wenn ich mich über etwas aufrege, dann wäre es auch in ihrer Rolle als Vizebürgermeister wohl sehr gerechtfertigt, wenn ich hinüber fahre und sehe mir vor Ort an, worum es sich überhaupt handelt.“ Diese Vorgangsweise, daß sie einfach A mit B verquicken und nur wirklich unhaltbare Anschuldigungen vorbringen, das weise ich wirklich zurück.

Ich hoffe, daß es sich im Interesse aller handelt, wenn ich um Abstimmung zu dem heutigen Thema, es geht um das Gelände bei diesem Aufgang zur Ennsleite, bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Der nächste Punkt bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Punkt bezieht sich auf die Verkehrsdrehscheibe Bahnhof, um die zusätzlichen Straßenbauten und zwar im Bezug der Kreuzungsbereiche.

31) BauStr-10/98 Verkehrsdrehscheibe Bahnhof, zusätzliche Straßenbauten; Vergabe der Arbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 18. Juni 1998 wird der Auftrag zur Durchführung der zusätzlichen Straßenbauarbeiten bei der Verkehrsdrehscheibe Bahnhof (Umbau der Knoten Dr. Klotz-Straße, Schönauerstraße und Eybl-Knoten) an die Fa. Ilbau Bauges.mbH., Linz, zu den Gesamtkosten von S 2,571.564,13 incl. MWSt. übertragen.

Die anteiligen Kosten der Stadt Steyr in Höhe von S 1,261.969,60 incl. MWSt. sind bei VSt. 5/640000/770000 vorgesehen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 1,262.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 des Statutes der Stadt Steyr 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Diskussion bzw. um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Im nächsten Punkt geht es um die Abwasserbeseitigung der Stadt Steyr. Hier geht es um die Errichtung und Sanierung des Nebenkanales Knoglergründe, um den Antrag der Vergabe der Bauarbeiten und Bauleitung. Es ergeht folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

32) BauT-10/98 Abwasserbeseitigung Stadt Steyr; Errichtung und Sanierung NK Knoglergründe; Antrag um Vergabe der Bauarbeiten und der Bauleitung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 3. Juli 1998 werden die Erd-, Baumeister-, Rohrverlegungs- und Rohrsanierungsarbeiten zur Errichtung und Sanierung des Ableitungskanals Knoglergründe an die Firma Porr, Baugesellschaft, Nebingerstraße 2, 4020 Linz, zum Preis von S 2,269.660,80 excl. MWSt. übertragen.

Weiters wird der Vergabe der örtlichen Bauaufsicht an das Ziv. Ing.-Büro DI. Weichselbaumer, Goldbacherstraße 59, 4400 Steyr, zum Gesamtpreis von S 92.150,-- excl. MWSt. zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel für die va. Kanalbaumaßnahmen sind im Budget 1998 in voller Höhe von gesamt S 2,362.000,-- excl. MWSt. bei der VSt. 5/8510/004300 (Kanalbau Knoglergründe) vorgesehen.

Der Beschluß gilt vorbehaltlich der Zustimmung der Vergabekommission des UWF beim Amt der OÖ. Landesregierung.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von insgesamt S 2,362.000,- - notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Diskussion bzw. Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Punkt betrifft die Hangsicherung bei der Kollertorstiege. Hier geht es um den zuerst zitierten Antrag. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

33) BauH-197/98 Hangsicherung bei Kollertorstiege; Vergabe der erforderlichen Maßnahmen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 6. August 1998 wird der Vergabe der Hangsicherungsmaßnahmen bei der Kollertorstiege im Ausmaß von S 371.316,-- an die Fa. Kaim, Wien, zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von S 371.316,-- werden mittels Kreditübertragung im selben Ausmaß von Vst. 5/612100/002000 nach Vst. 5/612100/002210 aufgebracht.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 371.400,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehensbedingungen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Im nächsten Punkt geht es um die Erweiterung der Kanalisation Gleink. Hier geht es um den NK Friedhofstraße 1 und 2/Banglmayrgründe und vor allem auch um die Sanierung des NK Kronbergweg, wobei bei der Sanierung Kronbergweg die Kostenübernahme durch die Erste Allgemeine Versicherung übernommen wird. Für diese Sanierung sind also selbst keine Mittel notwendig. Es ergeht folgender Antrag.

34) BauT-288/94 Bau5-43/97 Erweiterung Kanalisation Gleink

1. NK Friedhofstraße 1 u. 2/Banglmayrgründe
2. Sanierung NK Kronbergweg

Vergabe der Arbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 6. Juli 1998 werden die Kanalisierungsarbeiten für die Herstellung der NK Friedhofstraße 1 u. 2 - in den Banglmayrgründen - sowie die Sanierungsarbeiten am NK Kronbergweg 2 Schacht 3 - 4 an die Fa. Erdbau Auinger, 3300 Stift Ardagger, zum Gesamtpreis von S 551.159,62 excl. MWSt., übertragen.

Von der Ersten Allgemeinen Versicherungs-AG werden die Kosten für die Sanierung des NK Kronbergweg 2 in Höhe von S 172.814,96 nach Rechnungsvorlage direkt getragen, sodaß hier selbst keine Mittel notwendig sind.

Die erforderlichen Mittel für die NK Friedhofstraße 1 u. 2 (S 378.344,66 excl. MWSt.) werden bei der Vst. 5/851000/004400 (Kan. Banglmayrgründe) in Höhe von S 350.000,-- excl. MWSt. und S 28.345,-- excl. MWSt. bei der gleichen Vst. im Wege einer Kreditübertragung von der Vst. 5/851000/004530 (Kanal FI - FIII), bereitgestellt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 379.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehensbedingungen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Nächster Punkt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Tagesordnungspunkt behandelt eine Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6 - Änderung Nr. 3 - Fischhub. Hier wurde auf Antrag einer Familie eine Änderung des Bebauungsplanes vorgenommen. D.h., der Bebauungsplan in diesem Gebiet ist 1972 gemacht worden, er ist über 25 Jahre alt und entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen. Die Fachabteilung für Stadtplanung und Stadtentwicklung hat daher die Empfehlung ausgesprochen, daß der Bebauungsantrag geändert wird. Es ergeht daher folgender Antrag.

35) BauGru-20/97 Bebauungsplan Nr. 6 - Änderung Nr. 3 „Fischhub“.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der vorliegende Änderungsplan - Bebauungsplan Nr. 6 - Änderung Nr. 3 - „Fischhub“ - wird entsprechend den Plänen der FA Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 8. April 1998 und den Ausführungen im Amtsbericht der FA Baurechtsangelegenheiten, datiert mit 4. Juni 1998, gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idGF., beschlossen.

Ich ersuche um Diskussion bzw. Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Nächster Punkt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der letzte Antrag betrifft Bebauungsplanänderung Nr. 46 - Änderung Nr. 9 - Ennser Straße. Hier geht es um das Objekt Interspar. Hier wurden nach langwierigen Besprechungen und Beratungen im Bauausschuß und im Stadtsenat eine Änderung des Bebauungsplanes ins Auge gefaßt. Es ergeht daher folgender Antrag an den Gemeinderat.

36) BauGru-62/97 Bebauungsplan Nr. 46 - Änderung Nr. 9 - Ennser Straße (Interspar).

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständlicher Bebauungsplan Nr. 46 - Änderung Nr. 9 - Ennser Straße (Interspar) - wird entsprechend den Plänen der FA Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 21. Jänner 1998 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der FA Baurechtsangelegenheiten vom 7. August 1998 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idgF., beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Gemeinderat Stieglitz.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Sehr geehrte Damen und Herren. Grundsätzlich ist es ja zu begrüßen, wenn sich in Steyr neue Betriebe ansiedeln und sozusagen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Bei diesem Projekt möchte ich jedoch schon einiges kritisch anmerken. Vorweg handelt es sich um eine Abänderung des Bebauungsplanes. Die Erstellung des Bebauungsplanes obliegt der Gemeinde und diese sollte einen Bebauungsplan so entwerfen, daß er in weiser Voraussicht erstellt wird und nicht dann auf Bedarfsfall leichtfertig abgeändert wird, so wie es hier, nach meiner Ansicht, der Fall ist. Zum Projekt möchte ich erwähnen, daß es sich hier um ein Bauvorhaben handelt, um kein kleines sondern um ein sehr großes Bauvorhaben. Ich habe mir den Gewerbebescheid angesehen. Hier wird eine Geschoßflächenanzahl von 12.000 m², sogar noch mehr, projektiert. Also, Baumassenzahlen, die immens groß sind. Hierbei möchte ich schon kritisieren, daß es im Gemeinderat einen Beschluß gibt, wonach solche Bauvorhaben dem Gestaltungsbeirat zuzuführen sind. Das habe ich auch schon bei der Bauausschußsitzung, wo ich ja anwesend war, kritisiert. Wir haben in der Stadt Steyr Richtlinien, daß solche Bauvorhaben dem Gestaltungsbeirat vorzulegen sind. Ich habe die Statuten hier. Vor allem, wenn es sich um Bauvorhaben handelt, welche größer als 1.000 m² Bruttogeschoßfläche sind bzw., betreffend der Lage, Projekte in bevorzugter Lage im Gefüge der Stadt an wichtigen Verkehrsachsen an topographischen heraustretenden Stellen, wie z.B. Tabor, Ennsleite. Da könnte ich jetzt noch weiter vorgehen. Das ist nicht erfolgt. Ich finde, das ist bedauerlich, daß wir hier etwas beschließen und dann ganz elegant umgehen. Ich stelle die Frage: „Warum wurde dieses Mega-Bauvorhaben nicht dem Gestaltungsbeirat vorgelegt?“

Es gibt eine Fahrleitnerverordnung. Die Fahrleitnerverordnung hat jenen Sinn, daß bestehende Strukturen in der Innenstadt erhalten werden und deren Existenz gesichert wird.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das ist ja doch nicht in der Innenstadt.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Auch diese Verordnung ist man ganz, ganz elegant umgangen, indem man, kurz bevor die gewerberechtliche Verhandlung war, das Kerngebiet auf die Ennser Straße ausgedehnt hat. Ich muß sagen, für mich ist die Ennser Straße kein innerstädtisches Kerngebiet. Ich habe einen Argumentationsnotstand gegenüber den Innenstadtkaufleuten am Stadtplatz, daß ich denen erkläre, daß das ein innerstädtisches Kerngebiet ist, auf der Ennser Straße. Weiters möchte ich erwähnen, daß auf der Ennser Straße, ich habe mir den Bescheid angesehen, ca. 100 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Es gibt jedoch eine Studie von der Bayrischen Landesregierung die ganz eindeutig besagt, daß ein Arbeitsplatz im EKZ 2 bis 3 Arbeitsplätze bei uns hier in der Innenstadt herinnen vernichtet. Des weiteren ist auch noch zu bedenken. 100 Arbeitsplätze in der Hand von einem Arbeitgeber. Hier der Vergleich: 100 Arbeitsplätze in der Hand von 20 oder 100 Arbeitgebern. D.h., wenn die Firma Interspar nicht mehr will, dann sperren die einfach ihren Laden wieder zu. Das kann hier in der Innenstadt nicht so einfach passieren. D.h., dieses Bauvorhaben hat wirklich auch massive Nachteile. Vor allem durch die Größe. Wir müssen uns schon bewußt werden, daß mit diesem Bauvorhaben, vorher war immer die Rede von sechs- bis achttausend m². Jetzt wird es einfach größer. Die Geschoßflächenzahl ist über 12.000 m². Das müssen wir uns vor Augen halten. Jetzt muß ich schon einmal nach der Doppelmoral fragen. Herr Mayrhofer, ich muß sie da persönlich ansprechen. Einerseits wollen sie den innerstädtischen Kaufleuten helfen, daß sie sagen, ich helfe euch, wir

werden ein Konzept entwickeln, wie es weiter geht und andererseits stehen sie voller Kraft hinter solchen Mega-Einkaufszentren. Ich muß sagen, Einkaufszentrum alles gut und schön, so wie das KGM dort oben war, da hat etwas gemacht gehört, aber nicht, daß es jetzt so riesig wird. Irgendwann, glaube ich, muß sich auch die ÖVP einmal entscheiden, was sie wollen. Wollen sie ein Citymanagement, wo sie den innerstädtischen Kaufleuten helfen oder wollen sie an der Peripherie EKZ ansiedeln und sozusagen die Innenstadt vernichten. Diesbezüglich meine letzte Frage an sie persönlich, Herr Mayrhofer. Ich würde ihnen vorschlagen, daß sie sich, speziell bei diesem Punkt, der Abstimmung entziehen, daß sie irgendeine elegante Lösung finden, weil ...

Gelächter

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Das ist nicht lächerlich. Weil ihr Nahverhältnis zu ihren Geschäftsfreunden, Geschäftspartnern der Firma Spar weiß jeder in diesem Saal. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht dazu noch jemand das Wort? Herr Vizebürgermeister. Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Mayrhofer. Da waren sie noch nicht im Gemeinderat, da hat hier an dieser Stelle, wie wir um die Erweiterung vom Tabor-Einkaufsland, um die Verdoppelung der Verkaufsfläche diskutiert haben, der damalige Stadtentwickler, Prof. Breitling, genau an dieser Stelle gesagt, so eine Verdoppelung von einer Einkaufsfläche im Bereich des Tabor-Einkaufslandes saugt den umliegenden Geschäften das Mark aus den Knochen. Ein wörtliches Zitat von Prof. Breitling. Das war im Rahmen der Diskussion um Steyrdorf. Wir wissen alle was dann mit Steyrdorf passiert ist. Zum Bebauungsplan Nr. 46. Ich würde auch hier an ihre Fähigkeit zu koordinieren appellieren. Auch hier wurden im Rahmen der ersten Verhandlungen für dieses Projekt Verkehrsmaßnahmen vorgeschrieben, wobei die Verkehrsabteilung bzw. Bezirksverwaltung nicht Kenntnis hatte. Es kamen aufgeregte Geschäftsleute zu mir, die im Hintergrund hier ihre Geschäfte haben. Sie wissen, es gibt eine Elektrofirma und noch ein paar andere Firmen da hinten, die auch erreichbar werden wollten, weil ursprünglich war es vorgesehen, daß man die Zufahrt von der Ennser Straße in Richtung dieser Gewerbebetriebe sperrt. Wir wissen, es ist eine Privatstraße, aber es kann doch nicht sein, daß man alle umliegenden Geschäfte mit in die Überlegungen einbezieht. Ich habe mich selbst nun in diese Diskussion eingebracht und ich bin sehr froh, daß jetzt offensichtlich eine Lösung gefunden wird, daß diese Gewerbetreibenden von der Ennser Straße nicht abgeschnitten werden. Ansonsten hätten wir ein Wiederaufleben der großen Verkehrsdiskussion Taschelried usw. Die haben wir ja schon in den letzten Jahren geführt. D.h., ich appelliere noch einmal. Wenn es Verkehrsgeschichten gibt, bitte sagen sie es im Vorhinein, damit wir darüber reden können. Ich danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Herr GR Hoflehner.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. Ich bin im Ausschuß für Stadtentwicklung und ich möchte vielleicht noch einmal ganz kurz diese Definition Kerngebiet erklären, denn es ist nicht so, daß die in Steyr mißbraucht wurde. Kerngebiet ist ein Gebiet dann, wenn es eine bestehende Infrastruktur hat, wo Geschäfte und Schulen etc. sich schon angesiedelt haben. Wir in Steyr haben diese Definition Kerngebiet sicher nicht gewürgt oder mißbraucht. In Dietach ist es passiert. Weil wenn die sich in Dietach als Kerngebiet bezeichnen, nur weil es ihnen halt in den Kram paßt, dann stinkt das wirklich zum Himmel. Fest steht, daß die Fahrleitnerverordnung ein völlig zahnloses Instrument ist und eigentlich sollte die Fahrleitnerverordnung die Innenstädte stärken. Sie kann es aber nicht. Meines Wissens ist das nur ein einziges Mal passiert. Ich glaube das war in Ried oder Schärding, wo diese Fahrleitnerverordnung überhaupt gegriffen hat. Ich glaube

aber, daß diese Sache, diese Angelegenheit Interspar gegessen ist. Da können wir jetzt jammern was wir wollen. Das ist vorbei und wir sollten in die Zukunft sehen. Es soll uns gelingen, daß wir unsere schöne Innenstadt stärken, denn die Touristen, die Reisenden und die Konsumenten kommen wegen dieser schönen Stadt nach Steyr - hoffentlich - und nicht wegen dem Interspargebäude. Ich möchte ihnen da ganz kurz etwas erzählen. Diesen Dienstag war Herr Mag. Murauer bei uns in Steyr. Herr Bürgermeister Leithenmayr, Herr Stadtrat Mayrhofer, Vzbgm. Dr. Pfeil und ich waren zugegen und er hat uns ein Konzept präsentiert, wie wir in Zukunft die Steyrer Innenstadt massiv beleben können. Es geht bei diesem Konzept um folgendes: In Steyr gibt es verschiedene Konzepte, Marketingstudien, Werbekonzepte, verschiedene Beiräte und Analysen, es gibt auch einen großen Ideenpool und Herr Mag. Murauer will nicht noch einmal etwas Neues erfinden sondern er will mit seiner Firma Cima-Stadtmarketing diese Ideen verdichten und auf den Punkt bringen und letztendlich auch umsetzen, denn daran hat es unserer Meinung nach gehapert, daß viele Ideen im Raum stehen, aber es war eigentlich niemand so recht zuständig und niemand hat es wirklich umgesetzt. Mit großer Freude habe ich feststellen dürfen, daß auch unser Herr Bürgermeister diesem Konzept sehr positiv gegenübersteht und er gesagt hat, daß er es in den ersten Schritten zumindest umsetzen wird. Ich bitte sie alle, bei dieser Gelegenheit, diese ganz wichtige Aktivität für Steyr zu unterstützen, wenn es soweit ist. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächste zu Wort gemeldet ist Frau Gemeinderätin Mag. Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich ziehe meine Wortmeldung zurück.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Schlußwort Herr Referent.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Danke. Ich kann mich heute von persönlichen Angriffen wirklich nicht erwehren, aber ich werde es aushalten. Ein Nahverhältnis zu Interspar besteht tatsächlich. Ich habe nämlich in der Nähe ein kleines Verkaufsgeschäft mit ungefähr 260 m². Es ist anzunehmen, wenn Interspar aufsperrt, daß ich dieses Geschäft schließen muß. D.h., wenn sie das unter Nahverhältnis meinen, gebe ich ihnen Recht. Ich habe ein Nahverhältnis. Wenn sie allerdings der Meinung sind, ich sollte mich während der Abstimmung jetzt elegant hinausbewegen, dann muß ich nein sagen, weil wer A sagt muß auch B sagen. Als ich das politische Amt übernommen habe, habe ich geschworen, die Gesetze einzuhalten. Dazu bekenne ich mich und ziehe das auch durch. Ich fühle mich nicht beeinträchtigt in meinem Beurteilungsvermögen oder in meiner Tätigkeit als Stadtrat. Ich hoffe, daß ich zu diesem Punkt genügend gesagt habe.

Zu den Quadratmetern. Es ist schon herrlich, welche Quadratmeterzahlen da immer eigentlich ein bißchen herumschwirren. Ich darf ihnen sagen, daß die erste Bauetappe, und das entspricht der Fläche die das KGM jetzt hat, eine Quadratmetergröße von 7.390 hat und, daß die Gesamtfläche im Endausbau mit der 2. Etappe 8.905 m² sind. Wenn sie allerdings Frei- und Parkflächen dazurechnen, dann ist es schon möglich, daß sie über 10.000 m² kommen. Hier geht es effektiv um Baufläche. Die Verkaufsfläche der Interspar wird 3.500 m² betragen. Das sind vollkommen aktuelle Zahlen und jederzeit auch in der Baurechtsabteilung einzusehen. Sie haben die Frage gestellt, mit Umgehung des Gestaltungsbeirates. Sie haben auch daraus zitiert oder vorgelesen. Ich ersuche sie aber, daß sie das wirklich genau durchlesen. Das ist ein „Kann“. D.h., es ist kein „Muß“. Es muß nicht im Gestaltungsbeirat vorgelegt werden. Der Bauausschuß und dann der Stadtsenat kann darüber entscheiden ob er tatsächlich dem Gestaltungsbeirat vorgelegt wird. In diesem Fall sind die zwei Gremien mit Mehrheit übereingekommen, daß man es nicht im Gestaltungsbeirat vorlegen soll. Einer der Hauptgründe war eine unnötige Verzögerung und ein Abschrecken eines Investors hintanzustellen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber vorgesehen ist es schon so etwas in den Gestaltungsbeirat zu geben. Das muß man schon ganz klar sagen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Kann und muß, glaube ich, sagt ganz deutlich aus, Herr Vizebürgermeister, was es soll.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das kann doch nicht sein, daß man nur das nimmt, was einem in den Kram paßt. Der eine muß hinein, der andere muß nicht hinein. So schaut es derzeit aus.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Die Entscheidung darüber haben die zuständigen Gremien und die haben es gemacht. Sie können nur sagen, ich verwehre mich, daß die Gremien das machen.

Zur Koordination Verkehr möchte ich schon ganz klar Stellung nehmen. Eine Straße über ein Privatgrundstück ist beim besten Willen nicht etwas, was in den Zuständigkeitsbereich des Baustadtrates fällt. Die Vereinbarung über diese Straße ist im Zuge einer Gewerbeabteilung gemacht worden und der Gewerbeabteilung stehen sie sicher näher als ich, auch wenn sie in diesem Fall nicht der zuständige Referent waren. Hier wurde ein privatrechtliches Übereinkommen zwischen den Grundstücksnachbarn und den Betreibern geschlossen. Es ist aber nicht richtig, daß mit dieser Vereinbarung eine Durchfahrtsmöglichkeit nicht gegeben war. Sehrwohl sind zwei weitere Durchfahrtsmöglichkeiten auch planlich und auch im Projekt drinnen und zwar, nordseitig zwischen dem ehem. HWZ und dem Interspar und über das Parkdeck wird ebenfalls der abfließende Verkehr durchfahren können. Zusätzlich haben wir gestern in einem Gespräch erreichen können, daß auch die dritte Durchfahrtsmöglichkeit zur Anton Neumann-Straße gewährleistet ist. D.h., es war in keiner Phase effektiv die Durchfahrtsmöglichkeit wirklich nicht gegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist schlicht und einfach falsch.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das ist, verzeihen sie mir den Ausdruck, ein Blödsinn, weil sie können in jeden Plan, in die Bauverhandlungsunterlagen Einsicht nehmen. Das ist so.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Dann lügen die Beamten.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das müssen sie verifizieren. Ich habe Einblick genommen. Das steht natürlich auch ihnen frei. Bevor ich Anschuldigungen mache, schaue ich mir wirklich im Detail an, was ist oder was ist nicht. Das würde ich auch ihnen nahelegen Herr Dr. Pfeil.

Ich hoffe, ich habe die Fragen ausreichend beantwortet. Mit Sicherheit nach bestem Wissen und Gewissen und darf ersuchen, der Änderung des Bebauungsplanes Nr. 46 - Änderung Nr.9 - zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich danke. Es war wirklich eine ausreichende Erklärung. Man sollte sich auch die Worte „Beamte lügen“ überlegen. Ich glaube, wir sind wirklich aufgeklärt worden und es ist alles erklärt worden. Wir haben es zum Teil auch im Bauausschuß von den Quadratmetern gehört. Herr Kollege Stieglitz ist ja auch im Bauausschuß, also, es hat nicht genau gestimmt, was er gesagt hat. Daß wir halt 100 Arbeitsplätze für Frauen schaffen, finde ich auch wichtig. Weil die Frauen warten schon sehnsüchtig darauf, daß sie wieder Arbeit bekommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? 4 Enthaltungen (3 FPÖ - GR Ing. Holfehner, GR Elfriede Reznar, GR Siegfried Stieglitz, 1 LIF). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Ich danke Herrn Stadtrat Mayrhofer für seine Berichterstattung und ersuche nun Herrn Stadtrat Ing. Spanring um seine Berichterstattung und übergebe den Vorsitz wieder an den Bürgermeister.

BE: STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. In meinem ersten Antrag geht es um die Förderung eines internationalen Künstlersymposion der Landesgalerie Oberösterreich.

37) K-38/98 Internationales Künstlersymposion der Landesgalerie Oberösterreich; Förderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 26. Juni 1998 wird dem Internationalen Künstlersymposion der Landesgalerie Oberösterreich am Landesmuseum für die Durchführung dieser Veranstaltungsreihe in den beiden ersten Augustwochen in Steyr eine Förderung in der Höhe von S 20.000,-- (Schilling zwanzigtausend) bei der VA 1/351000/757000 zugestimmt.

Da auf der genannten Voranschlagsstelle nur mehr ein Kreditrest von S 7.000,-- vorhanden ist, ist eine Kreditübertragung in der Höhe von S 13.000,-- von der VA 1/300000/728000 auf die VA 1/351000/757000 notwendig.

Der genannte Betrag von S 20.000,-- wird aus obiger VA freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke für diesen Antrag. Wird dazu das Wort gewünscht? Ich sehe keine Wortmeldung. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. Danke sehr. Ist jemand dagegen? Nein. Stimmenthaltung? Auch nicht. Einstimmig beschlossen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In den beiden nun folgenden Anträgen geht es um Relikte aus der Vergangenheit, die einer Neuordnung zugeführt werden sollen. Die erste ist eine zweckgebundene Subvention an die Stadtkapelle Steyr, wo es um die Entschädigung für die Tätigkeit des Kapellmeisters geht. Warum ich aus der Vergangenheit spreche ist, daß die Aktenzahl 7561/80 zeigt, aus welchem Jahr es stammt, nämlich aus dem Jahr 1980.

38) Ha-7561/80 Zweckgebundene Subvention 1998 an die Stadtkapelle Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 23. Juni 1998 wird die monatliche Kapellmeisterentschädigung hinsichtlich der Stadtkapelle Steyr ab 1998 auf S 5.000,-- erhöht und der erforderliche Betrag von S 60.000,-- (Schilling sechzigtausend) bei der VA 1/322000/757000 freigegeben.

Da der Kreditrest auf der zuständigen VA 1/322000/757000 nur mehr S 46.000,-- beträgt, wird eine Kreditübertragung in der Höhe von S 14.000,-- von der VA 1/300000/728000 auf die genannte VA bewilligt.

Ich ersuche um entsprechende Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Das ist auch nicht der Fall. Einstimmig beschlossen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Mein nächster Antrag ist mit noch einer älteren Geschäftszahl versehen und zwar aus dem Jahr 1979, wo die letzte Tarifordnung für den Stadtsaal durchgeführt wurde. Die Tarifordnung wurde jetzt neu geordnet und ich ersuche um folgenden Beschluß.

39) Pol-5864/79 Tarifordnung für den Stadtsaal Steyr; Änderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 1. Juli 1998 wird die Tarifordnung für den Stadtsaal Steyr wie folgt geändert:

A) Tarife für kommerzielle Veranstaltungen:

1. Veranstaltungen bis zu 2 Stunden S 3.000,--
2. Veranstaltungen bis zu 4 Stunden S 4.500,--
3. Veranstaltungen über 4 Stunden S 7.500,--
4. Veranstaltungen, die mehrere Tage dauern - pro Tag S 7.500,--
5. Ausstellungen pro Tag S 3.700,--

B) Tarife für Sonderveranstaltungen:

1. Tarife für nicht kommerzielle Veranstaltungen, Tagungen und Konferenzen:

Für Tagungen, Konferenzen und nicht kommerzielle Veranstaltungen - sind insbesondere solche ohne Eintrittsgebühren oder ohne Gewinnabsicht - wird auf die unter Punkt A) Z. 1 - 4 genannten Tarife eine 50 %ige Ermäßigung gewährt, sofern diese Veranstaltungen keinen Unterhaltungscharakter besitzen.

2. Ist zu streichen.

C) Sonderbestimmungen:

1. Die Bezahlung der Gesamtmiete hat spätestens 8 Tage nach der Vorschreibung durch die FA Kulturangelegenheiten zu erfolgen.

2. Den in dieser Ordnung genannten Tarifen sind die Umsatzsteuer, die Kosten für Heizung, Strom, sonstige Leistungen lt. Teil B) des Mietvertrages, übliche Reinigung, allgemeine Beleuchtung und ein Elektriker, sowohl für die Vorbereitungszeit als auch für die Veranstaltungsdauer enthalten. Wird ein zweiter Elektriker benötigt, so wird pro angefangene Stunde ein Betrag von S 225,-- berechnet.

3. Als Vorbereitung zur Probenzeit werden erforderlichenfalls 4 Stunden unmittelbar vor, bzw. als Abbauzeit unmittelbar nach der Veranstaltung ohne zusätzliches Entgelt zugestanden.

4. Bei Inanspruchnahme von Vorbereitungs-, Proben- und Abbauzeiten, die über den Zeitraum von insgesamt 6 Stunden hinausgehen, ist pro angefangener Stunde der Betrag von S 1.200,-- und für den ersten Elektriker der Betrag von S 225,-- zu entrichten.

5. Bei Inanspruchnahme des Konzertflügels ist der Betrag von S 750,-- zu entrichten.

6. Dieser Betrag ist nur gültig, wenn er in allen Punkten der Teile A und B vollständig ausgefüllt ist, er mit den entsprechenden Bundesstempelmarken versehen ist und spätestens 6 Wochen vor dem Veranstaltungstermin bei der FA für Kulturangelegenheiten einlangt.

7. Der Vertrag wird in einem Original ausgefertigt, das beim Vermieter bleibt. Der Mieter erhält auf sein Verlangen eine unbeglaubigte bzw. auf seine Kosten eine beglaubigte Abschrift.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es hiezu eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für diese neue Tarifordnung stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Wer ist gegen diesen Antrag? Das ist auch nicht der Fall. Stimmenthaltung wird auch nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Zum Abschluß komme ich wieder zu neueren Ereignissen. Im nächsten Tagesordnungspunkt geht es um den Musikverein Steyr-Christkindl, um eine außerordentliche Subvention zum Ankauf von Drehkesselpauken.

40) Fin-135/98 Musikverein Steyr-Christkindl; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 29. Juni 1998 wird dem Musikverein Christkindl, vertreten durch deren Obmann Günter Dunst, Saaßstraße 5, 4400 Steyr, für den Ankauf von zwei Drehkesselpauken eine Förderung in der Höhe von S 16.000,- (Schilling sechzehntausend) zuerkannt und der erforderliche Betrag bei der VA 1/322000/777000 freigegeben.

Zu diesem Zweck wird eine Kreditübertragung von der VA 1/300000/728000 auf die VA 1/322000/777000 bewilligt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Das war einstimmig.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem letzten Antrag geht es um die Ausstellung Andrzej Karbinski, um eine Förderung für diesen Diplomrestaurator.

41) Fin-118/98 Ausstellung Andrzej Karbinski; Förderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 26. Juni 1998 wird dem Diplomrestaurator Andrzej Karbinski, Resthofstraße 51/2, 4400 Steyr für seine Fotoausstellung über den Restaurierungsbereich textiler Objekte im September 1998 eine Förderung in der Höhe von S 10.000,- (Schilling zehntausend) bei der VA 1/351000/757000 zuerkannt.

Da der Kredit auf der VA 1/351000/757000 ausgeschöpft ist, ist eine Kreditübertragung des genannten Betrages aus der VA 1/300000/728000 notwendig. Der genannte Betrag von S 10.000,- wird aus der VA 1/351000/757000 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses

Beschlusses ermächtigt.

Ich darf auch in diesem Fall um Zustimmung ersuchen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wenn sie mit dem Antrag einverstanden sind, bitte ich sie um ein Zeichen. Danke sehr. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft. Wir kommen zur „Aktuellen Stunde“. SPÖ ein Thema? Nein. FPÖ? Sehrwohl. Bitte sehr Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Zur „Aktuellen Stunde“ das „Aktuelle Thema“ der Woche. Nicht Bill Clinton sondern Stadtwerke Steyr, eine Reform. Ein Stadtwerkedirektor genügt. Wir haben es am letzten Donnerstag besprochen und wir waren alle einer Meinung, daß in den Stadtwerken Reformbedarf herrscht, daß hier die organisatorischen Rahmenbedingungen gestaltet werden müssen. Das kann und soll nur mit Hilfe von neuen Kräften, besonders im Managementbereich, kommen. Der Beste ist gerade gut genug. Da haben wir das Einvernehmen erzielt und das Auswahlverfahren, da waren wir uns auch alle einig, soll besonders gründlich sein. Es soll entweder ein Hearing oder ein Assessmentcenter eine nachvollziehbare Auswahl da sein und insbesondere sollte natürlich auch zumindestens der stadträtliche Referent daran teilhaben. Dies wurde uns auch zugesichert. Es war Donnerstag. Am Montag dieser Woche um 16.00 Uhr, im Rahmen der Finanz- und Rechtsausschußsitzung bzw. vorher, wurde uns der zukünftige kaufmännische Direktor der Stadtwerke schon präsentiert. Der designierte Direktor muß man sagen. Nun hebt der einfache, für die Öffentlichkeit tätige Mandatar schon einige Fragen. Hat man uns am Donnerstag, letzte Woche, bewußt hinters Licht führen wollen? Nachdem am nächsten Tag bereits diese sogenannte Objektivierungskommission tagt. Man schweigt sich darüber aus. Man verspricht alles, breite Unterstützung bei der Auswahl, der Herr Bürgermeister sagt nichts, der Herr Dr. Alphasamer sagt nichts, schweigt sich aus. Auch Schweigen kann ein Fehler sein Herr Dr. Alphasamer. Sie hätten zumindest sagen müssen, das geht ja gar nicht, weil am nächsten Tag ist ja schon bereits die entscheidende Sitzung oder das Hearing im Rahmen der Objektivierungskommission. Also, wir haben uns schon alle miteinander, alle nichtsozialistischen Fraktionen, am Montag nicht sehr wohl in unserer Haut gefühlt. Ich möchte überhaupt nicht auf die Person des Siegers aus diesem Hearing eingehen, das steht mir nicht zu. Es ist nur schon sehr interessant, daß bei einem Personalauschuß, wir, wenn es um den Posten eines Schulwartes oder irgendeinen anderen Posten geht, selbstverständlich alle Bewerber mit Lichtbild und allem drum und dran, Lebensläufen, Geburtsdatum, Name der Frau und Kinder, vorgelegt bekommen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Alle nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Na selbstverständlich Herr Spanring, Herr Personalchef. Soll ich es ihnen zeigen?

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Nein, sie bekommen nicht alle.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Vielleicht ich nicht. Das kann schon sein.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Sie bekommen die ersten 3.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Gut. Aber dieses Mal war hier überhaupt nichts der Fall sondern es wurde einfach ein Mann bestimmt, dem ein sehr unterschiedlicher Ruf vorausgeht. Das darf man hier schon sagen, ohne ihn in Mißkredit zu bringen. Was mir, besonders bei seinem Lebenslauf, nicht so gut gefallen hat, es gibt eine alte Regel, wenn man in einem größeren Betrieb ist, ein öfterer Jobwechsel tut einem nicht gut und auch dem Betrieb nicht, wenn man nicht mindestens drei, vier Jahre dort gewesen ist. Gerade dieser Bewerber hat in diesen Perioden einige Jobwechsel hinter sich. Im Rahmen einer dieser Tätigkeit hat er auch für die Stadtwerke Steyr sein Kostenrechnungsprogramm bzw. sein Fahrtenprogramm, zum evtl. ankaufen, sein EDV-Programm, vorgestellt. Da ist dabei, nachdem man die Daten eingegeben hat, herausgekommen, daß die Busfahrt vom Resthof zum Bahnhof minus 17 Minuten dauert. Minus 17 Minuten. D.h., die Zeitmaschine perfekt. Wenn wir das schaffen, dann mache ich mir um die Stadtwerke keine Sorgen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das war es?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das war es.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es ist am besten, wenn ich gleich etwas dazu sage. Darf ich dir den Vorsitz übertragen?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und bitten den Bürgermeister an das Rednerpult.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren. Wenn sich das Personalkarussell beim Magistrat Steyr dreht, dann ist der Zirkus geheizt. Selbstverständlich wird dann eine fiebrige Atmosphäre erzeugt und es geht ein rauschen durch den Blätterwald und zwar in ganz Österreich, weil das ist ein spezielles Thema, wo sich eigentlich alle erhitzen. Das war bei jeder Bestellung der vergangenen Periode so. Bei jeder Bestellung, wenn es um leitende Funktionen gegangen ist. Ich muß überhaupt feststellen, wie sorglos man an das Thema herangeht. Man weiß offensichtlich nicht, wann der Personalbeirat alleine zu entscheiden hat und wann nach dem öö. Objektivierungsgesetz eine Kommission zusammentreten, aus den Bewerbern eine Auswahl treffen muß und diese dem Bürgermeister vertraulich vorschlagen muß. Das weiß man offensichtlich nicht oder man tut so, als wüßte man dies nicht. Da kann man genauso nachsehen, wie bei allen andern Gesetzen und Zetteln, Frau Kollegin Frech. Aber da sehen sie offenbar nicht hinein in das Gesetz.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Doch!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja dann werden sie auch nachlesen können, daß wir sehr penibel und strengstens, im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen, gearbeitet haben. Sie sind natürlich eine Anhängerin vom, das lese ich in der Zeitung, Personalberatungsbüro. Überhaupt, wenn ich den roten Faden verfolge, ihre Ausführungen, dann stelle ich eine unbändige Expertengläubigkeit fest. Aber der Herr Jenewein oder die Vertreter der Firma Katro, haben die Klugheit auch nicht mit dem Löffel gefressen und in Wirklichkeit, schlagen sie die OÖ. Nachrichten auf, werden sie lesen, daß diese ganzen Beratungsbüros auch nichts anderes tun als Ausschreibungen machen. Woraus sich dann jemand meldet ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das stimmt nicht!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

... und die klopfen sie dann ab und sie müssen natürlich dann Vorschläge heranbringen. Das ist deren Geschäft. Sie machen das um sehr gutes Geld, möchte ich bemerken. Also, das würde wahrscheinlich eine Menge Geld kosten. Nun haben wir österreichweit ausgeschrieben. Spezifisch, im Hinblick auf den Personenkreis der für so einen Job bei uns infrage kommt. Da haben sich dann tatsächlich 22 Bewerber gemeldet, was darauf schließen läßt, daß offenbar dieser Posten und die Tätigkeit beim Magistrat überhaupt attraktiv sein muß. Wir können wirklich sagen, es ist erfreulich, wenn sich so viele melden. Das trifft aber auch bei anderen Funktionen, die wir ausschreiben, zu. Das hängt natürlich auch mit der Arbeitsplatzsituation zusammen. Von diesen 22 Bewerbern haben sich auch eine Reihe von gut qualifizierten Leuten gemeldet. Ich betrachte das aus außerordentlich erfreulich, wenn dann jemand dabei ist, der eine top-kaufmännische Ausbildung hat, ein Hochschulstudium auf diesem Sektor. Es ist natürlich noch erfreulicher, wenn dieser Mann dann auch noch eine technische Ausbildung hat, als Maschinenbauingenieur. Besonders gut ist auch, wenn man einen hat, der Führungsqualitäten nachweisen kann, weil er als Geschäftsführer umsatzstarke Unternehmungen geführt und Verantwortung getragen hat. Wenn er sich dann auch noch mit Verkehrsfragen beschäftigt hat, was ja offensichtlich ein Schwerpunkt im Geschehen der Stadtwerke ist. Da haben wir heute ja sehr lange darüber diskutiert. Wenn sich dann ein solcher meldet, wenn er noch dazu ein Steyrer ist, bitte sehr, kann man sich da wirklich nicht vorstellen, daß eine nach dem Gesetz zu bestellende Kommission in der Auswahl mit den anderen, die nicht in dieser umfassenden Weise solche Qualifikationskriterien erfüllen konnten, daß der vorgeschlagen wird. Wenn ich dann am selben Tag, an dem ich den vorgeschlagen auf den Tisch bekomme, einen Rundruf mache - Rundruf nicht, den angerufen habe und gebeten habe, von seinem Dienstort hier herzufahren, weil ich die Gelegenheit genutzt habe, sofort die nächstbietende Gelegenheit wahrzunehmen um den Fraktionsvorsitzenden, die im Zuge unserer Finanz- und Rechtsausschußsitzung ohnehin im Haus waren, diesen Mann vorzustellen, damit sie ihn auch sehen und sich einen Eindruck machen und ihn befragen können usw., wenn ich das tue, alles nach bestem Wissen und Gewissen, dann meine Damen und Herren verstehe ich die Kritik nicht, wie sie in den Medien geübt wird. Es ist nicht vorgesehen, daß ein Hearing durch Politiker, bei der Besetzung von leitenden Personen bei der Aufnahme ins Magistrat, vorgenommen wird. Es ist auch leicht nachvollziehbar, daß der Gesetzgeber das so und nicht anders geregelt hat, er wollte nämlich bei diesen Besetzungen weniger parteipolitischen Einfluß haben. Darum ist nämlich eine Beamtenkommission bestellt worden, die im Personalbereich tätig sein soll. Das ist im Bericht zu dem Gesetz nachzulesen. Wenn man sich schon so über dieses Objektivierungsgesetz beschwert, das erst, ich glaube im Jahr 1992 beschlossen wurde, weil im Jahr 1991 war ich nämlich noch Personalreferent, da erinnere ich mich noch, wenn ich das wollte, daß ich einfach jemand eingestellt habe, wenn ich glaubte, das ist ein passender Mensch, nach Nachweis seiner Qualifikationen, das ist seit diesem Zeitpunkt beendet. Jetzt findet diese Objektivierung statt. Nach einem Beschluß des OÖ. Landtages. Wenn das den Leuten im Steyrer Stadtsenat und im Steyrer Gemeinderat nicht paßt, dann bitte ich sie, Beschwerde beim hohen Landtag zu führen, damit sie das Gesetz ändern. Wir haben uns, und dafür lege ich Wert darauf, ganz exakt und korrekt danach verhalten. Ich muß ihnen ganz ehrlich sagen, normalerweise müßte man einstimmig zu der Auffassung kommen, wie ich die Dinge sehe, wer unter den Bewerbern die wir gehabt haben, hier eben zum Zug kommen soll. Ein anderes Thema möchte ich auch noch ansprechen. Die Art, wie beim Magistrat Steyr, Leute, die in Spitzenpositionen eingestellt werden sollen, begrüßt werden, sozusagen mit öffentlichem Medienrummel und mit einer, in Wirklichkeit die Person, die da zum Zug kommen soll, herabwürdigenden Weise, wird uns wahrscheinlich auf die Dauer nicht gut tun können, weil, wer macht sich das wirklich mit? Wer macht sich das auf Dauer mit, wenn das immer wieder genauso läuft? Öffentliches Hearing der Mandatäre würde bedeuten, daß, ich glaube 12 waren eingeladen, mit denen wirklich das Gespräch geführt wurde, mit jedem Einzelnen, weil die Qualifikationen im Prinzip erfüllt waren, da muß ich sagen, kann man sich wirklich vorstellen, daß sich jemand von uns, der ein qualifizierter Mann oder eine qualifizierte Frau in einer ungekündigten, gehobenen Position befindlich ist, daß er sich in Steyr hersitzt und läßt sich vom Stadtsenat peinlich befragen, 12 Leute, alle müssen wir da einladen, das schreibt auch das Objektivierungsgesetz vor, wenn wir das täten, dann steht das doch in allen Zeitungen. Über alle 12 Bewerber wird dann wahrscheinlich eine öffentliche Diskussion abgeführt. Es ist auch nicht zu erwarten, daß wir uns auf einen einigen sondern wir werden mindestens drei unterschiedliche Vorschläge, aufgrund der Fraktionen, am Schluß haben. Was glauben sie, was dem

passiert und blüht, nachdem sein Chef in der Zeitung gelesen hat, daß er eigentlich eh weg will von seinem Betrieb, aber leider nicht drangekommen ist. In einer Zeit, wo in den Betrieben Reduktionen am laufenden Band durchgeführt werden. Wo man sagt, wenn einer andeutet, daß er sich vielleicht verändern möchte, weil ihm irgendetwas im Betrieb nicht paßt, weil es einmal einen kleinen Konflikt gibt, ist der Spruch, „Reisende soll man nicht aufhalten“ sehr schnell bei der Hand. Ich muß euch ehrlich sagen, ich würde mir auch sehr überlegen, daß ich mich irgendwo anders bewerbe, wenn das dann in der Zeitung steht, weil die Chance, daß ich nicht drankomme, ist größer als die Chance, daß ich drankomme. Meiner Meinung nach, liebe Leute, müssen wir uns wirklich überlegen, ob wir immer, ohne Not, so einen Zirkus aufführen. Ich habe mir auch vorgenommen und habe das auch schon ihnen, Herr Dr. Pfeil und ihnen Herr Mayrhofer, gesagt, ich werde es euch zugänglich machen, auch andere Bewerbungsunterlagen. Das dürfte man eigentlich nicht tun. Wir werden hier personenbezogene Daten, Namen usw. weglacken müssen. Aber schauen sie sich bitte, und da habe ich ein bißchen ein Verständnis für euer Informationsbedürfnis, diese Bewerbungsunterlagen, auch von den anderen qualifizierten Personen, die sich beworben haben, an. Wenn sie dann immer noch der Meinung sind, wir haben absolut wieder einmal, wie immer offensichtlich, den falschen Mann ausgesucht, dann kann ich mir nicht helfen. Dann kann ich mich nur darauf zurückziehen, daß ich ganz korrekt, ganz bewußt und penibel anhand des Gesetzes gehandelt habe, auch alle anderen Personen, die mit dieser Einstellung und Ausschreibung beschäftigt sind und, daß ich letzten Endes nach dem Statut der Stadt Steyr und dem Willen der Wähler beauftragt bin, solche Entscheidungen herbeizuführen. Ich bitte euch schon, das was ich heute gesagt habe, ernst zu nehmen, weil lustig kann es nicht sein. Eines möchte ich ganz zum Schluß noch sagen. Man möge, es werden sich ja noch einige zu diesem Thema melden, doch sagen, welche Fehlbesetzungen da in dieser Weise, wie das immer in den Medien zum Ausdruck gebracht wird, denn in den letzten sechs Jahren, aufgrund dieser Vorgangsweise, streng nach dem Gesetz, wirklich passiert sind. Das sollte man sagen, dann müßt ihr auch die Namen nennen, wie falsch in der letzten Zeit da alles besetzt wurde. Das möchte ich dazu sagen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

So, wer wünscht noch das Wort? Stadtrat Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Als betroffenes Mitglied des Stadtsenates, im doppelten Sinne des Wortes nämlich, einerseits betroffen als derjenige, dem ja bekanntlich auf politischer Ebene die Stadtwerke zugeordnet wurden, und auf der anderen Seite als betroffenes Mitglied des Stadtsenates, über die Vorgangsweise möchte ich ebenfalls einige Anmerkungen zu diesem Thema, das Dr. Pfeil heute hier in der „Aktuellen Stunde“ eingebracht hat, sagen. Herr Bürgermeister, ich darf vorausschicken, daß ich keineswegs behauptet habe, und soweit ich mich erinnern kann, auch von den anderen niemand, daß hier irgendwelche Gesetze gebrochen wurden und ich, zumindest nehme ich das für mich in Anspruch, nicht derjenige war, der einen Medienrummel verursacht hat. Aber, meine Damen und Herren des Gemeinderates, was soll man denn wirklich davon halten, wenn ich als Teilnehmer, der von Dr. Pfeil angezogenen Gesprächsrunden, nämlich am vergangenen Donnerstag, den Herrn Bürgermeister noch im Ohr habe, wie er, ebenso wie andere Teilnehmer, meint, daß man unter dem Motto „der Beste ist gerade gut genug“ die Machtbesetzung des kaufmännischen Direktors der Stadtwerke vorantreiben sollte. Auch im Hinblick darauf, daß man diese Person, diesen Direktor dann entsprechend nach einer Einarbeitungsphase und nach der Pensionierung von Herrn Dir. Wein vorsieht, dort als alleiniger Direktor die Geschicke der Stadtwerke zu leiten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das habe ich vergessen, daß ich das auch erfunden habe.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Wenn man dann die kurze Zeitspanne betrachtet, am Montag dann, im Rahmen einer Finanz- und Rechtsausschußsitzung, wo wieder alle Fraktionsobmänner dabei waren, den neuen Kandidaten bereits vorgestellt bekommt. Ich glaube, daß es wirklich fair gewesen wäre, wenn man am

Donnerstag gesagt hätte, das wird Morgen entschieden, aber nicht dann all das vergißt, was man am Donnerstag, Herr Bürgermeister, dort im Einvernehmen mit allen Fraktionsobmännern gesagt und gemeint hat, wie man die Vorgangsweise gestaltet. Ich darf auch sagen, daß ich deswegen sicherlich nicht beleidigt bin, weil ich als Referent nicht beigezogen wurde. Ich behaupte auch nicht, daß ich der Gescheiteste bin, daß ich derjenige wäre, der durchaus in der Lage ist diese 22 Bewerbe zu beurteilen. Das behaupte ich nicht. Es war aber auch die Rede davon. Mir geht es vielmehr darum, die Gesamtvorgangsweise darzustellen und was man davon halten soll. Das ist einmal die politische Ebene, meine sehr geehrten Damen und Herren, und dann kommt noch die betriebliche Ebene, denn bekanntlich handelt es sich ja um die Stadtwerkebetriebe, wo alle davon reden, man möge dafür Sorge tragen, daß diese so wie ein Privatunternehmen geführt werden usw. Ich kann für mich das Recht in Anspruch nehmen, daß ich weiß, wovon ich rede, weil ich doch nahezu 40 Jahre in der Privatwirtschaft tätig war und ich glaube, daß man auch auf betrieblicher Ebene eines verabsäumt hat. Man hätte, um vorbeugend das gute Betriebsklima aufrechtzuerhalten, mit den Betroffenen sprechen sollen. Zumindest, ich meine jetzt den Herrn Dir. Wein, der ja dazu auserkoren ist und dem ja diese Mehrarbeit aufgebürdet wird, daß er dann, ...

STADTRAT GERHARD BREMM:

Der kann sich doch nicht selbst den Nachfolger aussuchen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

... nicht den Nachfolger aussucht, Herr Kollege Bremm, von dem rede ich gar nicht, ohne Namensnennung, aber mit ihm gesprochen hätte, daß man vorhat einen kaufmännischen Direktor einzustellen, der in weiterer Folge dann, nämlich wenn Dir. Wein in Pension geht, die Geschicke der Stadtwerke alleine zu leiten. Ich glaube, da wäre man gut beraten gewesen, wenn man das getan hätte. Ich hoffe nur, Herr Bürgermeister, daß man mit dieser Vorgangsweise nicht einen schlechten Grundstein für die positive Weiterentwicklung der Stadtwerke gesetzt hat.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. ÖVP? Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich kann mich wirklich voll meinen Vorrednern anschließen. Auch in der Aussage, daß natürlich dem Gesetz genüge getan wurde. Ich möchte das wirklich so in dieser Formulierung sagen. Selbstverständlich ist es rechtlich abgedeckt, wie diese Vorgangsweise hier gewesen ist. Natürlich stimmt es, daß wir eine Objektivierungskommission haben, die von Parteipolitik unbeeinflusst agieren sollte. Ich darf auch meine persönliche Betroffenheit zum Ausdruck bringen, weil nach diesem Gespräch am Donnerstag auch ich angenommen hätte, daß wir zu einer neuen Qualität gefunden haben. Ich kann von einer neuen Qualität mit Sicherheit nicht reden, wenn wir über das Auswahlverfahren, über die Art wie wir jemanden suchen, sprechen, wenn sie Herr Bürgermeister und auch der Herr Präsidialdirektor sagen, „ja, das ist eine Vorgangsweise, die können wir uns vorstellen, darüber können wir diskutieren“, und am nächsten Tag findet die De-facto-Bestellung des neuen Mannes statt. Natürlich können sie mit dem Votum, das ihnen der Wähler gegeben hat, so verfahren. Sie können allerdings nicht damit rechnen, daß es unbedingt zu einer Vertrauensbildung mit ihren politischen Kollegen der anderen Fraktionen führt. Es geht hier vor allem auch darum, wie gehe ich mit den anderen Kollegen um. In diesem Fall, ich habe es dem Präsidialdirektor persönlich auch schon gesagt, fühle ich mich veräppelt. Wenn sie gesagt haben, sie hoffen nicht, daß sie den falschen ausgesucht haben, dann kann ich mich dem nur anschließen, weil die Entscheidung können wir als Opposition natürlich nicht mehr ändern. Wir hoffen genauso wie sie inständig, daß tatsächlich diese ausgesuchte Person die richtige Person ist. Wir glauben nur, daß man auch zu diesem Teilnehmerkreis, zu diesen von ihnen angesprochenen 22 Personen, die gekommen sind, vielleicht wirklich noch mehr qualifizierte Leute bringen hätte können, wenn man auch die Ausschreibung professioneller gemacht hätte. Wenn ich auch nicht immer mit meiner Kollegin Frech übereinstimme, in diesem Fall schon, daß man für so eine Spitzenposition sich wirklich auch professionellen Methoden bedienen sollte. Ich weiß nicht, ob es zielführend ist, in den Amtsblättern, im Internet und in einer kleinen Annonce der OÖ.

Nachrichten, für den in Zukunft alleinigen Geschäftsführer der Stadtwerke zu suchen. Die Person, die ausgewählt wurde möchte ich, und das möchte ich hier auch ganz klar sagen, in keinster Weise in Zweifel ziehen. Dazu fehlen mir sämtliche Vergleichsmöglichkeiten und ich habe auch keine Information über diese Person. Sie haben am Montag allerdings, als sie uns den Herrn vorgestellt haben, gesagt, ich stelle ihnen diesen Mann deswegen vor, damit sie sehen, daß er für diesen Job der Beste ist. Wie soll ich Vergleiche anstellen, wenn ich nicht die Möglichkeit habe zu vergleichen. Wenn sie gesagt haben oder der Magistratsdirektor hat es gesagt, es fällt unter den Datenschutz, uns können die anderen Teilnehmer nicht mitgeteilt werden, so ist das natürlich richtig. Aber die von ihnen schon avisierte Vorgangsweise, daß wir uns ohne Namensnennung die Qualifikationen ansehen, würde auch schon zu einer gewissen Vertrauensbildung führen. Nur wären wir halt sehr froh gewesen, wenn das schon im Vorfeld passiert wäre und nicht im Nachhinein. Ich persönlich, muß ich dazu sagen, bin über diese Vorgangsweise unglücklich und es hat mit Sicherheit einen Vertrauensverlust gegeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Grüne Fraktion.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Sehr geehrte Damen und Herren im Gemeinderat. Heute ist einmal das Stichwort „Medienrummel“ gefallen. Ich muß einmal als aller erstes sagen, was mir bei dieser Geschichte zuerst aufgefallen ist, ist das, daß man nicht einmal den politischen Referenten dazu eingeladen hat sich die Leute anzusehen. Ich meine, der wird eh nicht alle 20 ansehen, denke ich mir. Aber, wenn ich einmal 6 Jahre mit einem arbeiten muß der auch meine Ideen weiterverwirklichen soll oder mit dem ich auch die Ideen, die aus dem Gemeinderat kommen, umsetzen soll etc., dann muß ich ja schon am Anfang einmal ein bißchen Bezug auf diesen Menschen nehmen, dann muß ich mir schon denken, wird das funktionieren und wenn ich von ihm überzeugt bin, dann werde ich das auch mitteilen und wenn mir etwas negatives auffällt, dann werde ich das auch in dieser Kommission mitteilen. Auch wenn der Herr Stadtrat Eichhübl kein Stimmrecht dort hat. Aber es ist ja kein unwesentlicher Posten, wo er sitzt und ich denke mir, das hätte irgendwie schon dazugehört, daß man den zuständigen Stadtrat da miteingeladen hätte. Da wäre überhaupt nichts dabei gewesen, denke ich mir. Es wäre auch rechtlich abgesichert gewesen etc. Was nämlich immer wieder dann negativ spürbar wird ist, daß dieses Mythengewebe wieder heftig geflochten wird. Vom guten Freund des Herrn Bürgermeisters bis hin, was weiß ich was er noch alles ist. Man kann es ja eh ohnehin in der Zeitung lesen, diese diversen Geschichten, die es dann dazu gibt, die je nach Heftigkeit zu lesen und zu glauben sind oder auch nicht. Ich denke mir, wenn ich mich um den Posten beworben hätte und das schaut dann dabei heraus, okay, ich habe es von Anfang an gewußt, wenn ich in so einer Gemeinde ein Amt übernehme, dann muß ich automatisch damit rechnen, daß ich von den Parteien angeschossen werde. Nur unangenehm ist es, wenn es gleich vom Start weg passiert. Das ist auch klar. Aber, es gibt natürlich auch dazu vielleicht eine Deutung warum das Ganze so passiert ist. Ich erinnere an einige Aktionen, wo es auch um führende Stellungen in der Gemeinde gegangen ist, wo sehrwohl politische Mandatäre dabei anwesend waren und dann ist die Hexenküche und der Medienrummel erst recht losgegangen. Nur, und da kann ich mir sehr gut vorstellen, daß man das im Vorfeld schon ein bißchen sondiert hat und gesagt hat, das machen wir lieber unter Ausschluß der Öffentlichkeit bis hin, daß es auch vielleicht ein bißchen peinlich für manche leitende Beamte, wenn sie am Vortag gefragt werden und am nächsten Tag ist der Zuständige schon erkürt. Dann stehen einige sehr komisch da, weil ich kann mir nicht vorstellen, daß sie es nicht gewußt haben. Aber Schweigen kann unter Umständen auch ein gewisses Unglück bedeuten. Nicht nur für den, der sich eine Antwort erwartet sondern auch für den, der etwas sagen soll. Was schaut bei dieser ganzen Geschichte heraus? Anscheinend ist das Klima ein bißchen vergiftet, das da herinnen herrscht. Aus den verschiedensten Gründen. Was die Personalberatungsfirmen anbelangt, denke ich mir, die kosten sicher eine Stange Geld. Die kosten nicht wenig Geld. Es kosten auch unsere Beamten Geld, die da in dieser Optimierungskommission drinnen sitzen, die ohnehin tagen muß, aber jene, die im Vorfeld sozusagen 22 oder 25 Bewerbungsschreiben durchhackern müssen. Ich bin aber nach wie vor der Meinung, daß unter Umständen 50-, 60-, 70- oder 100-Tausend-Schilling für so eine Ausschreibung, die dann der Optimierungskommission die Personen vorschlägt, eine Möglichkeit gewesen wäre,

weil wenn wir nämlich bedenken, wenn dort wirklich wer dabei ist, der letzten Endes ja eh durch die Optimierungskommission beschlossen wird, der uns dann im Laufe der Jahre vielleicht Millionen da oben erspart, dann wären die 100.000,-- Schilling vielleicht sehr, sehr gut angelegt gewesen. Aber das können wir auch nicht 100 %-ig behaupten. Das eine ist eine Möglichkeit und das andere ist auch eine Möglichkeit. Aber um dieser Mythenbildung in einen Punkt wenigstens den Wind aus dem Segel zu nehmen oder den Wind aus dem Gewebe, hätte man sagen können, okay, so haben schon alle spitze Ohren bekommen, gehen wir her, geben wir das einer Personalberatungsfirma. Wäre auch keine Schwierigkeit gewesen, glaube ich. Zu erkennen ist nämlich schon und es ist ja auch angeklungen, daß zwar 22 dort waren, aber daß es mit dem gewissen Herrn, der diese Position übernehmen soll, daß der so qualifiziert ist, nach seiner persönlichen Darstellung und auch nach der Darstellung des Herrn Bürgermeisters, daß alle anderen Personen, ganz egal, von 22 bis Nr. 2, daß da anscheinend so ein Gefälle ist, daß man den auserkoren hat. Wie groß dieser Abstand ist, können wir nicht nachempfinden, weil wir sind ja nicht dabeigesessen. Aber anscheinend ist das bei der Entscheidung so eindeutig gewesen. Das wäre z.B. auch eine Arbeit gewesen, die uns die Personalberatungsfirma abgenommen hätte, weil ich denke mir, daß das Produkt, das dann dabei herausgekommen wäre, wenn wir drei, vier Personen von denen vorgeschlagen bekommen hätten, schon vorab durch Filter gelaufen wäre. Dann hätten wir unter Umständen ein breiteres Spektrum zum Entscheiden gehabt. „Wir“, mit Anführungszeichen, jene, die in dieser Kommission da drinnen sitzen. Ich würde für die Zukunft nur bitten, die Personalpolitik in der Richtung zu überdenken, ob es nicht einfacher wäre, wir behindern uns ja oft gegenseitig, wenn wir ganz ehrlich sind, in Entscheidungsfindungen, auch aus dem Grund heraus, vielleicht wollen wir es oft nicht zugeben, weil das Verhältnis zueinander doch nicht so ist, daß wir sagen können, jetzt können wir gemütlich oder neutral über irgendeine Geschichte reden. Ich glaube, so Dinge wie diese Situation oder wie die Geschichte, die wir diese Woche jetzt erlebt haben, mit der Ernennung des zukünftigen Direktors, sind nicht angetan, besonders kameradschaftlichen Umgang miteinander zu pflegen. Ich denke mir, wenn er sich auf einer sachlichen Ebene bewegt, dann kann man ohne weiteres darüber reden. Es wird ja ohnehin immer wieder sofort ins ideologische gezerzt, wenn irgendeine Person in irgendeiner Art und Weise, und möge er auch in den Steyr-Werken gearbeitet haben, dann hat er ja auch schon wieder eine einfärbige Krawatte. Das ist ja auch die Geschichte dabei. Also, wahrscheinlich wird er es werden, der bestimmte Herr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die Steyr-Werke gibt es eh dann nicht mehr, dann werdet ihr euch leichter tun.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Es wird in Zukunft notwendig sein, daß die Zusammenarbeit mit ihm gedeihlich verläuft. Gedeihlich meine ich nämlich so, daß man ihm zumindest die Chance geben muß, daß er wegstarten kann, daß er da drinnen auch freie Hand hat und, daß er zumindest nach seiner ideologischen Ausrichtung auf Unterstützung hoffen darf, weil in Wahrheit wünscht sich jeder da oben eine Veränderung. In Wahrheit kann eigentlich gegen den bestimmten Herren, abgesehen von dem, daß er früher einmal in einem Betrieb in Steyr gearbeitet hat, technisch oder von der Qualifikation her, kaum wer etwas sagen. Aber wir sind ein bißchen beleidigt und das ist es, was wir ihnen mitteilen wollen, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich verstehe es. Frau Kollegin Frech. Ich verstehe es eh, daß ihr ein bißchen beleidigt seid. Ich werde euch dann auch sagen, warum das so ist.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Also, eingangs möchte ich festhalten, ich bin nicht beleidigt aber ich bin enttäuscht.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist etwas anderes.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Zurückkommend auf diesen ominösen Donnerstag, wo diese provisorische Fraktionsvorsitzendenkonferenz war. Spätestens seit dieser Kausa Anrufsammeltaxi wissen wir ja, wir haben 2 Direktoren bei den Stadtwerken, wir haben einen hauptamtlich politischen Referenten, wir haben eine bestellten Kommunalausschuß, aber keiner von denen kann eigentlich wirklich groß entscheiden, weil einfach die Strukturen dafür nicht da sind. Das hat der Rechnungshof schon 1995 festgestellt, daß die Stadtwerke nicht einmal ein Unternehmen im herkömmlichen Sinn sind, weil ihnen einfach die wirtschaftliche Selbständigkeit fehlt. Aus diesem Grund habe ich sie z.B. auch in dieser Fraktionskonferenz gebeten, das Thema Umstrukturierung der Stadtwerke auf die nächste Fraktionsvorsitzendenkonferenz oder auf die nächste Finanz- und Rechtsausschußsitzung zu nehmen. Dann kann ich mich erinnern Herr Bürgermeister, da haben sie gesagt, na ja, das können wir jetzt nicht bereden, weil jetzt müssen wir erst einmal diesen Mann einstellen und dann werden wir weiter sehen. In der Diskussion ist dann aufgetaucht, sowohl vom Kollegen Mayrhofer, vom Kollegen Pfeil und auch von mir, daß man dann ein Hearing, Assessmentcenter machen sollte, wie auch immer, und eine wirklich professionelle Personalauswahl getroffen werden sollte. Sie haben gesagt, Herr Bürgermeister, na ja, das können wir schon machen. Wie gesagt, am Montag ist uns dann fix und fertig präsentiert worden ...

STADTRAT GERHARD BREMM:

Nein, nein, das hat er nicht gesagt, bleiben sie bei der Wahrheit.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich bleibe bei der Wahrheit. Wir haben es schon vom Kollegen Mayrhofer und auch vom Kollegen Pfeil bestätigt gehört. Der Kollege Apfelthaler wird es auch bestätigen können. Das ist uns schon in den Raum gestellt worden. Ich war dann auch sehr verduzt, wie am Montag dann plötzlich der designierte Stadtwerkedirektor, seine Personalbestellung, vorgestellt worden ist, als der beste Mann. Nun, ich glaube, hier ist einfach eine Personalbestellung passiert, so nach dem Motto „tarnen und täuschen“. Man hat den zuständigen politischen Referenten erst gar nicht eingebunden. Er gehört halt nicht der Fraktion des Bürgermeisters an. Vielleicht mag das ein Hindernisgrund sein. Man hat auch kein professionelles Personalberatungsunternehmen eingebunden. Ich weiß schon, Herr Bürgermeister, aufgrund dieses Landesgesetzes müssen sie das nicht, aber es hindert sie auch nicht. Dieses Objektivierungsgesetz hindert niemanden, professionelle Personalberater miteinzubinden. Noch nicht einmal diesen Schritt hätten sie setzen müssen, denn wir haben im Hause einen Personalentwickler, aber der wurde auch nicht eingebunden. Auf dessen Kompetenz können wir ja auch ganz einfach verzichten. Da frage ich mich schon: „Wie objektiv werden Personalentscheidungen in dieser Stadt getroffen?“ Der Versuch einer Antwort. Die sogenannte Objektivierungskommission bzw. nach dem Gesetz heißt sie Begutachtungskommission besteht aus sechs Magistratsbediensteten. 3 sogenannten Dienstgebervertretern und 3 sogenannten Dienstnehmervertretern, wobei diese alle etwas in den Nahbereich der SPÖ wohl zu rücken sind, zumindest nicht in die Distanz. Dieser Vorschlag wird dann dem Bürgermeister, der zufällig der SPÖ-Fraktion angehört, unterbreitet.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nicht zufällig. Weil er gewählt worden ist, Frau Kollegin, das ist ein Unterschied.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wenn dieser Vorschlag das Wohlwollen des Bürgermeisters findet, dann muß halt noch der Personalbeirat entscheiden. Nur, da hat wiederum die SPÖ die Mehrheit. Dann muß es in den Stadtsenat.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Nach was berechnen sie denn die Zusammensetzung des Personalbeirates, Frau Kollegin? Können sie mir das sagen?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wieso soll man das berechnen? Sie stehen eh fix. Ich versuche nur, das für mich einmal zu beantworten. Wie gesagt, der Stadtsenat muß dann entscheiden, aber da hat auch die SPÖ die Mehrheit. Rein rechtlich gebe ich ihnen Recht. Da ist alles in Ordnung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das freut mich aber sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aber objektiv ist es nicht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das liest sich aber in den Zeitungen anders.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Daß dann zufällig herauskommt, daß der beste Mann jemand ist, der aus der gemeinsamen Zeit der Steyr-Werke stammt, na ja, das trägt auch nicht unbedingt zur Objektivitätsbildung bei.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

11.860 Beschäftigte im Jahre 1980.

Stellen sie sich vor, die schließen wir alle aus. Dann darf sich beim Magistrat keiner bewerben.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das ist damit nicht gesagt worden, aber es ist halt schon alles ein bißchen merkwürdig.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Das ist eine Niederträchtigkeit wie sie gegen das Unternehmen vorgehen. Nur weil er Steyr-Werke-Geruch hat, darf er sich jetzt in Steyr nirgends mehr bewerben.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das habe ich nicht gesagt, das wissen sie ganz genau.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber, daß ein gewisser parteipolitischer Einfluß dort da war, und auch wirtschaftlich ganz schön maßgeblich beteiligt war, das können sie nicht von der Hand weisen, daß da ein sehr großer Parteieinfluß war.

Diskussion zwischen Vzbg. Dr. Pfeil und StR Bremm

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Lassen wird die Kollegin sprechen, sie ist nämlich am Wort.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Hätte man sich nicht diesen ganzen Zirkus ersparen können, wenn man wirklich professionelle Personalauswahl und professionelle Personalentwicklung macht. Weil auch wenn sie zitieren, es haben sich 22 Bewerber beworben, so haben von diesen 22, was ich weiß, 12 die Formalqualifikation überhaupt erfüllt. Ich glaube schon, daß es ein professionelles Unternehmen geschafft hätte, einen größeren Bewerberkreis herauszufischen. Und wie gesagt, daß nicht einmal der Personalentwickler der Stadt eingebunden war, ist für mich schon etwas sonderbar. Wenn ich mir ansehe, ich brauche gar nicht weit zu blicken, nach St. Ulrich hinauf, das ist eine kleine Gemeinde, und die machen bei einer Ausschreibung nach einer Kindergärtnerin, nach einer Raumpflegerin ein Hearing, und in dieser Stadt gibt es nicht einmal ein Hearing, ein professionelles, für den Leiter der

Stadtwerke. Das verstehe ich nicht. Und dann, wenn solche Sachen passieren, Herr Bürgermeister, dann müssen sie sich eben schon den Vorwurf gefallen lassen, daß es vielleicht nicht so objektiv zugegangen ist, wie wir es alle gerne haben würden. Ich würde mir wirklich wünschen, daß man in Zukunft etwas mehr an Objektivität an den Tag legt, weil wenn es der beste Mann ist, dann übersteht er auch eine Personalberatung durch externe oder interne Berater.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Ihnen, Frau Frech, halte ich in diesem Fall zugute, daß sie das erste Erlebnis dieser Art haben.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Sie glauben, man wird in der Zukunft abgebrühter?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Daher können sie mit einer gewissen Berechtigung, aus ihrer Sicht heraus, enttäuscht sein. Das bescheinige ich ihnen. Das kann man tun, aber zwei Dinge sollte man bei der Gelegenheit schon auch noch in das Gesichtsfeld und in Erinnerung rufen. Der heute mehrmals angesprochene Dr. Zöchling hat sich einem Assessmentcenter gestellt. Von lauter solchen Profis, Spezialisten und Experten, von denen sie so schwärmen. Das hat ihn aber nicht davor verschont, daß er in ganz Österreich in allen Blättern verrissen worden ist, obwohl er als der Beste im Assessmentcenter hervorgegangen ist. Er hat aber natürlich einen ganz entscheidenden Nachteil gehabt. Er hat einen Vater gehabt, der auch Zöchling geheißten hat, der einmal Stadtrat hier gewesen ist. Ein verdienter Mann und Ehrenringträger. Das hätte er nicht sein sollen, der Sohn von einem ehemaligen sozialdemokratischen Stadtrat. Assessment-Center ausgewählt, eingestellt, verrissen. So war das. Das ist noch gar nicht lange aus. Dann haben wir vor kurzem noch einen Mann eingestellt. Einen gewissen Dr. Locicnik. Da saß der Herr Dr. Pfeil, der zuständige Referent dabei. Er hat zu mir gesagt, kann ich da dabei sein. Ich habe gesagt, ich habe nichts dagegen. Er war dann dabei und hat beobachtet. Ich weiß nicht, was er noch alles getan hat. Ich war nämlich nicht dabei. Es ist nicht vorgesehen, daß ich dabei bin. Daher bin ich auch nicht dabei, aber er war dabei, beim Dr. Locicnik. Das hat ihn aber nicht davor verschont, daß er in allen Zeitungen verrissen worden ist. Jetzt habe ich wieder genau nach dem Gesetz gehandelt und alle anderen auch, weil ich das wohl muß, weil ich ja beim Herrn Landeshauptmann aufgezeigt habe und schwören mußte, daß ich die Gesetze und Bestimmungen der Republik einhalte. Es steht außer Frage, daß diese Kommission einzuberufen ist und, daß die eine Auswahl zu treffen hat. Es könnte eine Vorauswahl getroffen werden, da haben sie schon Recht, aber diese Kommission muß sich auf jeden Fall mit dieser Auswahl beschäftigen und sie hat zwingend und vertraulich, mir, als Bürgermeister und Vorstand des Magistrates, einen Vorschlag zu unterbreiten. Genau das hat diese Kommission getan. Was steht in der Zeitung und was wird gesprochen? Drei rote Magistratsbedienstete, drei rote Personalvertreter haben einen Freund des Leithenmayrs, Freund hat heute schon einmal wer gesagt, da wieder installiert. Ich möchte bemerken, der Herr, der hier ausgesucht wurde, ist nicht mein Freund.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, es können vielleicht ein paar kichern. Wieso soll den auch unbedingt und zwangsläufig ein ehemaliger Direktor der Steyr-Daimler-Puch AG mein Freund sein? Ich habe mich nämlich mit den Herrschaften auseinandergesetzt und mehr als alle anderen, die da sitzen. Ich war nicht so beliebt bei den Herrn Direktoren. Ich war akzeptiert, aber so beliebt war ich nicht und Freund war ich überhaupt mit keinem Direktor, möchte ich nur sagen. Abgesehen davon, ist es sehr lange aus, daß der Herr Zeilinger in den Steyr-Werken Direktor war. Sehr, sehr lange. Es ist auch sehr lange aus, seit ich nicht mehr bei den Steyr-Werken bin. Ich möchte ihnen auch nur sagen, er war nicht einmal in einem Nahbereich eingesetzt, wo ich tätig war. Ich habe mit dem Herrn, man unterstellt Roten-Herrn, in der Zeitung lese ich das, man sagt das einfach so locker vom Hocker, man unterstellt, das ist ein Roter, also ist er eh sowieso schon nichts oder wenn, kommt er eh nur zum Zug, weil er ein Freund vom Leithenmayr ist. Das stimmt alles nicht. Ich weiß das wirklich alles zurück. Dann sage ich ihnen

noch etwas, das können sie mir glauben. Ich habe mit dem Herrn noch nie in meinem Leben, nicht einmal ein politisches, ein parteipolitisches Gespräch geführt. Das habe ich nie getan. Ich habe auch mit dem Dr. Locicnik kein politisches Gespräch geführt. Es wird einfach sowieso von euch, liebe Freunde, ...

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

... in dieser Gemeinde unterstellt, ich würde bei Personalbesetzungen in erster Linie, so wirkt das zumindest auf mich, nach parteipolitischen Gesichtspunkten vorgehen. Ich mache euch aufmerksam, ihr unterschätzt mich ungeheuer. Wißt ihr warum? Ich habe nämlich überhaupt kein Motiv dafür. Ich werde nämlich an den Erfolgen dieser Leute, die hier tätig sind, gemessen. Ich habe schon einmal gesagt, für mich macht das überhaupt keinen Sinn, wenn ich dort einen Direktor hinsetze, der die Viktor-Adler-Plakette umgehängt hat und haut jeden Tage einen „Deppen“ herunter.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Verstehen sie mich? Es ist ganz klar, daß der Beste dorthin kommen muß. Im Besonderen dann, meine Damen und Herren, wenn er, wie ich das schon vor zwei Jahren im kleinen Kreis verlauten habe lassen, wo jetzt alle mit Pauken und Trompeten sich als Erfinder der Überlegung feiern lassen, daß dort einmal nur mehr ein Direktor sein soll, weil bei 170 Personen, meiner Meinung nach, ein Direktor genügt. Weil das überall woanders auch eher in dieser Weise geregelt wird, weil wir Einsparungen vornehmen können, weil ein Direktor und ein Prokurist das Geschäft genauso führen können und weil, unsere jetzt beiden Direktoren, eh sehr miteinander auftreten, als wären sie einer.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich meine, daß man sich hüten sollte, gleich wo man da herinnen sitzt, links, in der Mitte oder rechts, einfach ungeprüft und einfach so, ununterbrochen und ohne Unterlassung und ohne Ende, dem Anderen immer Parteibuchwirtschaft vorzuwerfen. Ich mache euch aufmerksam, wir sind da mehr darüber hinweg als manch andere, die das offensichtlich in der politischen Diskussion immer noch transportieren. Das möchte ich euch wirklich sagen. Wer es nicht glaubt, der soll sich einmal beim Land OÖ bewerben und in Niederösterreich soll es noch schwerer sein, habe ich mir sagen lassen. Eines muß zum Schluß noch gesagt werden. Was ist den bisher passiert? In Wirklichkeit hat nach dem Gesetz, es ist heute dreimal bestätigt worden, das freut mich eh unheimlich, daß ich wenigstens den Geruch des verbrecherischen von mir habe, daß ich da so schief vorgegangen bin, die Kommission getagt, weil die hat tagen müssen, und die haben mir dann einen Vorschlag gemacht und ich habe euch den vorgestellt. Ich habe dazu gesagt, daß ich den Vorschlag für richtig halte und, daß ich den auch übernehmen. Beschlossen muß es einmal im Personalbeirat werden, da wird darüber zu debattieren sein und dann, der endgültige Beschluß, wird im Stadtsenat gefaßt. Sonst ist nämlich noch nichts passiert.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Aber da besteht nicht die Gefahr, daß etwas anderes herauskommt, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die Kommission kann ihn nicht aufnehmen. Aufnehmen muß ihn der Stadtsenat. Aber deine Erregung verstehe ich in Wirklichkeit nicht, wenn ich mir das einmal von einer anderen Seite ansehe, aber das scheint auch ein Problem zu sein, weil nämlich heute mehrfach gesagt wurde, die einen sind enttäuscht und die anderen sind beleidigt und insgesamt ist dadurch wieder ein Rückschritt im Hinblick auf das Vertrauen, auf die Vertrauensbildung entstanden. Aber ganz ehrlich, wenn es nicht ich wäre sondern ein anderer, hat nicht der Bürgermeister auch Anspruch darauf, daß man ihm vielleicht dort und da, über politische Grenzen hinweg, Vertrauen entgegenbringt, weil er

sich vielleicht doch bemüht, das Richtige für diese Stadt zu tun? Hat er nicht auch diesen Anspruch? Das möchte ich so zum Schluß ein bißchen zum Nachdenken mitgeben. Debatten werden noch stattfinden, entschieden ist ja noch nichts. Ich persönlich habe mich festgelegt. Ich nehme an, das wird auch meine Fraktion tun. Das ist schon richtig. Aber ist das nicht ein demokratischer Prozeß? Will den wirklich jemand infrage stellen? Das sollten wir uns gemeinsam überlegen. Gar nicht böse sein, ich bin nicht böse, aber es tut mir auch ein bißchen weh, daß ihr sowenig Vertrauen habt. Seid mir nicht böse.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nach dem Donnerstag ja.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, kann man dann die Tempo-Taschentücher verteilen?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir sind nun, meine Damen und Herren, tatsächlich am Ende.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Hat sonst eh niemand mehr ein Thema?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Die Schwarzen vielleicht auch noch.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also gut. Wünscht sich jemand ein neues Thema. Ich meine, man kann das schon tun, weil es ist eh manchmal ein bißchen eine Gaudi auch nicht schlecht.

Kein Thema mehr. Na, dann war ich richtig beraten, als ich sagen wollte, ich bedanke mich für die Mitwirkung, die Sitzung ist geschlossen.

ENDE DER SITZUNG: 22.40 UHR.